



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der wissenschaftlichen Arbeit

**„Terminologiepolitik und -planung für Regional-
und Minderheitensprachen.**

**Eine Untersuchung der Rahmenbedingungen und
Entwicklungen in der Europäischen Union.“**

Verfasserin

Vesna Lušicky

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, im September 2009

Matrikelnummer: 0105610

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A324 342 345

Studienrichtung lt. Studienblatt: Übersetzerausbildung

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Gerhard Budin

Für meine Familie

DANKSAGUNG

An der Entstehung dieser Arbeit haben viele Menschen mitgewirkt, denen ich an dieser Stelle danken möchte:

Mein aufrichtiger Dank gebührt Herrn Univ.-Prof. Dr. Gerhard Budin für sein offenes Ohr, seine wertvolle Betreuung sowie für seine volle Unterstützung während des gesamten Entstehungsprozesses dieser Arbeit.

Ich möchte mich bei Frau Anja Drame von InfoTerm bedanken, die mir mit vielen Ratschlägen weitergeholfen hat.

Ich bedanke mich bei allen Mitarbeitern des Europäischen Fremdsprachenzentrums in Graz für die lehrreiche Zeit und für die freundliche Unterstützung.

Mein besonderer Dank gilt Miha Veingerl für die graphische Leistung, für gewissenhafte und konstruktive Vorschläge und vor allem für den moralischen Beistand.

Abschließend möchte ich denen danken, die mich in all den Jahren meines Studiums in allen Hinsichten unterstützt und gefördert haben: meiner Familie.

Ihnen allen herzlichen Dank.

INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG -----	1
1.1 Fragestellung und Ausgangshypothesen-----	2
1.2 Methoden und Aufbau -----	3
2 SPRACH(EN)POLITIK UND SPRACHPLANUNG -----	5
2.1 Definitionen -----	5
2.1.1 Sprache-----	5
2.1.2 Sprachenpolitik, Sprachpolitik und Sprachplanung-----	6
2.2 Entwicklung -----	10
2.3 Aspekte der Sprach(en)politik und -planung-----	14
2.3.1 Der Prozess der SPP-----	14
2.3.2 Ziele der SPP -----	15
2.3.3 Träger der SPP -----	16
2.3.4 Implementierung-----	17
2.3.5 Evaluierung -----	18
2.4 Typologien-----	19
2.5 Mehrsprachigkeit -----	20
2.6 Sprachenpolitik und Regional- und Minderheitensprachen-----	21
2.7 Sprachenpolitik der Europäischen Union-----	23
2.7.1 Die Sprachlandschaft der Europäischen Union-----	24
2.7.2 Die Rolle der einzelnen Organe der EU -----	26
2.7.2.1 Das Europäische Parlament -----	26
2.7.2.2 Die Europäische Kommission -----	26
2.7.2.3 Der Ministerrat der EU -----	28
2.7.3 Sprachenpolitik der EU und die Regional- und Minderheitensprachen---	28
2.7.3.1 Europäisches Büro für Minderheitensprachen-----	31
2.7.3.2 Mercator-Informationsnetzwerk-----	32
2.7.3.3 Die Euromosaic Studie -----	33
3 TERMINOLOGIEPOLITIK UND -PLANUNG -----	34
3.1 Terminologie -----	34
3.1.1 Die wichtigsten Begriffe im Überblick -----	34
3.1.1.1 Fachsprache und Gemeinsprache-----	35
3.1.1.2 Terminologienormung und Terminologieregelung -----	36

3.1.1.3	Domänenverlust	37
3.1.2	Die Entwicklung der modernen Terminologie	38
3.1.3	Aspekte der Terminologie	40
3.1.3.1	Funktionen und Ziele der Terminologie	40
3.1.3.2	Motivation, Einflüsse und Einsatzbereiche	41
3.1.4	Terminologienormung: ISO/TC 37	42
3.2	Terminologie: Politik und Planung	43
3.2.1	Forschungsstand	43
3.2.1.1	Begriffsabgrenzung	43
3.2.1.2	Terminologieplanung als Teil der Kommunikationsplanung	46
3.2.1.3	Ansätze	46
3.2.2	Aspekte der Terminologiepolitik und -planung	47
3.2.2.1	Prozess	47
3.2.3	Entwicklung	48
3.2.3.1	Überblick	48
3.2.3.2	The Brussels Declaration	49
3.2.3.3	UNESCO Guidelines for terminology policies	49
3.2.3.4	ISO 29383	49
3.2.4	Vorteile der Terminologieplanung	50
3.2.5	Terminologie- und Sprachplanung	51
3.2.6	Terminologieplanung in der Europäischen Union	53
3.2.7	Besonderheiten der Terminologieplanung der RMS	53
4	MINDERHEITEN	55
4.1	Begriffserläuterung	55
4.1.1	Nation und Ethnie	55
4.1.2	Sprachminderheit	57
4.1.2.1	Minderheitensprache	58
4.1.2.2	Regionalsprache	59
4.1.3	Minderheitenschutz	60
4.1.3.1	Typologie	60
4.1.3.2	Linguistic Human Rights	62
4.2	Minderheiten im internationalen Kontext	63
4.2.1	Die Vereinten Nationen	63
4.2.2	Europarat	64
4.2.2.1	Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten	64
4.2.2.2	Die Europäische Charta für Regional- oder Minderheitensprachen	64

4.2.3	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa -----	67
4.2.4	Die Europäische Union -----	68
4.2.4.1	Die Initiativen des Europäischen Parlaments -----	68
4.2.4.2	Die Kommission -----	70
4.2.5	Rechtsschutz für Sprachminderheiten in Mitgliedstaaten der Europäischen Union 71	
4.2.6	Belgien -----	72
4.2.7	Bulgarien -----	72
4.2.8	Dänemark -----	73
4.2.9	Deutschland -----	73
4.2.10	Estland -----	74
4.2.11	Finnland -----	75
4.2.12	Frankreich -----	75
4.2.13	Griechenland -----	76
4.2.14	Irland -----	76
4.2.15	Italien -----	76
4.2.16	Lettland -----	77
4.2.17	Litauen -----	78
4.2.18	Luxemburg -----	78
4.2.19	Malta -----	78
4.2.20	Niederlande -----	79
4.2.21	Österreich -----	79
4.2.22	Polen -----	80
4.2.23	Portugal -----	81
4.2.24	Rumänien -----	81
4.2.25	Schweden -----	82
4.2.26	Slowakei -----	82
4.2.27	Slowenien -----	83
4.2.28	Spanien -----	84
4.2.29	Die Tschechische Republik -----	85
4.2.30	Ungarn -----	86
4.2.31	Vereinigtes Königreich -----	86
4.2.32	Zypern -----	87
5	RAHMENBEDINGUNGEN UND ENTWICKLUNGEN -----	88
5.1	Grundlagen -----	88
5.2	Rahmenbedingungen und Tendenzen -----	90
5.2.1	Baskisch -----	90
5.2.1.1	Sprache und Sprachgemeinschaft -----	90

5.2.1.2	Sprachgebrauch-----	91
5.2.1.3	Die sprachpolitischen Rahmenbedingungen-----	92
5.2.1.4	Terminologiepolitik und -planung -----	92
5.2.2	Friesisch -----	94
5.2.2.1	Sprache und Sprachgemeinschaft-----	94
5.2.2.2	Die sprachpolitischen Rahmenbedingungen und TPP -----	95
5.2.3	Galicisch oder Galegisch -----	96
5.2.3.1	Sprache und Sprachgemeinschaft-----	96
5.2.3.2	Sprachgebrauch-----	96
5.2.3.3	Die sprachpolitischen Rahmenbedingungen-----	97
5.2.3.4	Terminologiepolitik und -planung -----	98
5.2.4	Gälisch oder Schottisch-----	99
5.2.4.1	Sprache, Sprachgemeinschaft, Sprachgebrauch-----	99
5.2.4.2	Sprachpolitische Rahmenbedingungen und TPP-----	100
5.2.5	Katalanisch -----	101
5.2.5.1	Sprache und Sprachgemeinschaft-----	101
5.2.5.2	Sprachgebrauch-----	102
5.2.5.3	Die sprachpolitischen Rahmenbedingungen-----	102
5.2.5.4	Terminologiepolitik und -planung -----	103
5.2.6	Ladinisch -----	104
5.2.6.1	Sprache und Sprachgemeinschaft-----	104
5.2.6.2	Die sprachpolitischen Rahmenbedingungen-----	105
5.2.6.3	Terminologiepolitik und -planung -----	105
2. 5.2.7	Sami -----	106
5.2.7.1	Sprache und Sprachgemeinschaft-----	106
5.2.7.2	Die sprachpolitischen Rahmenbedingungen-----	106
5.2.7.3	Terminologiepolitik und -planung -----	107
5.2.8	Sorbisch-----	107
5.2.8.1	Sprache und Sprachgemeinschaft-----	107
5.2.8.2	Die sprachpolitischen Rahmenbedingungen und TPP -----	108
5.2.9	Walisisch oder Kymrisch-----	108
5.2.9.1	Sprache und Sprachgemeinschaft-----	108
5.2.9.2	Die sprachpolitischen Rahmenbedingungen-----	109
5.2.9.3	Terminologiepolitik und -planung -----	109
5.2.10	Sonderfall: Romani -----	110
5.3	Auswertung und Diskussion -----	110
6	CONCLUSIO UND AUSSICHTEN-----	114

7	BIBLIOGRAPHIE	116
7.1	Literaturverzeichnis	116
7.2	Quellen aus dem Internet	131
8	ANHANG	132

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Sprachen auf dem Gebiet der Europäischen Union (abgeändert übernommen nach Organization for the European Minorities, 2009). -----	30
Abbildung 2: Terminologieplanung als Teil der Kommunikationsplanung (Galinski et al., 1999: 2208; übernommen nach Infoterm/UNESCO, 2005: 6). -----	46
Abbildung 3: Sprachpolitische Institutionen in Katalonien (abgeändert übernommen nach Williams, 2008: 92). -----	103
Abbildung 4: Die Rahmenbedingungen der neun untersuchten RMS und deren TPP. -	113

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Typen der Sprachplanung, Orientierung und Ziele (Nyati-Ramahobo, 1998: 55, abgeändert übernommen nach Nyati Ramahobo, 2004: 30). -----	10
Tabelle 2: Modell der Sprachplanung (Haugen, 1983; übernommen nach Daoust (1997: 449). -----	17
Tabelle 3: Mitgliedsstaaten der EU, deren Bevölkerungsanzahl und Amtssprachen nach der Bevölkerungsgröße (Eurostat, 2008). -----	26
Tabelle 4: Die Werte der sieben Variablen in der Euromosaic-Studie (abgeändert übernommen nach Williams, 2005: 194f). -----	89
Tabelle 5: Die Bewertung der TPP der neun untersuchten RMS. -----	111

Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen.
Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um
Meldung bei mir.

ABKÜRZUNGEN

Abs. - Absatz

Art. - Artikel

EBLUL – European Bureau for Lesser-Used Languages

EP – Europäisches Parlament

EURAC – Europäische Akademie Bozen

Herv. im Original – Hervorhebung im Original

ISA- International Federation of the Standardizing Associations

ISO – International Organization for Standardization

Kap. – Kapitel

RMS – Regional- und Minderheitensprachen

RSNM- Das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten

S. – Seite

SLB – Sami Language Board

SPP - Sprach(en)politik und –planung

TTP – Terminologiepolitik und –planung

u.Ä. - und Ähnliches

UZEI - Terminologia eta Lexikografia Zentroa

Vgl. – Vergleiche

WLB – Welsh Language Board

GESCHLECHTSNEUTRALE FORMULIERUNG

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird in der vorliegenden Arbeit auf die geschlechtsspezifische Differenzierung, z. B. Sprecher/Innen, verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

1. EINLEITUNG

80 % der 6.000 Sprachen der Welt sind vom Aussterben bedroht (Crystal, 1997:17). Die evolutionistische Theorie, die das Aussterben der Sprachen als einen natürlichen Prozess sieht, scheitert angesichts der Tatsache, dass Sprachen ein soziales und politisches Konstrukt sind und somit Machtverhältnisse in der Gesellschaft für das Aussterben der Sprachen zu verantworten sind. Nicht nur die Sprachen, die von wenigen Sprechern beherrscht werden, sondern vergleichsweise recht große Sprachgemeinschaften verlieren Domänen an andere Sprachen. Jene Sprachen, die die Domänen übernehmen, sind nicht nur die Sprachen der dominierenden Sprachgemeinschaft, sondern auch *linguae francae*, in der Globalisierungsgesellschaft überwiegend die englische Sprache. Sprecher der kleineren Sprachen oder der Regional- und Minderheitensprachen (RMS), die in öffentlichen Angelegenheiten, in der Arbeit, auf allen Niveaus des Bildungswesens und in den Domänen der modernen Informationsgesellschaft ihre eigene Sprache nicht verwenden können, laufen Gefahr, sozial und politisch nicht gleichgestellt, sogar benachteiligt zu sein:

“In most cases limitation in the use of a language to folklore or to the family sphere means that such a language will be inadequate to support professional communication. Similarly, a language that lags behind in its terminology for a given domain risks losing the ability to communicate in that subject in its language over time.”

(Infoterm/UNESCO, 2005:VI)

Im letzten Jahrzehnt wurde die Gefahr, dass die Sprachenvielfalt für immer verloren geht, von internationalen Organisationen, Wissenschaftlern, NGOs und Regierungen erkannt. Maßnahmen wurden getroffen, um die weniger gesprochenen Sprachen zu revitalisieren. Diese Entscheidungen erfolgen im Rahmen der Sprachenpolitik der Staaten, der internationalen Organisationen und der Unternehmen. Die Bedürfnisse der modernen Informationsgesellschaft und der globalisierten Welt haben die Planer und Entscheidungsträger auch für die Terminologie als Wissensträger und wichtigen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit und Entwicklung der Gesellschaft sensibilisiert. Ob die Terminologiepolitik und -planung als Teil der Sprach(en)politik oder als ein selbstständiges Instrument zum Erreichen

von Veränderungen in der Gesellschaft betrachtet werden kann, steht zur Diskussion

1.1 Fragestellung und Ausgangshypothesen

Den Begriffen Terminologiepolitik und Terminologieplanung wird in letzter Zeit immer mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Die International Standardization Organization (ISO) entwickelt gerade eine Norm, um diesen Bereich zu regeln. Doch was ist eigentlich die Terminologieplanung und wie unterscheidet sie sich von bzw. in welcher Beziehung steht sie zur Terminologiepolitik? Sind Terminologiepolitik und Terminologieplanung der Sprach(en)planung untergeordnet oder sind sie eine selbstständige Sparte des strategischen Planens? Welchen Einfluss haben die sprachpolitischen Rahmenbedingungen auf die Terminologiepolitik und -planung?

Minderheit ist kein einfach definierbarer Begriff. Was ist eine Sprachminderheit? Was sind die Minderheitensprachen, was die Regionalsprachen? Wie werden sie auf internationaler und wie auf nationaler Ebene der Mitgliedstaaten der EU geschützt? Welche Sprachen sind offiziell anerkannt?

Aus diesen Fragen kann man eine zentrale Forschungsfrage für die vorliegende Arbeit ableiten: Was sind Terminologiepolitik und -planung, welche Rahmenbedingungen dafür sind für die offiziell anerkannten RMS in Europa vorhanden und inwiefern beeinflussen sie die Terminologiepolitik und -planung für die offiziell anerkannten RMS den Mitgliedsstaaten der EU?

In der Ausgangshypothese könnte man annehmen,

(1) dass die Terminologiepolitik und -planung in einer untergeordneten Relation zueinander stehen, d. h. die Ziele der Terminologiepolitik werden mit der Terminologieplanung verfolgt. Die Terminologiepolitik könnte die abstrakte Ebene, die Terminologieplanung hingegen deren praktische Umsetzung sein.

(2) dass die Relation der Terminologiepolitik und -planung zur Sprach(en)politik und Sprachplanung von den Definitionsansätzen, mit denen man diese Begriffe definiert, abhängt In der vorliegenden Untersuchung wird davon ausgegangen, dass die Relation zwar grundsätzlich als untergeordnet behan-

delt wird, doch dass sie sich vom Land zu Land und von Sprache zu Sprache unterscheidet.

(3), dass in den meisten RMS mit einem offiziell anerkannten Status die Rahmenbedingungen für die Terminologiepolitik und -planung vorhanden sind. Dafür spricht die Tatsache, dass die Anerkennung der Sprache für den Einfluss der Minderheitsgemeinschaft spricht und dass die entsprechenden soziolinguistischen und institutionellen Bedingungen wenigstens teilweise erfüllt sind. Anhand der großen Sprachenvielfalt Europas, des hohen Rechtsschutzstandards und der gut entwickelten demokratischen Strukturen wird in dieser Arbeit davon ausgegangen, dass Beispiele für eine explizite TPP für RMS in der EU vorhersehbar sind.

(4) dass die sprachpolitischen Rahmenbedingungen die Terminologiepolitik und -planung der RMS beeinflussen.

1.2 Methoden und Aufbau

Die Untersuchungsmethoden der vorliegenden Arbeit sind qualitativ und umfassen erstens das Mapping der offiziell anerkannten Minderheitensprachen in den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union anhand von Verfassungstexten und weiteren Gesetzestexten. Die zweite Methode der Untersuchung ist die Dokumentanalyse von Texten zur Sprachpolitik, Sprachplanung, Terminologiepolitik und Terminologieplanung sowie allgemeiner und minderheitensprachenbezogener sprachpolitischer Texte. Die soziolinguistischen, politischen, institutionellen und sprachpolitischen Rahmenbedingungen, auf deren Basis die Terminologiepolitik und Terminologieplanung entwickelt und implementiert werden können, werden deskriptiv erfasst. Im Fall einer offenen Terminologiepolitik wird diese mit der Dokumentanalyse untersucht. Letztendlich werden die TPP der einzelnen RMS mithilfe einer Skala bewertet und kontrastiv mit der Situation und den Rahmenbedingungen der einzelnen RMS untersucht.

Die Forschung der Minderheiten und Minderheitensprachen erfolgt grundsätzlich aus zwei Perspektiven: aus der soziolinguistischen und aus der rechtlichen. In dieser Arbeit werden beide Aspekte der Forschung berücksichtigt und

näher analysiert. Im ersten Teil werden die Sprachpolitik und die Sprachenpolitik mit Schwerpunkt RMS behandelt. In diesem Teil ist ein kurzer Überblick über die Entwicklung des Forschungsgebiets Sprachenpolitik und über die verschiedenen Aspekte der Sprachenpolitik wie etwa Agenten und Träger der Sprachenpolitik zu finden. Der Sprachenpolitik der Europäischen Union, die deren Terminologiepolitik beeinflusst, wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Im zweiten Teil der Arbeit wird ein systematischer Überblick über die Terminologiepolitik und Terminologieplanung dargestellt. Schwerpunkt der Untersuchung liegt bei der institutionalisierten Kommunikation (Corbeil, 1997). Im dritten Teil werden die Begriffe Minderheit und Minderheitensprache vom geschichtlichen und rechtlichen Standpunkt aus erläutert. Der internationale Minderheitenschutz mit Schwerpunkt auf internationalen Organisationen (Vereinte Nationen, OSZE, Europarat und EU) wird dargestellt und kommentiert. Die Europäische Charta für Regional- und Minderheitensprachen hat einen besonderen Status unter den internationalen Rechtsinstrumenten. Sie schützt nicht die Sprecher der RMS, sondern die Sprachen selbst. Der neue Ansatz, die Besonderheiten und die Kritik der Charta werden detailliert behandelt.

In der vorliegenden Arbeit wird in klaren Fällen der Originalbegriff der Quellen verwendet, an Stellen, wo die Benennungen in der Literatur austauschbar oder unklar verwendet werden, wird die Sammelbenennung, z. B. Sprach(en)politik und Sprachplanung (SPP) oder Terminologiepolitik und –planung (TPP) eingesetzt.

2 SPRACH(EN)POLITIK UND SPRACHPLANUNG

In diesem Kapitel werden zentrale Begriffe wie Sprachpolitik, Sprachenpolitik und Sprachplanung definiert. Theoretische Konzepte und Typologien werden im Überblick dargestellt, gefolgt von einer kurzen geschichtlichen Entwicklung des Forschungsgebiets. Abschließend folgt ein Überblick über die Sprachenpolitik der Europäischen Union und die Besonderheiten der sprachplanerischen und sprachpolitischen Entscheidungen für die Minderheitensprachgemeinschaften.

2.1 Definitionen

2.1.1 Sprache

Nach Wiley (1996) muss man, bevor man eine Definition der Sprachplanung aufstellt, einige grundlegende Fragen über die Sprache stellen. Erstens ist es bei der Forschung der Sprachplanung wichtig zu wissen, inwiefern Annahmen über Sprache die Forschung beeinflussen. Zwei grundlegende Annahmen, die man unterscheiden muss, sind folgende: Die Sprache kann man als einen Code oder als ein soziales Verhalten untersuchen. Bei der Annahme, dass Sprache ein Code ist, sind „all languages and varieties of languages [...] adequate in allowing their speakers to attribute meaning, to represent logical thought processes, and generally to communicate among themselves” (Wiley, 1996:104).

Sprache ist jedoch mehr als nur ein Code, sie ist auch ein soziales Verhalten, für das bestimmte Verhaltensregeln entweder im Konsens zustande kommen oder von einer dominanten Gruppe festgelegt werden (vgl. Wiley, ebenda). Im letzten Fall können bestimmte Sprachen oder Dialekte als ‚bessere‘ oder ‚überlegene‘ gelten, und diese Tatsache spiegelt sich in der Sprach(en)politik der Gesellschaft wider. Auch Fishman (1978) weist auf die Tatsache hin, dass Sprachideologien die Theorien der Wissenschaftler beeinflussen.

Was macht eine Sprache aus und wann wird ein Dialekt als Sprache anerkannt? Vereinfacht kann man Sprache mithilfe von zwei Kriterien nach dem Mo-

dell von Kloss (1952, überarbeitet 1967 und 1978) definieren: erstens nach dem Abstand (Sprecher von zwei Sprachen verstehen sich nicht bzw. ein Dialekt muss sich in linguistischem Sinne genügend von einer Sprache unterscheiden, um als eine eigenständige Sprache und nicht nur als Dialekt zu gelten), und zweitens nach dem Ausbau. Kloss meint damit, dass erstens eine gewisse schriftliche und literarische Tradition in der Sprache vorhanden sein muss, und zweitens, dass die Sprache wenigstens teilweise kodifiziert bzw. standardisiert sein muss (z. B. Grammatik, Rechtschreibung). Das Modell wurde später stark kritisiert (vgl. Joseph, 2006). Boelens (1990) ist Vertreter der modernen anthropologischen Ansicht, dass der Glaube einer Gemeinschaft über sich selbst als Realität betrachtet wird und somit auch die Gemeinschaft selbst entscheiden kann, ob sie eine Sprache oder nur einen Dialekt spricht: „Frisian is a language because this is what the Frisians want.“ (Boelens, 1990: 8)

Sprachstandardisierung ist eine notwendige Voraussetzung für weitere Sprachentwicklung, auch für Terminologieplanung. Coluzzi (2007) stellt rechtmäßig die Frage, ob die Auswahl eines Dialektes als Standard der Minderheitensprache gerechtfertigt ist, doch er stellt fest, dass es für die Erhaltung einer Sprache wichtiger ist, eine Varietät als Standard auszuwählen. Wie im Fall der Anerkennung von Sprachen gilt auch hier: “The acceptance of one linguistic norm as language and another as dialect is a political and not linguistic decision.” (Williams, 2005: 13)

2.1.2 Sprachenpolitik, Sprachpolitik und Sprachplanung

Sprachpolitik, Sprachenpolitik und Sprachplanung werden mit der Linguistik, besonders mit der Soziolinguistik assoziiert, doch für SPP als Forschungsgegenstand interessieren sich mehrere Disziplinen, u. a. Soziologie, Politikwissenschaft, Ethnologie und Geschichtswissenschaft (vgl. Bochmann, 1993). Die vorliegende Arbeit konzentriert sich hauptsächlich auf die Aspekte der SPP aus Sicht der Soziolinguistik, obwohl ein dermaßen multidisziplinäres Gebiet wie die SPP von verschiedenen Strömungen in den Sozial- und Geisteswissenschaften durchaus nicht unbeeinflusst bleiben kann. Die SPP ist zwar stark mit der Soziolinguistik verknüpft, doch die Frage, ob die SPP der Soziolinguistik untergeordnet ist

oder umgekehrt, steht zur Diskussion (vgl. Kaplan & Baldauf, 1997). Laut Miligan (2007) steht die SPP im Schnittpunkt zwischen der angewandten Sprachforschung und der Soziolinguistik.

In der Literatur wird oft zwischen Sprachpolitik, Sprachenpolitik und Sprachplanung unterschieden, nicht nur in deutschen, sondern auch in englischen und französischen Quellen, obwohl die semantische Unterscheidung zwischen diesen Begriffen nicht in allen drei Sprachen gleich ist (vgl. Grin et al., 2003).

Die Palette von Begriffen, die in der englischen Literatur verwendet werden, ist breit, und an dieser Stelle wird nur ein Überblick gegeben, ohne die Unterschiede genau zu erläutern: *language planning* und *language policy* sind die am meisten verbreiteten (vgl. Fishman 1974; Cobarrubias & Fishman, 1983; Ager, 2001; Baldauf, 2006), gefolgt von *language management* (vgl. Robinson, 1978; Spolsky, 2009), *language development* (vgl. Noss, 1967), *management of linguistic innovation* (vgl. Karam, 1974), *language treatment* (vgl. Neustupny, 1970), *language politics* (vgl. Grin et al., 2003). In der französischen Literatur werden folgende Begriffe verwendet: *aménagement linguistique* (in Quebec), *politique linguistique*, *planification linguistique* und *glottopolitique*. Typischerweise wird zwischen *language policy* und *language planning* unterschieden (obwohl die beiden Begriffe manchmal auch synonym verwendet werden). *Language policy* ist nach Phillipson & Skutnabb-Kangas (1995: 4) “a super-ordinate category, within which fall operational concerns such as language planning and, as one form of normative regulation, language legislation.” *Language planning* ist demnach die praktische Anwendung der Sprach(en)politik, “[...] the implementation of language policy, to the extent practicable, across all the possible domains of language use referred to in the policy.” (Baldauf, 1994: 84). Bugarski (1992) hebt in seiner Definition den Unterschied zwischen den englischen Begriffen *language policy* und *language planning* und die konkrete, planerische Dimension des *language planning* hervor:

“The term language policy [...] refers [...] to the policy of a society in the area of linguistic communication [...]. Language planning is understood as a set of concrete measures taken within language policy to act on linguistic communication in a community, typically by directing the development of its languages.”

(Bugarski, 1992: 18, herv. im Original)

Nach Fettes (1997) sind *language planning* und *language policy* untrennbar miteinander verbunden: die Sprachplanung ist die tatsächliche Umsetzung der Ideen der Sprach(en)politik:

“Language planning [...] must be linked to the critical evaluation of language policy: the former providing standards of rationality and effectiveness, the latter testing these ideas against actual practice in order to promote the development of better [...] language planning models. Such a field would be better described as ‘language policy and planning’.”

(Fettes 1997: 14)

Eine Besonderheit, die in der deutschsprachigen Literatur vorkommt, sind die Begriffe *Sprachpolitik* und *Sprachenpolitik*. Häufiger als Sprachpolitik oder Sprachenpolitik ist in der Literatur der Begriff Sprachplanung zu finden. Manche Autoren verwenden ausschließlich den Begriff Sprachpolitik (vgl. Coulmas, 1985; Nelde et al., 2001; Ohnheiser et al., 1999; Bochmann et al., 1993), andere wiederum verwenden die beiden Begriffe austauschbar, ohne der Unterscheidung nachzugehen. Bußmann bietet im *Lexikon der Sprachwissenschaft* (1990) zum Beispiel folgenden Eintrag:

“Sprachpolitik [auch Sprachenpolitik].

Politische Maßnahmen, die auf die Einführung, Durchsetzung und Bestimmung der Reichweite von Sprachen zielen [...]

Politische Sprachregelung. Eingriff in den Sprachgebrauch, meist durch staatliche Stellen und mit dem Ziel, bestimmte Bewußtseinsinhalte zu wecken oder zu unterdrücken.”

(Bußmann, 1990: 713, Klammer im Original)

Wie aus dem obigen Eintrag ersichtlich, werden Sprachpolitik und Sprachenpolitik austauschbar verwendet. Haarmann (1988) ist einer der wenigen Autoren im deutschsprachigen Raum, der sich mit dem Unterschied auseinandersetzt:

“Während sich Sprachenpolitik auf politische Gegebenheiten bezieht, die Sprachen in Hinblick auf deren Status sowie deren gesellschaftlichen Funktionen einschließen, betrifft Sprachpolitik den Sachverhalt einer politisch reglementierten Sprachverwendung.”

(Haarmann, 1988:1662)

Somit handelt es sich bei der Sprachpolitik um Politik innerhalb einer Sprache bzw. Sprachgemeinschaft. Sprachpolitik ist „auf eine einzelne Sprache gerich-

tet, ihre Wörter und Formen und deren Verwendung. [Sie] versucht vor allem durch Verbot oder Vorschrift bestimmter Wörter und Wendungen das Bewusstsein der Sprecher zu beeinflussen“ (Ammon, 2000: 668).

Die Sprachenpolitik regelt die Verhältnisse zwischen mehreren Sprachen. Um den Unterschied hervorzuheben, könnte man auch von einer *Mehrsprachenpolitik* (vgl. Schreiner, 2006) sprechen. Es stellt sich die Frage, ob die Unterscheidung zwischen Sprachpolitik und Sprachenpolitik immer eindeutig ist und wo man „[...] die Grenze [...] zwischen der Behandlung von Minderheitensprachen (Sprachenpolitik) und von Dialekten (Sprachpolitik) [ziehen würde], zumal wenn ein Dialekt eines Tages von seinen Sprechern als Sprache deklariert wird?“ (Bochmann, 1993: 13, herv. im Original).

Ferner räumt Bochmann in *Sprachpolitik in der Romania* (1993) ein, dass Sprachenpolitik im tatsächlichen Sinne der Politik kein unwesentliches Mittel zum Wandel in der Gesellschaft ist:

“Unter Politik wollen wir die Gesamtheit der Handlungen gesellschaftlicher Subjekte verstehen, die auf Erhaltung, Funktionieren und ggf. auch Revolutionierung des Staates bezogen sind [...]. Politisches Handeln hat den Erhalt bzw. die Reproduktion oder auch den Umsturz der gegebenen gesellschaftlichen (sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen) Verhältnisse zum letztendlichen Ziel.”

(Bochmann, 1993: 8)

Nach May (2001: 182) sind in der Literatur drei grundsätzliche Einstellungen zur SPP, die in der Theorie und in der Praxis zu finden sind, belegt:

- Sprache als Problem (Effizienz)
- Sprache als Recht (Gerechtigkeit)
- Sprache als Ressource (Reichtum)

In Tabelle 1 sind diese drei Einstellungen und die Auswirkungen auf die Ziele der SPP in Bezug auf die RMS dargestellt. Wie aus der Tabelle ersichtlich, sind die Konsequenzen der SPP sehr ungünstig für die RMS hinsichtlich der Einstellung, dass Sprachen ein Problem darstellen. Bei der Einstellung, dass Sprache ein Recht ist, wird eine RMS anerkannt, die Verschriftung und Standardisierung werden durchgeführt und die Sprache wird als Unterrichtssprache eingeführt. Die letzte Einstellung, die Sprache als Ressource definiert, ist rar. Unter Korpuspla-

nung bei dieser Einstellung könnten auch terminologische Aktivitäten im Rahmen der RMS verstanden werden.

	Orientations		
	Problem	Right	Resource
Goals:	Assimilation	Linguistic affirmation	Linguistic pluralism
Status planning (Language functions)	Minority eradication	Recognise minority	Preserve and develop as many languages as possible
Corpus planning (Language structure)	Standardization of national language only and neglect of minority language	Graphisation and standardisation of minority languages	Extension of minority languages lexically and sociolinguistically
Acquisition planning (Language learning)	Curriculum development and teaching of national language only; learning in minority languages	Curriculum development and teaching and learning in minority languages	Human resource development, material production, literacy skills

Tabelle 1: Typen der Sprachplanung, Orientierung und Ziele (Nyati-Ramahobo, 1998: 55, abgeändert übernommen nach Nyati Ramahobo, 2004: 30).

2.2 Entwicklung

Manipulation von Gesellschaft durch Maßnahmen, die den Sprachgebrauch regulieren, ist kein neues Phänomen, sondern wird schon seit dem 15. Jahrhundert betrieben (vgl. de Varennes, 1996), manchen Autoren zufolge schon sogar im 13. Jahrhundert durch Alphons dem Weisen (vgl. Niederehe, 1987). Bei der Sprach-

wissenschaft vor dem 19. Jahrhundert handelte es sich um normative Sprachwissenschaft (vgl. Haugen, 1966).

Es waren vor allem Einzelpersonen, die sich für die Sprachpflege interessierten und sie mehr oder weniger erfolgreich in die Tat umsetzten. Haugen (1966) nennt z. B. zwei skandinavische Forscher, die im Mittelpunkt der sprachpolitischen Forschung des 19. Jahrhunderts standen, und zwar Ivar Aasen (1813-96) und Knud Knudsen (1812-95). Die beiden Forscher haben bei der Gestaltung und Förderung der norwegischen nationalen Sprache nach der Unabhängigkeit Norwegens von Dänemark mitgewirkt. Sprachpflege wurde schon früher betrieben, zu den wichtigsten Beiträgen zählen jene von Agricola für das Finnische, von Trubar für das Slowenische (beide im 16. Jahrhundert), und von Bernolák für das Slowakische im 18. Jahrhundert (vgl. Haarman, 2004).

Die Idee „eine Sprache, eine Nation“ entstand in Europa im 19. Jahrhundert. Die französische Revolution von 1789 war ein günstiger Vorläufer für diese Entwicklung, da sie in einem Staat stattfand, dessen Vereinigung auf der (zwar mit Gewalt erreichten) kulturellen und sprachlichen Homogenität basierte (vgl. May, 2002). Europäische Kolonialmächte haben die Idee auch über die Grenzen Europas hinaus gebracht, und nachdem sich die ehemaligen Koloniegebiete ihre Unabhängigkeit gesichert hatten, strebten sie nach dem gleichen Ideal.

Die Mehrzahl der SPP-Forschung nach dem Zweiten Weltkrieg befasste sich mit der Sprachproblematik in den Entwicklungsländern und in Ländern, die eine signifikante soziale, wirtschaftliche und politische Wandlung untergingen (vgl. Wiley, 1996). In den neu entstandenen Staaten Afrikas und Asiens konnten Sprachforscher beobachten, wie die Versuche der Implementierung der SPP mehr oder weniger erfolgreich verliefen. Das Ziel der SPP war nach May (2007: 256). „[...] to solve the immediate language problems of newly emergent postcolonial states in Africa, Asia, and the Middle East.“ Die wichtigste Aufgabe der Sprachplaner umfasste die Wahl der Amtssprache(n) und somit der Sprache oder Sprachen, die zu Standardisierung bestimmt wurden (oft ‚nationale‘ Sprachen, z. B. Bahasa Indonesia). Die sogenannten Sprachprobleme der Entwicklungsnationen sollten mithilfe von Standardisierung, Graphisierung und Modernisierung gelöst werden (Ferguson, 1968). Darüber hinaus lag der Schwerpunkt bei den internen

Aspekten der Sprachplanung und laut Haugen (1983: 270) bei der Problemlösung von „[...] the presence of conflicting norms whose relative status needs to be assigned.“

Wie man sieht, ist die SPP kein neues Phänomen, doch als Disziplin der formellen akademischen Forschung ist sie relativ neu, ihr Beginn ist mit den 1960er-Jahren zu datieren. Laut Cooper (1989) haben Miller 1950 mit dem Begriff *language engineering* und ein Jahr später Hall mit *glottopolitics* die Pionierarbeit der modernen SPP geleistet. Den Grundstein legte jedoch 1959 Einar Haugen. Seine Definition der Sprachplanung stützte sich auf die Analyse der damaligen norwegischen Bemühungen, die nationale Sprache zu modernisieren und zu fördern. Seine Definition der Sprachplanung lautete wie folgt:

“By language planning I understand the activity of preparing a normative orthography, grammar, and dictionary for the guidance of writers and speakers in a non-homogeneous speech community. In this practical application of linguistic knowledge we are proceeding beyond descriptive linguistics into an area where judgment must be exercised in the form of choices among available linguistic forms.“

(Haugen, 1959: 8)

In der frühen Entwicklung der SPP-Forschung nach dem Zweiten Weltkrieg war die Literatur auf diesem Gebiet relativ überschaubar, doch zwei weitere Meilensteine müssen nachdrücklich betont werden: erstens das Modell, das ebenfalls von Haugen stammt, und zweitens die Einführung der Unterscheidung zwischen der Korpusplanung und der Statusplanung (siehe Abschnitt 2.3.2) von Heinz Kloss aus dem Jahr 1969. Darüber hinaus sind in den 1960er und 1970er-Jahren folgende Werke erschienen, die später zu Klassikern auf dem Gebiet der SPP wurden: *Language problems of developing nations* (Fishman, Ferguson, Das Gupta, 1968), *Can language be planned?* (Rubin & Jernudd, 1971), *Language planning processes* (Rubin et al., 1977). In diesen Werken wurden die sprachlichen, soziolinguistischen, wirtschaftlichen und politischen Aspekte der SPP berücksichtigt und behandelt (vgl. Daoust, 1997).

Coopers 1989 erschienenes Werk *Language planning and social change* hat einen bedeutsamen Schnitt in der SPP-Forschung gemacht, da er sich in diesem Werk systematisch mit allen Aspekten der Sprachplanung auseinandersetzt. Cooper hat eine Sammlung von bis damals zwölf ausformulierten Definitionsansätzen

von verschiedenen Autoren zusammengebracht und auf dieser Basis seine eigene Theorie aufgestellt. Cooper (1989: 98; herv. im Original) formulierte die zentrale Frage des Werkes folgendermaßen: „What *actors* attempt to influence what *behaviors* of which *people* for what *ends* under what *conditions* by what *means* through what decision-making *process* with what *effect*?“

Im selben Jahr wurde auch klar, dass sprachenpolitische und sprachplanerische Fragen in Europa weiterhin bestehen. Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Gründung einer Reihe von neuen Staaten im Osten Europas mussten auch neue Amtssprachen bzw. nationale Sprache sowie die Politik gegenüber Minderheitensprachen festgelegt werden. Nach dem Zerfall Jugoslawiens sind aus dem Serbokroatischen neue Sprachen mittels Sprachpolitik entwickelt worden.

Auf der anderen Seite hat nach dem Zweiten Weltkrieg, und intensiver im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, die verstärkte internationale Zusammenarbeit im Rahmen verschiedener Organisationen (z. B. der Vereinten Nationen, des Europarates, später auch des OSZE und der Europäischen Gemeinschaft) wichtige Impulse für die Sprachenpolitik im Sinne von Skutnabb-Kangas & Phillipson (1994: 82) geliefert (siehe Abschnitt 2.1.2).

Die SPP entwickelte sich über die Jahre von einem Forschungsgebiet, dessen hauptsächlicher Gegenstand die Planung der Sprachen in den Entwicklungsnationen war, zur Forschung und Förderung von SPP in und für alle Gemeinschaften bis hin zur Erscheinung von kritischen Werken in der letzten Phase (Baldauf, 1994). Die Forschung im Bereich der SPP des letzten Jahrzehnts beschäftigt sich größtenteils mit jener Form der Sprachplanung, die Cooper (1989) zusätzlich zur Unterscheidung nach Kloss einführte, nämlich der Spracherwerbsplanung (vgl. z. B. Kaplan & Baldauf, 1999a, 1999b; Kaplan & Baldauf, 2000; Liddicoat, 2007).

Allerdings spiegelt sich die Tatsache, dass SPP aus verschiedenen Disziplinen entstanden ist und dass sie eher praktisch orientiert war, weil sie Lösungen für konkrete Probleme lieferte, in der Vielfalt der Literaturquellen heutzutage wider.

2.3 Aspekte der Sprach(en)politik und -planung

2.3.1 Der Prozess der SPP

Wie wird eine Sprachplanung ausgearbeitet? Welche Rolle spielt dabei die Sprach(en)politik? Eine eindeutige Antwort und klare Richtlinien gibt es für diese Fragen nicht. Die Sprachplanung ist von einzelnen Fällen abhängig, je nachdem, welche gut überlegten oder ad hoc sprachplanerischen Aktivitäten bereits stattgefunden haben, ob eine Sprach(en)politik ausformuliert wurde und wie die Ausgangssituation aussieht. Einige wenige Richtlinien sind jedoch bei allen SPP zu berücksichtigen. Es ist auch entscheidend, auf welchem Niveau die SPP stattfinden, ob auf nationalem, regionalem oder lokalem. Wird die SPP für eine Gemeinschaft, ein Unternehmen, eine andere Organisation festgelegt?

Cooper (1989: 40) stellt die Frage, ob die SPP nach dem Managementideal gerichtet sein soll: Soll sie also die Bedürfnisse rational identifizieren, Ziele klar festlegen, Mittel richtig einsetzen und die Ergebnisse genau beobachten, um Abweichungen vom Ziel zu korrigieren? Cooper (1989: 41) selbst sieht die Sprachplanung als präskriptiv und leitet davon ab, dass die SPP „[...] systematic, theory-driven, and rational [...]“ sein muss. Das ist ein langwieriger Prozess und verlangt den Einsatz vieler Experten. Die SPP ist eine Reihe von Entscheidungsmaßnahmen, die in folgenden Schritten erfolgen: „(1) identification of the problem, (2) search for information relevant to the problem, (3) production of possible solutions, (4) choice of one solution, (5) implementation of the solution, (6) a comparison of predicted and actual consequences of action.“ (ebenda: 91) Schon der erste Schritt, die Identifizierung des Problems, unterscheidet sich von Fall zu Fall. Eine Gesellschaft kann das Problem überhaupt nicht wahrnehmen, eine andere sehr wohl. Zum zweiten Schritt bemerkt Cooper (1989), dass dieser sehr kostenintensiv und langwierig sein kann. Rubin (1971: 218) nennt diesen Schritt „fact-finding und sieht ihn als unbedingt notwendig. Dabei untersuchen die Träger der SPP „[the] existing setting to ascertain what the problems are, as viewed both by persons who will execute the plan and by persons who will be the targets of the plan“ (ebenda). Darüber hinaus sind die Betrachtung der Alternativen und die Evaluierung der Ergebnisse zwei Schritte, die nicht ausgelassen werden sollen.

Der Prozess der Festlegung der SPP verlangt nach Zeit und Ressourcen, doch die Maßnahmen sind irreversibel. Bei SPP werden nicht nur die Sprache und der Sprachgebrauch beeinflusst und gesteuert, sondern auch nachhaltige Veränderungen in der Gesellschaft bewirkt. Aus diesem Grund muss die SPP sorgfältig geplant und umgesetzt sein und langfristige Ziele verfolgen.

2.3.2 Ziele der SPP

Was sind die Ziele der SPP? Um einen Plan ausarbeiten zu wollen, muss man zuerst wissen, was man erreichen möchte. Die Dichotomie, die 1969 von Heinz Kloss vorgeschlagen wurde, erwies sich als durchaus brauchbar und ist noch heutzutage relevant. Nach Kloss verfolgt die SPP zwei Hauptziele: die Korpusplanung und die Statusplanung der Sprache.

Mit *Statusplanung* meint Kloss die Anerkennung der Wichtigkeit und der Position einer Sprache im Verhältnis zu anderen Sprachen vonseiten der Nationalregierung (vgl. Kloss, 1969). Seit Kloss wurde der Begriff erweitert und bezieht sich nach Ammon (2000: 667) „[...] auf die Rolle (den Status) der Sprache in der Gesellschaft, ihre Implementation und Verwendung in den verschiedenen Domänen (Schule, staatl. Administration usw.).“ Der Status einer Sprache ist abhängig von der Einstellung der Sprachgemeinschaft: Sie kann sich ausdrücklich für die Erhaltung der Sprache und des Sprachgebrauchs in allen Domänen entscheiden oder indifferent gegenüber der eigenen Sprache und Identität sein. Eine freiwillige Entscheidung ist jedoch selten möglich, da Sprachstatus in Relation zu anderen Sprachen und nicht selten auch auf Kosten anderer Sprachen ausgebaut wird. Als Beispiel für eine erfolgreiche Statusplanung kann man die kanadische Provinz Quebec anführen, in der in den 1970er-Jahren eine Reihe von Rechtsakten erlassen wurden, die den Status der französischen Sprache förderten (vgl. Rubin, 1983).

Korpusplanung bezieht sich nach Ammon (2000: 667) auf "[...] die Wahl von Schrift, Orthographie, Lautstruktur, Wortschatz, Grammatik (Morphologie und Syntax) sowie unter Umständen Stil- und Textformen." Nach Cooper (1989:31) beinhaltet Korpusplanung „[...] activities such as coining new terms, reform spelling, and adopting a new script. It refers, in short, to the creation of

new form, the modification of old ones, or the selection from alternative forms in spoken or written code.“ Bei manchen Autoren ist die Terminologieplanung bzw. die sogenannte Terminologiemodernisierung ein Teil der Korpusplanung, z. B. bei Haugen (1983) (siehe Abschnitt 2.3.2).

Man darf jedoch nicht vergessen, dass Status- und Korpusplanung nur Theorieansätze sind, denen konkrete Umsetzung in der Sprachgemeinschaft folgen muss. Status und Korpus sind eng miteinander verbunden und voneinander abhängig. Um den Status der Sprache zu verbessern, muss zuerst unbedingt der Korpus entwickelt werden. Auch umgekehrt gilt, dass mit Nachlässigkeit in Bezug auf den Sprachstatus die Korpuserweiterung und -pflege vernachlässigt wird. Der Unterschied zwischen Korpusplanung und Statusplanung ist jedoch in der Theorie klarer als in der Praxis, und die beiden Ziele sind stark miteinander verbunden.

Cooper (1989) hat noch die dritte Art der Sprachplanung vorgeschlagen, nämlich die Planung des Spracherwerbs (*language acquisition planning*), und sie folgendermaßen definiert: „Language policy making involves decisions concerning the teaching and use of language, and their careful formulation by those empowered to do so, for the guidance of others.“ (Cooper, 1989: 31) Die dritte Form der Sprachplanung hat sich trotz der Kritiken, dass es bei der Planung des Spracherwerbs grundsätzlich um die Statusplanung handelt, durchgesetzt und ist bei vielen Autoren akzeptiert (vgl. Wiley, 1996). Auch andere Autoren haben zusätzliche Objekte der Sprachplanung zu denen von Kloss vorgeschlagenen. So hat z. B. Haarman (1990) die Prestigeplanung als eine Variable, von der Status- und Korpusplanung abhängig sind, eingeführt, doch das Modell hat sich nicht wirklich durchgesetzt.

2.3.3 Träger der SPP

Wer formuliert eine SPP aus? Wer ist verantwortlich für die Durchsetzung einer SPP? Historisch gesehen haben oft Einzelpersonen die Initiative ergriffen. Die heutige Tendenz geht in Richtung der offiziellen Anerkennung der Sprachen. Eine große Anzahl von Staaten hat Amtssprache(n) in ihren Verfassungen oder anderen Rechtsakten verankert, und Regierungen haben noch zusätzlich eine SPP

ausgearbeitet, doch oft nur für die sogenannte nationale Sprache (z. B. *Resolucija o nacionalnem programu za jezikovno politiko 2007–2011* für das Slowenische).

Die SPP wird aber nicht nur für die Nationalsprachen festgelegt und implementiert, sondern für die RMS, in Unternehmen, internationalen Organisationen und NGOs. Die Träger der SPP für RMS können Staats- oder Regionalregierungen, Entscheidungsträger auf lokaler Ebene, Bürgerinitiativen, NGOs oder Einzelpersonen sein. In internationalen Organisationen oder Unternehmen setzen sich oft spezielle Abteilungen mit der SPP auseinander.

2.3.4 Implementierung

Seit Haugen 1959 seine Definition von *language planning* formuliert hat, suchte man nach Modellen für die Beschreibung der Sprachplanung. Haugen selbst schlug 1966 ein Implementierungsmodell der Sprachplanung mit zwei Variablen vor: die sprachlichen und die gesellschaftlichen Aspekte der SPP.

	Form (policy planning)	Function (language cultivation)
Society (status planning)	1 Selection (of norm) (decision procedures) a) identification of problem b) codification	3 Implementation a) correction procedures b) evaluation
Language (corpus planning)	2 Codification (of norm) (standardization procedures) a) graphization b) grammaticalization c) lexicalization	4 Elaboration (functional development) a) terminological modernization b) stylistic development

Tabelle 2: Modell der Sprachplanung (Haugen, 1983; übernommen nach Daoust (1997: 449).

Haugen revidierte das Modell 1983, wie aus Tabelle 2 des deskriptiven Modells mit späteren Korrekturen und zusätzlicher Erläuterung ersichtlich ist. Mit der Kombination von Form und Funktion gelangte Haugen zur Matrix der Sprachpla-

nungsprozesse. Später revidierte Haugen seine Definition und sah die Aktivitäten als Folgen (*outcome*) der Sprachplanung und als einen Bestandteil des Implementierungsprozesses. Seine neue Definition der Sprachplanung lautete kurz: „[...] the evaluation of linguistic change [...]“ (Haugen, 1966: 52). Ziel der Sprachplanung sei es, Probleme zu lösen, die aufgrund von „[...] the presence of conflicting norms whose relative status needs to be assigned.“ (Haugen, 1983: 270) entstanden sind.

Cooper (1989) und Rubin (1971) betonen die Wichtigkeit eines umfassenden Planes. Selbstverständlich können nicht alle Faktoren (soziale, politische, sprachliche) in den Plan einbezogen und kontrolliert werden, doch je vielseitiger und vollständiger der Plan, desto bessere Ergebnisse sind zu erwarten. Daoust (1997) schildert das Beispiel der schlechten Sprachplanung im Norwegischen, bei dem schon im Vorfeld aufgrund kurzsichtiger Planung im 19. Jahrhundert zwei standardisierte Sprachvarianten entstanden sind. Spätere Interventionen zur Verschmelzung der beiden Varianten scheiterten.. Einar Haugen hat die Lage untersucht und festgestellt, dass bei der Planung nur die sprachliche und nicht die soziale Komponente berücksichtigt wurde. SPP ist nach Jernudd & Das Gupta (1971: 21) nicht “[...] an idealistic and exclusively linguistic activity but as a political and administrative activity for solving language problems in society.” Anhand des norwegischen Beispiels hat Haugen auch sein Modell für Implementierung der Sprachplanung entwickelt (Daoust, 1997).

2.3.5 Evaluierung

Die Wichtigkeit der Evaluierung soll an dieser Stelle nochmals ausdrücklich betont werden, da sie in der SPP oft vergessen oder vernachlässigt wird. Die SPP ist ein zukunftsorientiertes Unternehmen, das das Ziel hat, die Sprache, den Sprachgebrauch und den Status der Sprache in der Gesellschaft zu verändern. Bei regelmäßiger Evaluierung werden die Veränderungen verfolgt. Die Ergebnisse können die gesetzten Ziele womöglich nicht erfüllen und Teile der SPP müssen unter Umständen neu überlegt und geändert werden.

Die Sprachenlandschaft verändert sich, die Globalisierung hat neue Herausforderungen auch für Sprachplaner mit sich gebracht, u. a. sind die Immigranten-

sprachen zu einer Realität geworden, der in der Planung des Spracherwerbs Platz verschafft werden muss. Mit dem Erlass der Europäischen Charta für RMS vom Europarat stehen die Regierungen vor der Frage, ob sie die Sprachenpolitik des Staates verändern und die Charta ratifizieren sollen.

2.4 Typologien

In der Literatur ist die Anzahl der Typologieansätze begrenzt, Schiffman (1996) glaubt, der Grund liege in der Tatsache, dass die Sprachenpolitik in mehrsprachigen Staaten immer sehr vereinfacht ist und die komplexen Aspekte der Mehrsprachigkeit nicht berücksichtigt werden. Die Typologieansätze erweisen sich für die Revision der existierenden SPP oder bei der Ausformulierung von einer neuen SPP als brauchbar. Verschiedene Autoren haben sich auf unterschiedliche Schwerpunkte und Aspekte der SPP konzentriert, und somit reicht die Ansammlung von Typologien von idealistischen bis zu konkreten Ansätzen. Die wichtigsten Typen der SPP werden in diesem Abschnitt vorgestellt.

Harold Schiffman (1996) hat sich gründlich mit dem Thema auseinandergesetzt und bietet in seinem Buch *Linguistic culture and language policy* eine große Anzahl von SPP-Typologien nach verschiedenen Aspekten. Vor ihm wurde das Thema bereits von Ferguson (1966) und Kloss (1966) behandelt.

Schiffman (1996) unterscheidet zwischen zwei Formen der SPP:

- die offene (explizite, formalisierte, kodifizierte, *de iure*) Form
- die verdeckte (implizite, informelle, nicht festgelegte, *de facto*) Form

Diese Unterscheidung ist wichtig, um verstehen zu können, warum eine Politik nicht funktioniert. Diese Frage kann oft beantwortet werden, indem die verdeckte Politik identifiziert wird. Die offene Form der SPP kann sich wesentlich von der verdeckten Form unterscheiden.

Ein weiterer Vorschlag Schiffmans (1996) für sprachpolitische Typologien basiert auf der Kongruenz zwischen der Politik und der soziolinguistischen Realität. Er schildert u. a. folgende Typologiebeispiele:

- Politik mit perfekter Kongruenz: Japan, Island (monosprachige Gemeinschaften mit monosprachiger Sprachenpolitik)

- Politik, die das diglossische Repertoire ignoriert: Singapur
- Politik, die Sprachen oder Sprachvarietäten schützt, die nur wenige Sprecher noch fließend sprechen: Finnland für Schwedisch
- Politik, die Rechte nach dem Territorialitätsprinzip gewährleistet : die Schweiz
- Politik, die das Monopol über alle Register besitzt: Frankreich

Typologien sind jedoch mit Vorsicht zu genießen, da sie grundsätzlich zu Typologien zur Minimierung der Komplexität in der multikulturellen und mehrsprachigen Gesellschaften tendieren. Fishman et al. (1991) betonen, dass Vereinfachung keine brauchbaren Ergebnisse liefert:

„It is easy to be misled and intellectually impoverished by studies that examine only a small handful of variables whereas the circumstances of the real world actually involve very complex interrelationships between much larger number of variables.“

(Fishman et al., 1991: 28)

2.5 Mehrsprachigkeit

An dieser Stelle wird nur die Mehrsprachigkeit aus der Perspektive der Sprachenpolitik bzw. im Sinne von Mehrsprachigkeitspolitik nach Schreiner (2006) untersucht. Blumenwitz (1996: 167f) und Mehlich et al. (2003: 10) unterscheiden zwischen drei Varianten der Mehrsprachigkeit im amtlichen Bereich:

- mehrere Amtssprachen
- die Gleichstellung der RMS mit der Amtssprache
- das Recht auf Gebrauch RMS im Amtsverkehr

Mehrere Sprachen teilen sich den Amtsstatus und sind gleichberechtigt im Fall von institutionalisierter Mehrsprachigkeit. Beispiele für diese Form der Mehrsprachigkeit sind Finnland (Finnisch, Schwedisch) und Luxemburg (Deutsch, Französisch, Luxemburgisch). Die sprachliche Autonomie ist für RMS anwendbar und bedeutet, dass in diesem Fall die Sprache zwar den Status einer Amtssprache auf bestimmtem Gebiet hat, doch noch immer der nationalen Amtssprache untergeordnet ist. Die sprachliche Autonomie wird nach zwei Prinzipien festgestellt: erstens werden bestimmte Staatsgebiete als mehrsprachig designiert,

oder zweitens wird Mehrsprachigkeit in denjenigen Territorialeinheiten gewährleistet, die mehrheitlich mit Minderheitenangehörigen bevölkert sind. Das Recht auf Gebrauch der RMS ist auf bestimmte Gebiete beschränkt. Die dritte Form, das Recht auf Gebrauch der RMS im Amtsverkehr, bedeutet keine völlige Sprachengleichheit, sondern nur einen gewissen Minderheitenschutz (vgl. Blumenwitz, 1996).

In Kapitel 3 wird die Mehrsprachigkeit in der Gesetzgebung der einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union untersucht. Besonders interessant für die vorliegende Arbeit ist die Mehrsprachigkeit im Sinne der offiziellen Anerkennung von RMS. Entscheidend für die vorliegende Untersuchung sind die mit der Sprachenpolitik begründete Bewertung bzw. der Status einer Sprache. Das Hauptaugenmerk wird auf jene Sprachen gelegt, die einen offiziellen Status als Amtssprache durch die Verfassung oder sonstige Gesetzgebung haben. Kremnitz (1997: 14) bezeichnet den Status der Sprache als „[...] die offizielle, von Institutionen durch Gesetz o. ä. festgelegte Position von Sprachen.“

Die Festlegung und Regelung der Amtssprache(n) in mehrsprachigen Ländern ist kein einfaches Unternehmen und gehört nach Haarmann (204: 825) „[...] zu den anspruchsvollen Herausforderungen der Sprachplanung.“ Einsprachigkeit ist leichter zu handhaben als institutionalisierte Mehrsprachigkeit, doch bei der Komplexität des modernen Staates ist dieses Argument nicht relevant. Gemeinsame Sprachen sind ein soziales Konstrukt der kulturell oder politisch dominierenden Gemeinschaft. Der Prozess der Planung der Nationalsprache ist untrennbar mit Machtverhältnissen verbunden (vgl. May, 2000). Sprachplanung findet nicht im neutralen Kontext statt, sondern ist immer das Mittel einer Gemeinschaft auf Kosten der anderen Gemeinschaften, um die eigene Situation zu verbessern (vgl. Fettes, 1997).

2.6 Sprachenpolitik und Regional- und Minderheitensprachen

Viele Faktoren haben einen Einfluss auf die soziale Lage und Entwicklung einer Sprachgemeinschaft. Zu den wichtigsten Faktoren zählen: Sprachgebrauch in der Familie, Rechtsstatus und Schutz vonseiten der Behörden, Präsenz in den Medien und im Kulturleben, Entwicklung eines schriftlichen Standards, wirt-

schaftliche Lage der Sprachgemeinschaft, sowie Bildung in der und über die Minderheitensprachen (vgl. Gorter, 2001). Nach Kremnitz (1997: 26) muss eine Sprache, soll sie „den kommunikatorischen Ansprüchen [...] einer modernen komplexen Gesellschaft genügen, [über] über Referenzformen in Grammatik und Lexikon, Konventionen in der Verschriftlichung, und Ausarbeitungen der unterschiedlichsten Textsorten [verfügen].“

Der gemeinsame Nenner der bedrohten Sprachen ist die Tatsache, dass deren Sprachgebrauch auf die privaten Domänen begrenzt ist. Der Sprachgebrauch in öffentlichen Angelegenheiten, wie etwa in der öffentlichen Verwaltung oder in der Justiz, ist nicht vorhanden. Die Tendenz zur Sprachrevitalisierung der RMS in Europa steigt. Nach Grin et al. (2002) sind für Sprachvitalität drei Faktoren entscheidend:

- die Fähigkeit, die Sprache zu sprechen
- die Möglichkeit, die Sprache zu sprechen
- der Wunsch, die Sprache zu sprechen

Die SPP für RMS kann als erfolgreich eingestuft werden, wenn sie einen positiven Einfluss auf diese drei Faktoren der Sprachvitalität aufweist. Die steigende Präsenz in Domänen des öffentlichen Lebens, wie etwa in Bildung, Verwaltung und Massenmedien, führt zur Wiederherstellung des Mechanismus der selbstständigen Reproduktion der Sprache (Grin et al., 2002).

SPP ist auf allen Ebenen der RMS-Gemeinschaft zu finden. Die Initiatoren und Träger können staatliche Institutionen (SPP von oben nach unten) sein, z. B. wenn SPP als ein Teil der Bildungspolitik durchgeführt wird, oder private Institutionen bzw. Nichtregierungsorganisationen (SPP von unten nach oben) wie etwa Bürgerinitiativen, Unternehmen, kirchliche Organisationen usw. In beiden Fällen muss die SPP die Unterstützung der ganzen Gemeinschaft genießen: „Thus, if the general population displays a positive attitude towards the comprehensive application of the language in as many settings as possible, then it will, in turn start to acquire prestige value.“ (Beswick, 2007: 48) Alle Aspekte der Planung müssen positive Werte anziehen. Planungsaktivitäten müssen Prestige aufweisen, um versichern zu können, dass sich sowohl die Planer als auch die Zielgruppe von den Planungsaktivitäten gleichfalls angesprochen fühlen (vgl. Haarman, 1990).

2.7 Sprachenpolitik der Europäischen Union

Die Sprachenpolitik der Europäischen Union hat sich weitgehend ungeplant entwickelt, wodurch die heutige Sprachenpolitik mehrere Merkmale dieser inkonsistenten Planung aufweist. Die Sprachfragen wurden nie als wichtige Aspekte der EU-Politik identifiziert und somit oft vernachlässigt. Die Inkonsistenz der EU-Sprachenpolitik zeigt sich einerseits in der Verteidigung des Gleichheitsprinzips aller Amtssprachen in den Institutionen in der EU, andererseits in der Vernachlässigung der Einschließung von RMS.

„[...] to a certain extent language use has been regulated within European Union institutions in the form of the fiercely defended principle of absolute equality for all national languages in official spheres, in other areas, particularly those concerning the many autochthonous non-state languages in Europe, it seems that a lack of planning has been the norm rather than the exception.”

(Kronenthal, 2003:1)

Diese Zweiseitigkeit ist an einzelnen Beispielen noch ersichtlicher. Frankreich hat beispielsweise aus Angst vor Domänenübernahme des Englischen auf der EU-Ebene stark das Prinzip der Gleichheit aller Amtssprachen und die Förderung von Mehrsprachigkeit verteidigt. Doch in der staatsinternen Sprachen- und Minderheitenpolitik bleibt das Französische die einzige nationale und Amtssprache, und die gar nicht so wenigen Minderheitengruppen Frankreichs werden nicht anerkannt.

Die Europäische Union hat nach Coulmas (1991) jedoch auf folgenden Gebieten Maßnahmen in Bezug auf Sprache ergriffen:

- Sprachstatus
- Sprachgebrauch in und mit den EU-Institutionen
- Übersetzen und Terminologie
- Sprachbildung
- Minderheitenschutz

Unter Status versteht man in diesem Fall den Status als Amts- oder Arbeitssprache der EU. Der Status der Amts- und Arbeitssprache der EU bedeutet, dass

- Dokumente in jeder dieser Sprachen bei den EU-Institutionen eingereicht und Antworten in jeder dieser Sprachen erhalten werden können;
- EU-Verordnungen und andere Rechtsvorschriften sowie das Amtsblatt der Europäischen Union in den Amts- und Arbeitssprachen veröffentlicht werden.¹

Die 23 Amts- und Arbeitssprachen der Europäischen Union sind Bulgarisch, Dänisch, Deutsch, Englisch, Estnisch, Finnisch, Französisch, Griechisch, Irisch, Italienisch, Lettisch, Litauisch, Maltesisch, Niederländisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Schwedisch, Slowakisch, Slowenisch, Spanisch, Tschechisch und Ungarisch. Seit 2007 ist auch Irisch eine Arbeitssprache in den Institutionen der Gemeinschaft, seit 2008 auch Walisisch in besonderen Fällen, zusammen mit der baskischen, katalanischen und galicischen Sprache.²

2.7.1 Die Sprachlandschaft der Europäischen Union

Europa ist von einer großen kulturellen und sprachlichen Vielfalt gekennzeichnet. Siehe Tabelle 3 zur Illustration, welche Amtssprachen der EU in den heutigen 27 Mitgliedstaaten die offiziellen Amtssprachen sind. Die Angaben beziehen sich auf das Jahr 2008, die Staaten sind nach der Bevölkerungszahl gelistet. Wie aus der Tabelle ersichtlich, gibt es in der Mehrzahl der Staaten, bis auf wenige Ausnahmen, nur eine Amtssprache. In Europa werden ca. 60 autochthone RMS gesprochen, die von ca. 40 Millionen Sprechern regelmäßig gesprochen werden.³ Die Immigrantensprachen werden nicht dazu gezählt. Aus diesem Grund entspricht die Bevölkerungszahl der Mitgliedstaaten nicht jener der tatsächlichen

¹ Vgl. http://ec.europa.eu/education/languages/languages-of-europe/doc135_de.htm (Stand 10. 7. 2009).

² Vgl. http://europa.eu/abc/european_countries/languages/index_de.htm (Stand 20. 8. 2009).

³ Vgl. http://ec.europa.eu/education/languages/languages-of-europe/doc141_en.htm (Stand: 5. 8. 2009).

Muttersprachler, die eine der Amtssprachen sprechen. Statistische Angaben für einzelne Sprachen, die tatsächlich in Europa gesprochen werden, sind unzuverlässig und weichen ab, da die Fragen über Sprache im Zensus stark von der jeweiligen Sprachenpolitik des Landes abhängig sind.

Mitgliedsstaat	Bevölkerung in Millionen	Amtssprachen
Deutschland	82.2	Deutsch
Frankreich	63.7	Französisch
Vereinigtes Königreich	61.1	Englisch
Italien	59.6	Italienisch
Spanien	45.2	Kastilisch
Polen	38.1	Polnisch
Rumänien	21.5	Rumänisch
Die Niederlande	16.4	Niederländisch
Griechenland	11.2	Griechisch
Portugal	10.6	Portugiesisch
Belgien	10.6	Französisch, Flämisch
Tschechische Republik	10.3	Tschechisch
Ungarn	10.0	Ungarisch
Schweden	9.1	Schwedisch
Österreich	8.3	Deutsch
Bulgarien	7.6	Bulgarisch
Dänemark	5.4	Dänisch
Slowakei	5.4	Slowakisch
Finnland	5.3	Finnisch
Irland	4.4	Irish, Englisch

Litauen	3.3	Litauisch
Lettland	2.2	Lettisch
Slowenien	2.0	Slowenisch
Estland	1.3	Estnisch
Zypern	0.8	Griechisch, Türkisch
Luxemburg	0.5	Luxemburgisch, Französisch, Deutsch
Malta	0.4	Maltesisch, Englisch

Tabelle 3: Mitgliedsstaaten der EU, deren Bevölkerungsanzahl und Amtssprachen nach der Bevölkerungsgröße (Eurostat, 2008).

2.7.2 Die Rolle der einzelnen Organe der EU

2.7.2.1 Das Europäische Parlament

Das Europäische Parlament (EP) hat aus zwei Gründen eine Sonderrolle in der SPP der EU: Die Mitglieder werden demokratisch gewählt, und die Verfahren des EP sind öffentlich verfügbar. Jedes Mitglied des EP hat das Recht auf mündliche und schriftliche Kommunikation in seiner Amtssprache. Auch andere Sprachen, darunter auch die RMS, sind unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt (vgl. Nic Shuibhne, 2002).

Das EP hat sich im Laufe der Zeit zum Befürworter der Rechte der Minderheiten und Minderheitensprachen entwickelt. Siehe Abschnitt 4.2.4.1 für weitere Details über die Rolle des Europäischen Parlaments in Bezug auf die RMS.

2.7.2.2 Die Europäische Kommission

Nach dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien zur EU am 1. 1. 2007 wurde die Europäische Kommission unter José Manuel Barroso erweitert. Für das Ressort Mehrsprachigkeit wurde vom Europäischen Parlament Leonard Orban aus Rumänien gewählt. Vor der Schaffung eines eigenständigen Ressorts fiel Mehrsprachigkeit unter die Verantwortung des Kommissars für Bildung, Kultur und

Sprachen (von 2004 bis 2006 war dies Ján Figel). Der Kommissar für Mehrsprachigkeit ist für folgende Aufgabenbereiche zuständig: Förderung von Fremdsprachenkenntnissen, Gewährleistung von Rechten von Sprechern von RMS und Immigrantensprachen. Die Generaldirektionen Übersetzen, Gemeinsamer Dolmetscher- und Konferenzdienst und die Abteilung Mehrsprachigkeitspolitik in der Generaldirektion Bildung und Kultur sind dem Kommissar untergestellt.⁴

Die Europäische Kommission hat 2005 die erste Mitteilung zum Thema Mehrsprachigkeit erlassen. In dem Dokument werden folgende drei Grundsteine der EU-Politik im Bereich der Mehrsprachigkeit verkündet:

- “den Bürgerinnen und Bürgern Zugang zu Rechtssprechung, Verfahren und Informationen der EU in ihrer Sprache gewähren
- die wichtige Rolle der Sprachen und der Mehrsprachigkeit in der europäischen Wirtschaft betonen und sie weiter stärken
- alle Bürgerinnen und Bürger ermutigen, mehr Sprachen zu lernen und zu sprechen, um das gegenseitige Verstehen und die Kommunikation zu verbessern.”⁵

Aus dem ersten Punkt ist die Diskrepanz zwischen den tatsächlichen Amtssprachen und allen anderen Sprachen, die die Bürger der EU sprechen (RMS, Immigrantensprachen) klar ersichtlich. In diesem Sinne ist auch die Rolle des Kommissars für Mehrsprachigkeit, der die Rechte von Sprechern von RMS und Immigrantensprachen (siehe oben) vertritt, unklar. Die Europäische Kommission unterstützt zwei Institutionen, die einen bedeutsamen Beitrag zur Präsenz, Forschung und zur RMS leisten: das Europäische Büro für Minderheitensprachen sowie das Mercator-Netzwerk. Auch eine der umfangreichsten Studien über die Situation, Produktion und Reproduktion der RMS in Europa hat die Europäische Union initiiert und finanziert.

Die Europäische Kommission finanziert auch weitere Sprachprodukte und Projekte für RMS. Beispiele dafür sind das Projekt Atlantis, von 2004 bis 2005

⁴ Vgl. http://ec.europa.eu/commission_barroso/orban/index_de.htm (Stand 10. 7. 2009).

⁵ Vgl. http://ec.europa.eu/education/languages/eu-language-policy/doc99_de.htm (Stand 10. 7. 2009).

förderte die Europäische Kommission das Projekt ADUM,⁶ das die Bürger und Organisationen über die Antragstellung für Finanzierungsmöglichkeiten von Projekten mit Schwerpunkt RMS informierte. Zwei weitere Projekte, die die Kommission finanzierte, waren das Projekt CRAMLAP (Celtic, Regional and Minority Languages Abroad Project) und das Projekt ATLANTIS (Academic Training, Language Acquisition and New Technologies in the Information Society). Das Projekt Network of European Language Planning Boards fördert die Zusammenarbeit der Sprachplanungsbehörden der RMS, die einen rechtlich anerkannten Status haben, und umfasst 8 Organisationen.⁷

2.7.2.3 Der Ministerrat der EU

Im November 2008 wurde Walisisch zum ersten Mal in einer der Institutionen der Europäischen Union verwendet, und zwar in der Sitzung des Ministerrates der EU. Walisisch hat nun einen sogenannten „semi-offiziellen“ Status im Ministerrat der EU, zusammen mit der baskischen, katalanischen und galicischen Sprache.⁸

2.7.3 Sprachenpolitik der EU und die Regional- und Minderheitensprachen

Die EU fördert die RMS mit mehr oder weniger gezielten Maßnahmen seit den 1980er-Jahren im Rahmen einer Politik, die Nic Shuibne (2002) die „inoffizielle Minderheitensprachen-Politik“ nennt, im Gegensatz zu der offiziellen EU-Sprachenpolitik. Bei der Problematik der Minderheitensprachen hat die EU kein Befugnis, sondern die Regelung ist den einzelnen Staaten als interne Angelegenheit überlassen. Darüber hinaus stellten Grin et al. (2002) in einem gemeinsamen Bericht des Europäischen Büros für Minderheitensprachen und des European Centre for Minority Issues (ECMI) fest, dass Detailinformationen über Forde-

⁶ Vgl. <http://www.adum.info> (Stand: 11. 7. 2009).

⁷ Vgl. <http://www.languageplanning.eu> (Stand: 11. 7. 2009).

⁸ Vgl. WalesOnline, “Breakthrough as minister uses Welsh at EU council” 21. 11. 2008; <http://www.walesonline.co.uk/news/wales-news/2008/11/21/breakthrough-as-minister-uses-welsh-at-eu-council-91466-22307749/> (Stand: 8. 8. 2009).

rungsprojekte der EU im Bereich der RMS oft aus verschiedenen Gründen nicht vorhanden sind.

Die wichtigste Rolle im Sinne von kulturellen und sprachlichen Förderungen der Minderheiten haben in der EU das Europäische Parlament und das Europäische Büro für Minderheitensprachen (siehe Abschnitt 2.7.3.1). Die europäischen Maßnahmen zur Förderung von Sprachenvielfalt, z. B. das Europäische Jahr der Sprachen 2001, hatten einen positiven Einfluss auf die Förderung und Schutz der RMS (vgl. Grin et al., 2002).

Die Grundziele der EU im Bereich der RMS sind:

- Gewährleistung und Förderung der RMS als Teil der gemeinsamen europäischen Kulturerbe
- Entwicklung einer europäischen Dimension von Förderung und Schutz von RMS
- letztendlich die qualitative und quantitative Verbesserung im Sprachgebrauch der RMS (Interarts, 2004).

Man darf jedoch nicht vergessen, dass die EU kein unabhängiges Organ ist, sondern nur eine Partnerschaft von Staaten, die die Politik der Union steuert. Viele Mitgliedstaaten befinden sich in komplizierten Beziehungen zu ihren regionalen Minderheiten und würden die Regulierung der Minderheitenfrage nicht an eine supranationale Regierung aufgeben wollen (vgl. Kronenthal, 2003). Nach dem Subsidiaritätsprinzip ist die Förderung der RMS eine Domäne entweder der Mitgliedstaaten oder der Regionen (vgl. Grin et al., 2002). Nic Shuibhne (2001) weist auf die Tatsache hin, dass die Union lediglich als Koordinator agiert und nicht als der Entscheidungsträger im Bereich der RMS. Aus diesem Grund besteht eine große Diskrepanz zwischen den Zielen der EU in Bezug auf die Mehrsprachlichkeit und den tatsächlichen Zielen der einzelnen Mitgliedstaaten:

“[...] the Community’s relatively friendly attitude towards linguistic and cultural plurality is a corollary of the member states’ general hostility towards multilingualism, that is, the nation states’ tendency to favour cultural and linguistic homogeneity. It is precisely the great importance the European states attach to their national languages which motivates their backing of linguistic pluralism in the Community context (if only as a means of protecting the national languages). A strong commitment to monolingualism, if multiplied, necessarily results in support for multilingualism.”

(Coulmas, 1991:14f)

Abbildung 1 zeigt die sprachliche Vielfalt in den Mitgliedstaaten der EU. Im Vergleich mit Tabelle 3 wird offensichtlich, dass die soziolinguistische Realität weder der Sprachenpolitik der EU noch der der Mitgliedstaaten entspricht.



Abbildung 1: Sprachen auf dem Gebiet der Europäischen Union (abgeändert übernommen nach Organization for the European Minorities, 2009).

Kronenthal (2003: 24) schlägt vier teilweise kontroverse Maßnahmen vor, die die Europäische Union in Bezug auf RMS durchführen müsste:

- Klarstellung von Rechten und Pflichten: Die EU und die Mitgliedstaaten sollten konkret festlegen, wie sie die RMS schützen und fördern wollen und demzufolge konkrete Maßnahmen durchsetzen.
- Reform der Sprachenpolitik der EU in Bezug auf Arbeitssprachen der EU-Institutionen: Mit der großen Anzahl der Arbeitssprachen der EU stellt sich erneut die Frage, ob die Kosten für den enormen

Übersetzungs- und Dolmetschtaufwand nicht mit der Einführung einer *lingua franca* gesenkt werden könnten. Die Kostensenkung würde auch große finanzielle Mittel freisetzen, die für die Förderung der RMS investiert werden könnten. Dieser Punkt geht auf ein Vorschlag Neldes (2001) zurück, der solche Lösung positive Diskrimination nennt.

- Strukturierte Beteiligung in den einzelnen Mitgliedstaaten in Fragen der RMS: Die EU soll die Rolle eines Beraters in Sachen RMS übernehmen, um die Harmonisierung des RMS-Schutzes zu optimieren.
- Offizielle Anerkennung aller europäischen Sprachen: Kronenthal spricht hier von „some official status“ (2003: 24). Die RMS sollten zwar keinen Status als Arbeitssprachen erhalten, aber „as part of a multi-tiered system of recognition“ (ebenda) anerkannt werden. Der genaue Status der RMS bleibt unspezifiziert. Kronenthal betont jedoch, dass eine solche Anerkennung vor allem jene Sprachen unterstützen würde, die mit dem Domänenverlust zu kämpfen haben.

2.7.3.1 Europäisches Büro für Minderheitensprachen

Das Europäische Büro für Minderheitensprachen (European Bureau for Lesser-Used Languages - EBLUL) mit Sitz in Dublin wurde 1982 auf Initiative des Europäischen Parlaments gegründet. EBLUL ist eine Non-Profit Organisation und wird zum größten Teil von der Europäischen Kommission finanziert. Zu den Hauptaufgaben des Büros zählen:

- Repräsentation von RMS auf EU-Ebene und Vertretung der gemeinsamen Interessen auf europäischer und internationaler Ebene
- Informationsverbreitung und Beratung von Politikern, Medien, Akademikern und der breiten Öffentlichkeit bezüglich der RMS.⁹

⁹ Vgl. http://ec.europa.eu/education/languages/languages-of-europe/doc143_de.htm (Stand: 6. 5. 2009).

Das Europäische Büro für Minderheitensprachen hat 2000 die Agentur Eurolang gegründet, die sich auf die Themen Minderheitensprachen, Sprachenvielfalt, staatenlose Nationen und Nationalminderheiten in der Europäischen Union spezialisiert. Eurolang informiert über Europas Regional-, Minderheiten- und staatenlose Sprachgemeinschaften, koordiniert verschiedene Programme und Initiativen zu RMS auf europäischer Ebene, bietet ihnen Beratung, Netzwerkservice und Informationen an und hilft ihnen bei der Sicherung finanzieller Mittel.¹⁰

Aus politischen Gründen heißt das Büro auf Englisch European Bureau for Lesser-Used Languages und auf Französisch Bureau européen pour les langues moins répandues, doch interessanterweise wird in den zwei weiteren offiziellen Sprachen des Büros, nämlich in der deutschen (Europäisches Büro für Minderheitensprachen) und der niederländischen (Europees Bureau voor Taalminderheden) die politisch korrekte Benennung ausgelassen (vgl. Wicherkievicz, 2003). Darüber hinaus weist Nelde (2003: 19) darauf hin, dass die englische Benennung mit der französischen weder terminologisch noch semantisch deckungsgleich ist und im Französischen „[...] etwas hilflos und künstlich klingt.“

2.7.3.2 Mercator-Informationsnetzwerk

Mercator ist ein Informations- und Dokumentationsnetzwerk, das auf Initiative der Europäischen Kommission 1987 gegründet wurde, um Kooperation und Networking zwischen Institutionen, Organisationen, Universitäten sowie regionalen und nationalen Behörden zu fördern. Das Mercator-Netzwerk umfasst drei Zentren: Mercator Education (Mercator Bildung) in Leeuwarden, Friesland, in den Niederlanden, Mercator Legislation (Mercator Recht) in Barcelona, Katalonien, Spanien und Mercator Media (Mercator Medien) in Aberystwyth, Wales, Vereinigtes Königreich.¹¹

¹⁰ Vgl. <http://www.eurolang.net/> (Stand: 2. 7. 2009).

¹¹ Vgl. <http://www.mercator-central.org> (Stand: 2. 7. 2009).

2.7.3.3 Die Euromosaic Studie

Die grundlegenden Daten über die soziolinguistischen und institutionellen Rahmenbedingungen der RMS in der EU für die vorliegende Arbeit stammen aus der Euromosaic Studie. Die Euromosaic Studie wurde von der Europäischen Kommission 1992 mit dem Ziel in Auftrag gegeben, das Potenzial für eine Stärkung der RMS und die Probleme der RMS zu untersuchen. Die RMS konnten nicht gefördert werden, wenn die soziolinguistische Situation und die Problematik der einzelnen Sprachen nicht genau untersucht wurde. Nach dem EU-Beitritt Finnlands, Österreichs und Schwedens wurde eine weitere Studie durchgeführt. Die Euromosaic Studie wurde im September 2004 vervollständigt, nachdem Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern der EU beigetreten waren.¹² Nach dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens wurde keine neue Studie durchgeführt, weshalb keine entsprechenden Daten vorliegen.

Zuerst wurden in der Studie die sozialen und institutionellen Faktoren identifiziert, die für den Gebrauch einer Sprache wichtig sind. Folgende sieben Variablen wurden in der Euromosaic Studie berücksichtigt: Familie, Kultur, Gemeinschaft, Prestige, Institutionalisierung, Legitimation und Bildung. Zweitens wurden die Situation und die Fähigkeit der Produktion und Reproduktion der einzelnen Sprachen untersucht. Mehr als 50 Berichte über RMS wurden von einem internationalen Team zusammengestellt (Europäische Kommission, 1996).

¹² Vgl. http://ec.europa.eu/education/languages/languages-of-europe/doc145_de.htm (Stand: 18.9.2009).

3 TERMINOLOGIEPOLITIK UND -PLANUNG

3.1 Terminologie

3.1.1 Die wichtigsten Begriffe im Überblick

Terminologie hat viele Facetten, und die Definition hängt von der Ausgangsperspektive ab. Unter Terminologie kann man Dreifaches verstehen: erstens eine Sammlung von Termini, zweitens eine Reihe von Methoden und Praktiken für das Sammeln, Beschreiben und Präsentieren von Termini und drittens eine Theorie, die die Beziehungen zwischen Begriffen und Benennungen zu erklären ermöglicht (vgl. Sager, 1990). Terminologie ist nicht einfach nur Lexikographie, sondern eine separate Einheit, die gewisse Charakteristika einer Metasprache enthält (vgl. Rey, 1995). Gélinas-Suprenant und Hussman (1993: 22) bezeichnen Terminologie als „[a] misunderstood term for a little known profession“.

Eine allgemeine Definition ist bei Maurais (1993: 112) zu finden, der Terminologie als “[a] systematic study of the designation of concepts pertaining to specialized domains of human activity” definiert. Das Deutsche Institut für Normung definiert Terminologie als “die Wissenschaft von den Begriffen und ihren Benennungen im Bereich der Fachsprachen“ (DIN 2342, 1986:10, zit. nach Baum, 1992:149). ISO 1087-1:2000 definiert Terminologie als “[a] set of designations belonging to one special language” (ISO/TC 37 N 499). Die Idee, dass die Terminologie nicht nur sprachliche, sondern auch nicht-sprachliche Begriffsdarstellung einschließt, gewinnt immer mehr Anklang: „Increasingly, terminologies also include non-linguistic concept representations, such as graphical symbols or formulae.“¹³

Im Rahmen des Pointer-Projekts (vgl. Abschnitt 3.2.6) wurden folgende fünf Dimensionen der Terminologie identifiziert:

- Terminologie als Ressource

¹³ Vgl. <http://isotc.iso.org/livelink/livelink?func=doc.Fetch&nodeid=1160801> (Stand 20. 8. 2009).

- Terminologie als Sammlung von Methoden und Verfahren, die bei der Schaffung dieser Ressource verwendet werden
- Terminologie als Faktor in der Kommunikation
- Terminologie als Gemeinschaft von Akteuren
- Terminologie als akademische Disziplin¹⁴

Zum letzten Punkt ist zu sagen, dass vor allem nordamerikanische Autoren, unter anderem Sager (1990) und Dubuc (1985), den Status der Terminologie als Disziplin in Frage stellten und sie nur als eine Reihe von Praktiken sahen:

“There is no substantial body of literature which could support the proclamation of terminology as a separate discipline and there is not likely to be. Everything of importance that can be said about terminology is more appropriately said in the context of linguistics or information science or computational linguistics.”

(Sager, 1990: 1)

Ferner machte das Pointer-Projekt auf die Tatsache aufmerksam, dass die Unterscheidung zwischen Terminologie, Terminographie und Lexikologie nicht nur unter Laien, sondern auch unter Fachleuten nicht immer klar ist. Terminographie ist „[die] Lehre und Praxis der Sammlung, Erfassung, Speicherung und Darstellung von terminologischen Daten“ (Budin & Felber, 1989: 6). Unter Lexikographie versteht man „[...] the theory and practice [...] of dictionary-making, the compilation and preparation of reference texts for publication.“ (Hartman & James, 2001: VII).

3.1.1.1 Fachsprache und Gemeinsprache

Mit Gemeinsprache, manchmal auch Gesamtsprache genannt (Arntz & Picht, 1991: 17), bezeichnet man den Kernbereich der Sprache, die alle Benutzer der Sprache verstehen und benutzen. Fachsprache ist der „Bereich der Sprache, der auf eindeutige und widerspruchsfreie Kommunikation in einem Fachgebiet gerichtet ist und dessen Funktionieren durch eine festgelegte Terminologie entscheidend unterstützt wird“ (DIN 2342/1, 1992: 1). Fachsprache (Englisch: speci-

¹⁴ Vgl. Pointer Final Report: <http://www.computing.surrey.ac.uk/AI/pointer/report/section1.html> (Stand 15. 4. 2009).

al language, specialised language, language for special purpose) und Gemeinsprache (Englisch: general language) zusammen bilden die Gesamtsprache. Sie sind nicht komplett voneinander getrennt, sondern überschneiden sich.

3.1.1.2 Terminologienormung und Terminologieregelung

Terminologienormung, auch Terminologieregelung, ist Vereinheitlichung der Terminologie eines Fachgebietes:

“Die Normierung bezieht sich auf die klare Definition der Begriffe bzw. Zeicheninhalte, auf eine eindeutige Zuordnung dieser Zeicheninhalte oder Bedeutungen zu Zeichenausdrücken oder Benennungen [...], aber auch auf die Festlegung der Zeichenausdrücke selbst [...].”

(Schifko, 1992:296).

Das Ziel der Terminologienormung ist nicht nur die Festlegung von Definitionen, sondern auch die Auswahl zwischen rivalisierenden Benennungen (Baker et al., 2001). Die Terminologienormung wird von einer Normenorganisation (siehe Abschnitt 3.1.4) durchgeführt, die Terminologieregelung andererseits kann auch von einer Terminologiekommission oder Fachorganisation vereinbart werden (vgl. Budin & Felber, 1989). Terminologienormung findet auch außerhalb von Normenorganisationen statt, wie etwa in internationalen Organisationen oder Unternehmen.

Laut ISO/IEC Guide 2 (1996) ist eine Terminologienorm als “[a] standard that is concerned with terms, usually accompanied by their definitions, and sometimes by explanatory notes, illustrations, examples, etc.” (zit. nach ISO, 2004: 1) definiert. Die Terminologienormung kann man in zwei voneinander abhängige Bereiche unterteilen:

- die Standardisierung von Terminologien
- die Standardisierung von terminologischen Prinzipien und Methoden (ISO/TC 37 N 499)

Die beiden Einsatzbereiche der Terminologienormung sind voneinander abhängig, da qualitativ hochwertige Terminologearbeit ohne terminologische Methoden und Prinzipien nicht zustande kommen kann. Das gleiche ist auch umgekehrt gültig, die terminologischen Methoden und Prinzipien müssen dem Stand

der Dinge in praktischen Anwendungsbereichen der Terminologienormung folgen (Galinski, 2009).

3.1.1.3 Domänenverlust

Domäne ist ein Fachgebiet, das über die erforderlichen Fachkommunikationsmittel in einer Sprache verfügt. Domäne wird als “Fach- und Wissensgebiet” (RaDT, 2005: 1) definiert und schließt auch die soziale Dimension ein. Picht et al. (2006) betonen, dass eine Domäne auch immer einen sozialen Anwendungsbereich der Sprache darstellt und somit der Verlust nicht nur sprachliche, sondern auch soziale Folgen hat. Auch für die Kommunikation innerhalb einer Domäne gilt Fishmans (1972: 437, herv. im Original) Feststellung, dass “[...] only one of the theoretically co-available languages or varieties will be chosen by particular classes of interlocutors on particular kinds of occasions to discuss particular topics.” Domänenverlust ist somit die Folge einer Auswahl zwischen mehreren Sprachen für die Kommunikation in einer bestimmten Domäne und erfolgt automatisch, wenn die Fachsprache nicht entwickelt wird:

“Verlust der Kommunikationsfähigkeit in der eigenen Sprache auf allen Ebenen (Praxis, Theorie usw.) eines Wissensgebietes wegen fehlender Weiterentwicklung der erforderlichen fachsprachlichen Mittel. Domänenverlust tritt immer dann auf, wenn eine Sprachgemeinschaft die Weiterentwicklung angemessener fachsprachlicher Kommunikationsmittel in der eigenen Sprache – aus welchen Gründen auch immer – unterlässt.”

(RaDT, 2005: 1)

Domänenverlust ist nicht nur für kleinere Sprachen bzw. RMS ein Thema, sondern wird auch in größeren Sprachgemeinschaften diskutiert.¹⁵ Englisch wird für den Verlust verantwortlich gemacht, da es in vielen Domänen als *lingua franca* dient. Wo der Domänenverlust der Minderheitensprachen früher auf Kosten der Mehrheitssprachen verbucht wurde und die Mehrheitssprache der Gesprächspartner für die Fachkommunikation ausgewählt wurde, übernimmt heute Englisch immer mehr Domänen.

¹⁵ Für Deutsch vgl. RaDT: Domänenverlust im Deutschen: Stirbt Deutsch als Fachsprache?, 2007; und für Dänisch Haberland: Domain and domain loss, 2005.

3.1.2 Die Entwicklung der modernen Terminologie

Mit der Internationalisierung der Wissenschaft im 19. Jahrhundert entstand auch das Bedürfnis nach Ausformulierung von Begriffen in den Naturwissenschaften, wie etwa in der Biologie oder Chemie. Die rapide Entwicklung der Technologie Anfang des 20. Jahrhunderts verlangte nicht nur nach Benennungen von Erfindungen und neuen Konzepten, sondern auch einen Konsens über die neuen Begriffe.

“The initial motivation for the study of terminology was both spontaneous, like the motivation for technology, and theoretical, like the motivation behind the birth of science. During the simultaneous expansion of knowledge and the growth of technology and communications in the eighteenth century, terminology was seen as necessary tool for overcoming some of the difficulties associated with these multiple developments. Only in the twentieth century has terminology acquired a scientific orientation while at the same time being recognized as a socially important activity.”

(Rey, 1995: 49)

Obwohl Terminologie spontan entstanden ist, ist es kein Zufall, dass sich die Terminologiewissenschaft im zweiten Drittel des 20. Jahrhunderts entwickelt hat. Die Entstehung war einerseits eine Antwort auf die Bedürfnisse der damaligen Gesellschaft, die große soziale und politische Veränderungen erlebte, zum Beispiel die rapide technologische Entwicklung, und andererseits ein Lösungsansatz für die Probleme der zunehmenden Internationalisierung. Die moderne Terminologielehre wurde mit der Arbeit Eugen Wüsters in den 1930-er Jahren in Wien begründet. Wüster wird heute als Vater der modernen Terminologielehre und als Begründer der Allgemeinen Terminologielehre (vgl. Galinski, 2009) anerkannt. Er war der wichtigste Vertreter der sogenannten Wiener Schule. Bei seiner Eröffnungsrede beim Infoterm-Symposium 1975 nannte Wüster selbst vier Wissenschaftler, die er als die intellektuellen Väter der terminologischen Theorie sah: den Deutschen Scholman, den schweizerischen Sprachwissenschaftler de Saussure, den russischen Wissenschaftler Dresen und den Engländer Holmstrom (vgl. Cabré, 1999). Budin und Felber (1989) sowie Laurén und Picht (1993) unterscheiden neben der Terminologie der Wiener Schule noch zwischen den Terminologien der Prager Schule und der Sowjetischen Schule. Für alle Schulen scheint Sprachplanung eine signifikante Rolle zu spielen, wobei die Prager Schule und die

Sowjetische Schule stärker in Richtung der Standardisierung orientiert sind (vgl. Temmerman, 2000).

Nach diesen drei ursprünglichen Zentren erregte Terminologie zuerst Interesse in weiteren westeuropäischen Ländern, wie etwa in Frankreich und Belgien, gefolgt von Spanien und Portugal, und in afrikanischen Ländern, und letztendlich im Osten, in China und Japan (vgl. Cabré, 1992). Als vierte Schule der Terminologie ist in der Literatur noch die Kanadische Schule zu finden, deren Modelle zwar auf denen der Wiener Schule basieren (L'Homme, 2005), doch der Schwerpunkt liegt eher auf den soziolinguistischen Aspekten (Rey, 1995).

In Anlehnung an Auger (1988) identifiziert Cabré (1992) vier grundlegende Entwicklungsphasen der modernen Terminologiewissenschaft:

- der Anfang (1930-1960)
- die Strukturierungsphase (1960-1975)
- der Boom (1975-1985)
- die Expansion (1985 bis heute)

In der ersten Phase stand die Entwicklung von Methoden für eine systematische Begriffsbildung im Mittelpunkt. Zu den wichtigsten Neuerungen der zweiten Phase zählen die Entwicklung von Computern und Dokumentationstechniken bei. Die ersten Versuche der Standardisierung der Terminologie fanden statt. 1952 wurde die Arbeit der Internationalen Normierungsorganisation (ISO), die durch den Zweiten Weltkrieg unterbrochen wurde, fortgesetzt. Die 1960er-Jahre waren der Beginn der „[...] terminologische[n] Grundlagenforschung aus Sprachwissenschaftlicher Sicht“ (Budin & Felber, 1989: 11). In der dritten Phase wurde der Beitrag der Terminologie zur Sprachmodernisierung erkannt. Die Anzahl der Terminologieprojekte wuchs ständig. In der letzten Phase sind zwei Merkmale von besonderer Wichtigkeit: die Computertechnologie, die den Terminologen ihre Arbeit beträchtlich erleichtert hat, und die Entwicklung der Sprachindustrie, in der Terminologie eine sehr wichtige Rolle spielt (vgl. Cabré, 1992).

In der vierten Phase erfolgte eine Reflexion der Allgemeinen Theorielehre und der bisherigen Entwicklungen. Die bedeutendsten Kritiker waren u. a. Sager (1990), Zawada & Swanepoel (1994), Cabré (1992) und Temmerman (2000). Darüber hinaus wurde und ist die letzte Phase stark von der Globalisierung ge-

prägt. Im Globalisierungszeitalter treffen zwei widersprüchliche Sprachtrends aufeinander, nämlich die Entwicklung in Richtung der Einsprachigkeit, und gleichzeitig ein Trend zur Mehrsprachigkeit. Das Gefühl, dass die globale Gesellschaft immer mehr zusammenwächst hat „[...] a strong tendency toward the use of a single language, especially for certain communicative situations“ (Cabré, 1992: 216) begünstigt, doch auf der anderen Seite resultierten die demokratischen Entwicklungen in der „[...] tendency to encourage multilingualism in which non-dominant languages pursue protectionist policies“ (ebenda). Infolgedessen entstanden in der vierten Phase der Terminologieentwicklung wissenschaftliche Beiträge, die sich mit der Bedeutung der Terminologieplanung für kleinere Sprachgemeinschaften auseinandersetzten (z. B. 2007 fand das Special EAFT Seminar - Minority Languages and Terminology Policies in Dublin statt).

3.1.3 Aspekte der Terminologie

3.1.3.1 Funktionen und Ziele der Terminologie

Die Ziele und Funktionen der Terminologie hängen stark von der dreifachen Perspektive der Definition der Terminologie ab (siehe Abschnitt 3.1.1). Der Schwerpunkt der Terminologie ist außerdem abhängig von Land und Sprache (vgl. Strechlow & Wright, 1993).

Das Ziel der Terminologie im Sinne von Terminologearbeit ist kurz zusammengefasst die Erstellung von Fachterminologien (vgl. Budin & Felber, 1989). Terminologie im weitesten Sinne

“[T]rägt dazu bei, die Fachkommunikation zu erleichtern und zu beschleunigen und deren Qualität zu sichern, indem sie Fachwortschätze (= Terminologien) ein- und mehrsprachig aufbereitet und über die Datenkommunikationsnetze breitesten Anwenderkreisen zur Verfügung stellt.”

(KÜDES, 2002: 9)

Die Terminologie erfüllt auch die Funktion als Wissensträger. Das wissenschaftliche und technische Wissen ist ohne die Formulierung der wissenschaftlichen und technischen Informationen mit der entsprechenden Terminologie nicht kommunizierbar. Mithilfe von Terminologie wird das wissenschaftliche und tech-

nische Wissen auf dem Begriffsniveau festgelegt. Der Wissenstransfer ist nicht nur für Fachleute wichtig, sondern die Terminologie trägt auch zum Wissensaustausch in der Gesellschaft bei:

“We must not forget, in short, that the ultimate goal of terminological work, in the fields of both translation and standardisation or documentation, is to foster communication between specialists and an exchange of scientific and technical knowledge in society.”

(Colomer & Cuadrado, 2008: 103)

3.1.3.2 Motivation, Einflüsse und Einsatzbereiche

Corbeil (1997: 2) identifiziert sechs Einsatzbereiche, in denen die Motivation für terminologische Tätigkeiten ausschlaggebend ist:

1. Terminologie ist ein unabdingbares Unterstützungselement der Sprachpolitik (*politique linguistique*). Die Einsatzbereiche der SPP und die damit verbundenen Ziele beeinflussen dabei die Domänen, für die die Terminologearbeit notwendig ist.

2. Terminologie bietet Unterstützung bei der Ausformulierung von technischen Normen, Gesetzen, Regelwerken oder Richtlinien und bei deren Auslegung.

3. Terminologie löst terminologische Probleme von verschiedenen Fach- und Forschungsgebieten.

4. Terminologie als Unterstützung der Dokumentation, Erstellung von Thesauri, Recherche und Informationssuche.

5. Terminologie als Unterstützung und als unabdingbarer Teil des Übersetzens und Dolmetschens.

6. Terminologie als Unterstützung von Sprach- und Terminologieberatung für Bürger im Rahmen der SPP.

Zu Punkt 1 ist anzumerken, dass manche Autoren (vgl. Maurais, 1993; Drame, 2008) Terminologie nicht ausschließlich im Dienst oder als Teil der Sprachpolitik sehen (siehe Abschnitt 3.2.5). Auch andere Punkte, vor allem Punkt 6, reflektieren stark die kanadische Perspektive Corbeils.

Die Terminologie ist im letzten Jahrzehnt von einer zunehmenden Verflechtung und gegenseitigen Beeinflussung mit der Terminologiewissenschaft, Infor-

matik, Logik, dem Wissensmanagement u. a. gekennzeichnet. Die Terminologieforschung in Zentral- und Nordeuropa konzentriert sich auf die Verbindung der Terminologie mit der Logik, der Kommunikationstheorie und der Informationstheorie (vgl. Cabré, 1992). Im Schlussbericht des Pointer-Projekts (1996) wird die Terminologie als “a key discipline for the information society”¹⁶ bezeichnet und als ein unabdingbares Element zur Effizienzsteigerung in der Kommunikation erkannt.

3.1.4 Terminologienormung: ISO/TC 37

Eugen Wüster erkannte die Notwendigkeit von Normierung der Terminologie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und gründete im Jahr 1936, nach Erscheinen seiner bahnbrechenden Arbeit *Internationale Sprachnormung in der Technik* (1931), den ersten Ausschuss für Terminologie innerhalb des internationalen Normungsverbandes *International Federation of the Standardizing Associations (ISA)*. Die Arbeit des Ausschusses wurde durch den zweiten Weltkrieg unterbrochen, doch der Ausschuss wurde 1951 im Rahmen der *International Standardization Organisation (ISO)* in Form von *Technical Committee 37 (ISO/TC 37)* wieder aufgenommen und setzte seine Arbeit 1952 fort. ISO/TC 37 hat vier Unterausschüsse:

- ISO/TC 37/SC 1 “Principles and methods”
- ISO/TC 37/SC 2 “Terminography and lexicography”
- ISO/TC 37/SC 3 “Computer applications for terminology”
- ISO/TC 37/SC 4 “Language resource management”.

Die Terminologienormung verlangt nach wesentlichen finanziellen und menschlichen Mitteln. Von diesem aus Standpunkt sind die Vorteile der Terminologienormung, vor allem für kleinere Sprachgemeinschaften, die über solche Mittel nicht verfügen, auf den ersten Blick nicht ersichtlich. Pohn (2008: 11) führt u. a. folgende Vorteile der Terminologienormung für Unternehmen an, die zwar auf den ersten Blick für die RMS nicht verwendbar sind:

- “cost reductions in procurement;

¹⁶ Vgl. <http://www.computing.surrey.ac.uk/AI/pointer/report/section1.html> (Stand: 10.9.2009).

- increased electronic data exchange to suppliers and customers;
- reduced complexity of business processes and data exchange;
- increased turnover of stock and decreased fixed capital.”

Von den oben angeführten Vorteilen sind Kostensenkung, Komplexitätsreduzierung und Umstellung auf elektronische Datenverarbeitung auch für Regierungen, NGOs und weitere Institutionen attraktiv. Als Teil der Terminologieplanung von Anfang an kann sich Terminologienormung als sehr effizient erweisen.

Ein Beispiel für die rechtzeitige Implementierung der internationalen Terminologienormierung für RMS ist das Walisische, wo die Normen regelmäßig verwendet wurden, z. B. in den Guidelines for Welsh terminology. Prys (2007) berichtet, dass die ISO-Terminologienormung seit dem Beginn der systematischen Terminologieplanung für das Walisische 1993 verwendet wurde. Damit versichert man nach Prys (2007: 113) „[the] consistency and quality across both form and content of the terminology databases developed by the different public bodies.“ Einheitlichkeit und Qualität bedeuten, dass die Terminologearbeit nicht unnötigerweise verdoppelt wird, was wiederum unnötige Kosten darstellen würde: „Adhering to ISO standards future proofs work done in one project so that it may be archived, recycled and further developed in another.“ (ebenda)

3.2 Terminologie: Politik und Planung

3.2.1 Forschungsstand

3.2.1.1 Begriffsabgrenzung

Terminologiepolitik bzw. Terminologieplanung (TPP) ist keine neue Erscheinung, sondern schon länger präsent. Doch bis vor Kurzem war sie nur selten in der Fachliteratur zu finden und wurde als Forschungsgegenstand fast übersehen. Bei verschiedenen Autoren wurde das Thema zwar behandelt, doch unter einer Reihe von verschiedenen Benennungen. So spricht Ahmad (1997: 1) von terminology management und meint damit “[...] the collection, analysis, validation and distribution of terms, [that] is essential for specialist writing, translation, in-

formation retrieval, and knowledge dissemination.“ Die zwei am meisten verbreiteten Benennungen sind terminology policies (vgl. Infoterm/UNESCO, 2005) und terminology planning (vgl. Myking, 1997; Drame, 2007a). Auch eine Kombination von beiden Benennungen ist zu finden: terminology planning policies (vgl. Galinski, 2006) oder in der Variante terminology planning strategies (ebenda).

Es folgen drei Definitionsansätze für Terminologieplanung:

- Im Glossar des EURAC Research wird terminology planning definiert als: “An activity which aims at consciously and systematically developing the special language and terminology of a subject field according to the needs and requirements of domain communication.”¹⁷
- “Terminology planning consciously and systematically develops special language according to the needs and requirements of domain communication.” (Infoterm/UNESCO, 2005:8)
- „Terminology planning is a planning activity for developing domain communication largely according to the needs and requirements of knowledge representation.” (Drame, 2007a).

Der Unterschied zwischen terminology policy und terminology planning ist in der Literatur nicht ausdrücklich kontrastiv behandelt. Der Grund dafür könnte in der begrenzten Anzahl der vorhandenen Untersuchungen zum Thema liegen. Die Unterscheidung wird grundsätzlich von jener Richtung abgeleitet, in der der Prozess abläuft (siehe Abschnitt 3.2.1.3). Terminology policy wird hierarchisch von oben nach unten (top-down) vorgeschrieben, die Terminologieplanung kann auch umgekehrt verlaufen. Terminologiepolitik bildet ein Schnittpunkt zwischen zwei Achsen: zwischen den Bedürfnissen von Fachleuten und dem soziokulturellen Klima in der Gesellschaft (vgl. Myking, 1997). Diese zwei Bereiche können entweder harmonisch miteinander funktionieren oder im Konflikt stehen: “Terminology is often created, owned, processed and/or used by professionals in particular subject fields and domains. They decide if they will use a term or if they will simply ignore it.” (Drame, 2007b:152).

¹⁷ Vgl. <http://www.eurac.edu/Org/LanguageLaw/Multilingualism/glossary> (Stand 3. 7. 2009).

Nach Galinski (2006) ist Terminologiepolitik sehr komplex und muss die demographischen, kulturellen, soziolinguistischen und psychologischen Faktoren berücksichtigen. Infoterm beschreibt den Einsatzbereich der terminology policy: “It may regulate the rights and restrictions of access to terminological products, as well as dissemination of information about available resources to potential users and contributors.”¹⁸ Doch die Inkonsequenz beim Begriff Terminologiepolitik stellt sich in dem weiteren Postulat von Infoterm heraus, nach welchem mit der Terminologiepolitik auch eine Reihe von konkreten Aktivitäten eingegangen wird:

“Any terminology policy is likely to address one or more of the following issues: the development of terminological products, like resources and repositories as well as services. The latter includes generation, collecting and standardization of terminology, the availability of necessary human resources, technology and facilities.”¹⁹

Die deutschsprachige Literatur ist ziemlich begrenzt. Der Begriff, der in diesem Zusammenhang verwendet wird, ist die Terminologieplanung (vgl. Galinski et al., 1999). Unter Terminologieplanung versteht man: „Maßnahmen, die darauf abzielen, die Terminologie eines Fachgebietes zu entwickeln, zu verbessern, umzusetzen und zu verbreiten.“(DIN 2342). Terminologiepolitik ist in der Literatur nicht belegt. An dieser Stelle möchte ich nach der Analogie Sprach(en)politik in Gegenüberstellung zu Sprachplanung (siehe Abschnitt 2.1.2, besonders die Definitionen von Ammon, 2000) und als Entsprechung zum englischen Begriff terminology policy den Begriff Terminologiepolitik vorschlagen.

Eine besondere Form der Terminologiepolitik ist die sogenannte nationale Terminologiepolitik, die definiert wird als

“[...] a public strategy formulated at the level of political decision making in a country or in a more or less autonomous language community (within a country or a region that spreads across the borders of two or more countries) with the aim of developing or regulating emerging and existing terminologies for an array of purposes.”

(Infoterm/UNESCO, 2005: 4)

¹⁸ Vgl. http://www.infoterm.info/activities/terminology_policies.php (Stand: 22. 8. 2009).

¹⁹ Vgl. http://www.infoterm.info/activities/terminology_policies.php (Stand: 22. 8. 2009).

Diese Form von Terminologiepolitik ist für die vorliegende Arbeit relevant und ihre Erscheinungsformen werden im Abschnitt 5.2 näher behandelt.

3.2.1.2 Terminologieplanung als Teil der Kommunikationsplanung

Galinski et al. (1999) verstehen die Terminologieplanung als Teil der Kommunikationsplanung, die sie als gemeinsamen Oberbegriff für mehrere Planungsbereiche anführen. Wie aus Abbildung 2 ersichtlich, sind Sprachplanung und Terminologieplanung auf gleicher Ebene vertreten und teilen sich den gemeinsamen Oberbegriff, nämlich die Kommunikationsplanung. Die Fachsprachen sind ein klarer Überschneidungsbereich zwischen der Sprachplanung und Terminologieplanung. Die fachwissensbezogenen Aktivitäten, Wissensorganisation und Wissensdarstellung sind für die Terminologieplanung vorbehalten.

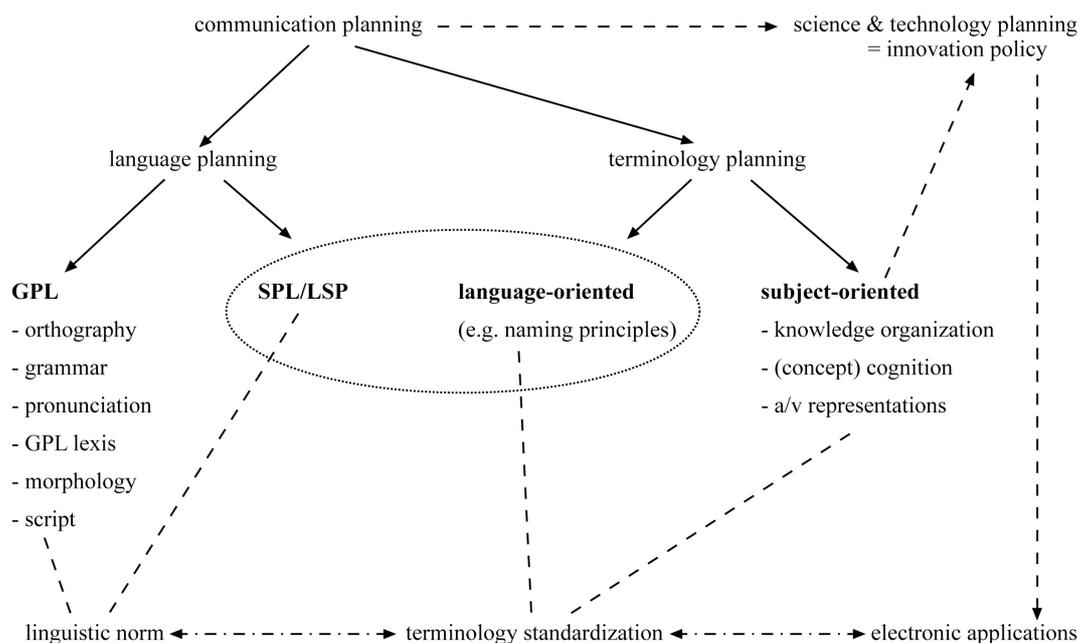


Abbildung 2: Terminologieplanung als Teil der Kommunikationsplanung (Galinski et al., 1999: 2208; übernommen nach Infoterm/UNESCO, 2005: 6).

3.2.1.3 Ansätze

Zwei grundlegende Ansätze sind aus der Literatur und der Praxis der TPP zu erkennen: Die TPP wird von oben nach unten (*top-down*) oder umgekehrt von

unten nach oben (*bottom-up*) initiiert. Den ersten Ansatz könnte man auch als Politik, in diesen Fall Terminologiepolitik, bezeichnen. Das heißt nicht, dass der Gegensatz zur Terminologiepolitik die Terminologieplanung ist. Die letzte kann sowohl von oben als auch von unten Impulse bekommen.

Ein Beispiel für die Terminologiepolitik von oben nach unten ist die katalanische Terminologiepolitik mit der institutionalisierter TPP in der Form der Institution TERMCAT (siehe Abschnitt 5.2.5.4). Die Planung von unten nach oben, die von den Benutzern und Kunden initiiert wird, wurde oft bei den walisischen terminologieplanerischen Aktivitäten angewendet (vgl. Prys, 2007).

3.2.2 Aspekte der Terminologiepolitik und -planung

3.2.2.1 Prozess

Basierend auf Autoren, die sich vor allem mit der Situation in verschiedenen afrikanischen Ländern auseinandersetzen, fasst Onyango (2005:220) folgende fünf Schritte im Prozess der Terminologieplanung zusammen:

- Gründung von Sprachinstitution
- Zielsetzung
- Terminologearbeit
- Disseminationswege
- Evaluierung

Die UNESCO *Guidelines for Terminology Policies* bieten ein sehr umfassendes Rahmenwerk für die Implementierung der TPP. Folgende Phasen sind im Dokument vorgesehen:

- -“Phase I: Preparation for the terminology policy
- Phase II: Formulation of the terminology policy
- Phase III: Implementation of the terminology policy
- Phase IV: Sustained operation of the terminology infrastructure and the adaptation mechanism for the terminology policy” (Info-term/UNESCO, 2005: 22).

In der ersten Phase werden Informationen gesammelt, um die Wichtigkeit einer nationalen Terminologiepolitik zu betonen, um zu berücksichtigen, in wie weit die Fachleute nach einer solchen Politik verlangen und um Lücken und Probleme in der existierenden Politik zu identifizieren. Die zweite Phase umfasst die Ausformulierung der Terminologiepolitik, die Ausarbeitung eines Plans für die Koordination der Terminologiepolitik mit anderen Strategien, die Festlegung des Planes für die Implementierung und die Genehmigung der Terminologiepolitik. In der dritten Phase kommt es zur tatsächlichen Implementierung der Terminologiepolitik. Diese Phase umfasst die Verwaltung der Terminologiepolitik, den operativen und organisatorischen Aspekt der Planung und letztendlich die Planung von Öffentlichkeitsarbeit und Promotionsaktivitäten. In der vierten und letzten Phase wird die Terminologiepolitik nachhaltig weiterentwickelt. In dieser Phase werden Pläne für Adaptation von Terminologiepolitik erstellt. Es werden Mechanismen geplant, mit denen mit der Terminologiepolitik zukünftige Veränderungen entsprechend geantwortet werden könnte.

3.2.3 Entwicklung

3.2.3.1 Überblick

Terminologieplanung wurde in den frühen Werken über Sprachplanung nicht außer Acht gelassen, doch als eine eigenständige Sparte innerhalb der Sprachplanung wurde sie doch nicht identifiziert.

In einem der wenigen umfangreichen Werke, die sich ausschließlich der TPP und SPP widmen, *Terminology and language planning: An alternative framework of practice and discourse*, führt Antia (2000) zwei mögliche frühe Versuche der Postulierung von Erfolgsfaktoren in der Sprachplanung mit besonderer Berücksichtigung der Terminologieplanung an, und zwar Rey (1963) und bei Tauli (1968). Jernudd (1977) und Ferguson (1968) haben die Wichtigkeit der Ausarbeitung von Terminologie bei der Entwicklung einer Sprachvarietät zur Standardsprache betont.

3.2.3.2 The Brussels Declaration

Die Brüsseler Erklärung wurde als Ergebnis des ersten Terminology Summit erlassen. Die Konferenz wurde 2002 vom Europäischen Verband für Terminologie (European Association for Terminology – EAFT) organisiert. In der Brüsseler Erklärung wird ausdrücklich betont, “ [...] that terminology is a key means for conveying information in specialised communication, but that it also plays a central role in asserting and promoting cultural and linguistic diversity” (EAFT, 2002: 1) Die Erklärung wurde auch von Institutionen, die auf dem Gebiet der TPP für RMS tätig sind (u. a. Termcat, UZEI), unterzeichnet.

3.2.3.3 UNESCO Guidelines for terminology policies

Die umfassendsten systematischen Richtlinien am Gebiet der Terminologiepolitik bis dato sind in den *UNESCO Guidelines for terminology policies: Formulating and implementing terminology policy in language communities* (Infoterm/UNESCO, 2005) zu finden. Die Zielgruppe dieser Richtlinien sind Entscheidungsträger verschiedener Ebenen, die Terminologiepolitik entwerfen, entwickeln und implementieren möchten. Die Guidelines richten sich nach dem Implementierungsmodell, das für die nationale Informationspolitik von der UNESCO vorgeschlagen wurde (vgl. UNESCO, 1990).

3.2.3.4 ISO 29383

Eine internationale Norm wird vom Technischen Komitee TC/37 der International Organization for Standardization entwickelt, um die Akteure der Terminologieplanung zu unterstützen. Die *Norm ISO 29383 Terminology policies – Development and Implementations* wird 2010 in mehreren Teilen erscheinen und auf verschiedene Zielgruppen zugeschnitten sein (vgl. Drame, 2007b). Sie wird auf den *Guidelines for terminology policies: Formulating and implementing terminology policy in language communities* (vgl. Infoterm/UNESCO, 2005) basieren. Die Zielgruppen der Norm ISO 29383 sind:

- die öffentliche Verwaltung (lokale und zentrale Regierungen)
- Unternehmen

- Nichtregierungsorganisationen
- Projektmanager²⁰

Die Norm ISO 29383 wird die Hauptbegriffe definieren und verschiedene Szenarien und Umfelde, in denen Terminologiepolitik verlangt wird, beschreiben.

3.2.4 Vorteile der Terminologieplanung

Die Argumente für Terminologieplanung unterscheiden sich je nachdem, ob es sich im konkreten Fall um eine Sprachgemeinschaft, ein Unternehmen oder eine andere Organisation handelt. Ausschlaggebend für den Nutzen von Terminologieplanung sind auch die sprachplanerischen Rahmenbedingungen.

Kostenreduktion könnte einer der entscheidenden Vorteile für Terminologieplanung sein, doch die Studien, die das belegen könnten, stehen aus. Ein Beispiel für unternehmensinterne Terminologieplanung könnte der Einsatz eines Terminologieverwaltungssystems darstellen, doch auch die Forschung über die Wirtschaftlichkeit der Terminologieverwaltung ist rar. Eine der wenigen Studien auf diesem Gebiet, die die Umsetzung von nicht-systematischer Terminologieverwaltung auf ein Terminologieverwaltungssystem in dem amerikanischen Softwareunternehmen J. D. Edwards untersuchte, zeigte, dass die Kosten für die Änderung eines einzigen Begriffs in nur einer Sprache im Terminologieverwaltungssystem 2000 USD betragen (vgl. Martin & Karsch, 2001: 19, zit. nach Karsch, 2006: 174). Ein weiteres Argument, das für TPP spricht, ist der gesellschaftliche Nutzen. Terminologie ist auch Wissensträger, und Sprachgemeinschaften, die keine TPP betreiben, werden ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren:

“People whose mother-tongue is not (or not sufficiently) developed from the point of view of terminology and special purpose languages (SPL) or who are denied the use of their mother-tongue in education and training, for accessing information, or interacting in their work places, tend to be disadvantaged.”

(Infoterm/UNESCO 2005:V)

²⁰ Vgl.: http://www.infoterm.info/pdf/activities/29383_Information_Brochure.pdf (Stand 20. 8. 2009).

3.2.5 Terminologie- und Sprachplanung

Die Antwort auf die Frage, in welcher Beziehung sprachpolitische bzw. sprachplanerische Aktivitäten zur Terminologiepolitik stehen, ist komplex und hat sich im Laufe der letzten Jahre verändert. In der vorliegenden Arbeit wird die Relation zwischen der SPP und TPP eingeschränkt untersucht. Somit wird nur der institutionalisierte Aspekt der SPP im Sinne von Nahir (1998) berücksichtigt, der Sprachplanung als „[a] deliberate planning by an organized body enjoying either legal or moral authority, auch as government agency, commission, or academy“ (Nahir, 1998: 352) versteht.

Maurais (1993) und Myking (1997) sind der Meinung, dass eine unilaterale Verbindung zwischen Terminologie- und Sprachplanung besteht. Außerhalb des sprachplanerischen Rahmens sind terminologische Aktivitäten zwar vorstellbar, jedoch nicht umgekehrt. Nach Maurais müssen also sprachplanerische Aktivitäten auch die Terminologie einbeziehen. Auch nach Rotaetxe Amusatagi (1997) ist Terminologieplanung ein fester Bestandteil der Korpusplanung und auf das Haugen'sche Model der Sprachplanung zurückzuführen (siehe Abschnitt 2.3.2).

In Anlehnung an Maurais (1993) unterscheidet Myking (1997) zwei voneinander abhängige, aber konzeptuell unterschiedliche Funktionen der Terminologieplanung:

- Die kulturelle Funktion (*cultural function*): Terminologiearbeit funktioniert als Manifestation der nationalen Sprachvervollkommnung. Auf der symbolischen Ebene ist es für eine Sprachgemeinschaft wichtig, dass die nationale Sprache terminologisch vollkommen ist, um in wissenschaftlichen und technischen Bereichen zu funktionieren (vgl. Maurais, 1993).
- Die verbindende Funktion (*interface function*): Terminologie funktioniert als der fundamentale Teil bei der Entwicklung einer effizienten und eindeutigen Kommunikation zwischen Fachleuten, und zwar auf mehreren Ebenen: auf der individuellen, gesellschaftlichen, mehrsprachigen, institutionellen und infrastrukturellen Ebene (vgl. Myking, 1997).

Die kulturelle Funktion der Terminologie nach Maurais könnte man sehr wohl auch als eine Dimension der Statusplanung sehen (siehe Abschnitt 2.3.2).

Die Beziehung zwischen der SPP und TPP in einer Gemeinschaft ist abhängig von den früheren sprachplanerischen Maßnahmen und dem Stadium der Sprachentwicklung: „Bei originärer Sprachentwicklung [...] kann die Terminologieplanung als Teil der gesamten Sprachplanung angesehen werden.“ (Galinski et al., 1999: 2213)

In vielen Ländern ist Terminologie ein Mittel für Implementation der SPP. Alberts (2006), die von der südafrikanischen Perspektive ausgeht, stellt fest, dass Terminologie von der Sprachpolitik des Landes regiert wird und im Dienst der Sprachpolitik der Regierung steht (d. h. einsprachig, zweisprachig, mehrsprachig):

“The language policy of a country influences terminology development since it determines which languages to be developed. Terminology development should adhere to the language policy and to sound terminological and terminographical principles and procedures.”

(Alberts, 2008: 19)

Terminologieplanung kann ganz andere Ziele verfolgen als die Sprach(en)planung und kann somit unabhängig von der Sprach(en)planung entwickelt werden. Die Beziehung zwischen den beiden planerischen Aktivitäten unterscheidet sich von Land zu Land und ist schwer auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen:

“Terminology policies therefore can either be regarded as part and parcel of language planning as they can be as an activity that has nothing to do with classical language planning. It all depends on the perspective and situation where it takes place.”

(Drame, 2007b: 155)

Terminologieplanung unterstützt die wissenschaftliche, technologische und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes und ist in erster Linie diesem Ziel verpflichtet, nicht den sprachplanerischen Idealen: “Terminology creation and use therefore meet perceived communication needs of the domain rather than follow any language planning ideal“ (Drame, 2007b).

3.2.6 Terminologieplanung in der Europäischen Union

Die offizielle Terminologieplanung der Europäischen Union folgt der Sprachenpolitik der Union und ist somit nur für die offiziellen Amtssprachen der EU relevant (siehe Abschnitt 2.7.1).

1995 wurde das Pointer-Projekt (Proposals for an Operational Infrastructure for Terminology in Europe) von einem Konsortium von mehr als 40 Forschungsstellen durchgeführt. Das Projekt wurde von der Europäischen Kommission, der Generaldirektion und der DG XIII-E als ein Teil des Multilingual Action Plan (MLAP) finanziert. Das Ziel des Projekts war die Erstellung eines Schlussberichts mit konkreten Vorschlägen für Entwicklung, Koordinierung und Optimierung eines europäischen Rahmens für Terminologie.²¹ Das zweite Ziel, das das Projekt verfolgte, war

“[T]o provide a set of concrete feasible proposals which will support users of terminology throughout Europe by facilitating the distribution of terminologies, as well as their re-use in different contexts and for different purposes. The emphasis of the project is on the multilingual needs of a growing European market.”²²

Ein weiteres Projekt der EU im Bereich der Terminologie ist InterActive Terminology for Europe (IATE), die Terminologiedatenbank der EU. Seit 2004 verbindet sie die Datenbanken der einzelnen EU-Institutionen und ist seit 2007 auch öffentlich zugänglich. In dieser Datenbank werden die Datenbanken EURADICAUTOM, EUTERPE und TIS zusammengeführt. Mithilfe der Datenbank IATE verfolgt die EU das Ziel, dass Texte und Übersetzungen eindeutig, konsistent und qualitativ hochwertig sind (IATE, 2007).

3.2.7 Besonderheiten der Terminologieplanung der RMS

Galinski et al. (1999) schenken in Terminologieplanung und Sprachplanung der Terminologieplanung für Minderheitensprachen besondere Aufmerksamkeit. Sie betonen die Wichtigkeit der Prioritätensetzung. Die Terminologieplanung

²¹ Der Schlussbericht ist einzusehen unter: <http://www.computing.surrey.ac.uk/ai/pointer/> (Stand: 30. 4. 2009).

²² Vgl. <http://www.computing.surrey.ac.uk/ai/pointer/> (Stand 5. 6. 2009).

sollte zuerst in zentralen Gesellschaftsbereichen unternommen werden (z. B. Rechts- und Wirtschaftsterminologie). Disseminationswege, die Galinski et al. (2007) vorsehen, sind Unterricht auf allen Bildungsebenen sowie Massenmedien. Die TPP ist bestimmt nicht einer der ersten Schritte, den Sprachgemeinschaften in Bezug auf Sprache vornehmen. Für die TPP müssen bestimmte Voraussetzungen in der Sprache vorhanden sein:

“In contrast to language planning, which may start at a level of language development where no written language exists and where no actual linguistic norms exist yet, terminology planning relies on the existence of linguistic norms and a certain grammatical and orthographical stability in the written language.”

(Infoterm/UNESCO, 2005: 8)

Galinski et al. (1999) berichten, dass die Ausarbeitung von Fachsprachen ein Mittel für RMS-Gemeinschaften ist, von der dominierenden Sprachgemeinschaft wirtschaftlich und politisch unabhängiger zu werden. Anhand von Beispielen kann man behaupten, dass die Ausarbeitung von terminologischen Korpora den Status der Sprache erhöht.

“In most cases limitation in the use of a language to folklore or to the family sphere means that such a language will be inadequate to support professional communication. Similarly, a language that lags behind in its terminology for a given domain risks losing the ability to communicate in that subject in its language over time.”

(Infoterm/UNESCO, 2005: VI)

Das Ziel einer systematischen Terminologieplanung ist der Austausch von Termini, die aus der dominierenden Sprache stammen, mit Termini der RMS (vgl. Cabré, 1992), oder nach Ó Cuirreáin (2007) eine Steigerung der Anzahl der Domänen, in denen die RMS verwendet werden. Die internationalen Normen können dabei eine immense Hilfe bei der TPP für RMS darstellen. Ó Cuirreáin (2007) betont, dass eine Spalte zwischen der Sprachgemeinschaft und den Terminologieplanern besteht. Es ist besonders wichtig, sich diesem Problem dadurch zu widmen, indem neue Begriffe leicht, auf regulärer Basis und konsistent erreichbar sind.

4 MINDERHEITEN

4.1 Begriffserläuterung

4.1.1 Nation und Ethnie

Minderheiten sind geschichtliche, politische und soziale Konstrukte, die mit der Entstehung des Nationalstaates geschaffen wurden. Um verstehen zu können, wie es zur Formierung eines Nationalstaates kam, muss man zuerst grundlegende Begriffe, die die Vorreiter der Nationalstaatsformierung waren, definieren. Den Begriffen Nation, Ethnie, Volk und Nationalität sind ganze Volumen in verschiedenen Forschungsdisziplinen gewidmet, u. a. in der Politikwissenschaft, Geschichte, Soziologie, Ethnologie usw. Für die vorliegende Arbeit soll nur eine Skizze des umfassenden und komplexen Gebietes genügen.

Die Begriffe Ethnie, Nation, Volk (und Kultur) sind stark miteinander verbunden und werden in manchen Kontexten austauschbar verwendet (vgl. O'Reilly, 2001). Die Basis einer ethnischen Gruppe bilden folgende Merkmale: Verbindungen, die generationenlang erhalten wurden, Verwandtschaft, gemeinsame Kultur, gemeinsame Religion, in manchen Fällen auch territoriale Bindung (vgl. Tove, 2005). Hutchinson und Smith fassen mehrere Ansätze aus der Literatur zusammen und fügen den oben genannten Merkmalen noch den gemeinsamen Name und den Mythos über die gemeinsame Geschichte hinzu (vgl. Hutchinson & Smith, 1996: 6f). Sprache als schwer definierbare Kategorie wird oft ausgelassen, ist jedoch bei manchen Autoren, z. B. Grzeszczak (2008), zu finden:

“Eine Ethnie ist eine Volksgruppe, die sich über eine eigene Sprache, Geschichte, Kultur, eventuell mit eigenen Institutionen, einem bestimmten Siedlungsraum (Territorium) usw. von anderen Ethnien abgrenzt und deren Mitglieder sich ihrer Einheit und Zusammengehörigkeit bewusst sind.”

(Grzeszczak, 2008:1; herv. d. Verf.)

Nation und Ethnie sind nach Coluzzi (2007: 12) definiert als “a human group possessing a common history, language and culture, with the important difference that a nation is conscious of these common bonds, whereas an ethnic

group is not.” Das wichtigste Merkmal, das eine Nation von einer Ethnie unterscheidet, ist jenes, dass seine Nation „essentially a self-aware group” (Edwards, 1985:5) ist. Mit der historischen Entwicklung des Begriffs Ethnie in deutschsprachigen Ländern setzt sich Ammon (1995) ausführlich auseinander, und ein Einblick in die Entwicklung des Begriffs in US-amerikanischem Englisch ist bei Fishman (1997) zu finden.

Zwei gegenseitige Strömungen führten zu ähnlichen Ergebnissen für nicht-dominante Sprachgemeinschaften: Auf der einen Seite befürwortete der ethno-linguistische Nationalismus die Idee, dass Sprache ein mystisches Verbindungselement der Nation ist; auf der anderen Seite zeigt der Fall von Frankreich, dass Sprachen keine wesentliche Rolle bei der Gründung des Staates hatten. Das heißt nicht, dass in Frankreich die Sprache unbeachtet blieb: Die französische Sprache wurde nach der Revolution 1789 als die einzige Amtssprache Frankreichs verankert, und infolgedessen haben die Minderheitensprachen noch heutzutage keinen Platz im öffentlichen Raum in Frankreich. Die deutschen Romantiker vertraten die Ansicht, dass das Volk (bzw. das Urvolk) mit gemeinsamer Sprache, Kultur und Religion (vgl. Wright, 2000) verbunden ist. In der deutschen Romantik entwickelte sich auch die der Whorf’schen Hypothese nahestehende Idee, dass das nationale Bewusstsein mit der nationalen Sprache verbunden ist: „[A] group that shares a common language shares a unique way of viewing the world.” (Wright, 2000: 16) Wo im Fall von Deutschland durch die Sprache das mehr oder weniger freiwillige Zusammenwachsen und das Entstehen eines Staates argumentiert wurde, wurde im Fall von Frankreich zuerst der Staat gegründet und danach die Sprache für die Legitimation ausgenutzt. In beiden Fällen ist der Ergebnis dasselbe: Die Nation wird mit dem Staat gleichgesetzt, womit die kulturelle und sprachliche Vielfalt im Staat geleugnet wird. Die Angehörigkeit zu einer nicht-dominanten Gruppe bedeutete Marginalisierung, „peripheralization, exclusion or, at best, forced assimilation.“ (Spolsky, 2004: 115)

Sehr vereinfacht könnte man die Begründung, die zur Formierung des Nationalstaates geführt hat folgenderweise ausdrücken: “The logic of language, nation and state became circular and, eventually, self-evident – each language group must constitute a nation, each nation should have a state, each state should have just one language.” (O’Reilly, 2001: 9) Allerdings ist die Argumentation des

ethnolinguistischen Nationalismus, der in Deutschland aus der Idee des romantischen Nationalismus entstanden ist, nicht für alle Staaten relevant: „in general, the linguistic criterion has been of sociological importance only in Europe and in Middle East (to some extent).“ (Smith, 1996:22)

4.1.2 Sprachminderheit

Der Begriff der Minderheit ist völkerrechtlich nicht eindeutig definiert. Sprachlich impliziert er (vgl. Englisch minority, Französisch minorité, Spanisch minoría usw.) eine quantitative, politische und soziale Unterlegenheit (vgl. Wilwer, 2006).

“The very notion of ‘minority’ brings in the picture of underprivileged, dominated, subservient people who somehow miss the boat of progress and development. The notion of ‘minority’ also brings home the idea of smallness.”

(Abbi, 2000: 1313)

Der Begriff Minderheit enthält keine automatische Dimension, sondern ist ein gesellschaftliches Konstrukt, wie auch die Kategorisierung einer Gruppe als Minderheit gesellschaftlich zugeordnet wird (vgl. Grin et al., 2003; May, 2007). Grundsätzlich unterscheidet man zwischen drei Minderheitenarten: nationale/ethnische, sprachliche und religiöse Minderheiten. Nationale Minderheiten sind „Gruppen innerhalb eines Staatenverbandes, die über ein eigenes Volkstum verfügen, d. h. eine eigene Kultur und/oder Sprache haben.“ (Modeen, 1969: 15f, zit. nach Blumenwitz, 1996: 162) Slowenen in Italien oder Schweden in Finnland stellen eine nationale Minderheit dar. Eine ethnische Minderheit könnte man auch mit einem Stamm gleichsetzen (aus dem altgriechischen Wort *ethos*, Stamm).

“Eine Ethnie ist eine Volksgruppe, die sich über eine eigene Sprache, Geschichte, Kultur, eventuell mit eigenen Institutionen, einem bestimmten Siedlungsraum (Territorium) usw. von anderen Ethnien abgrenzt und deren Mitglieder sich ihrer Einheit und Zusammengehörigkeit bewusst sind.”

(Grzeszczak, 2008: 1)

Bei den englischsprachigen Autoren erfolgt die Klassifikation der Minderheiten nicht nach Unterscheidungsmerkmalen, sondern nach der Herkunft der

Gemeinschaft und den sozio-historischen Faktoren: Beispielsweise unterscheidet Skutnabb-Kangas (2007:285) zwischen den national/autochthonous minorities, indigenous peoples, immigrant minorities und refugee minorities. Für die vorliegende Arbeit ist besonders die Sprachminderheit hervorzuheben:

“Sprachminderheiten sind Gruppierungen, die sich über das Merkmal Sprache auszeichnen und sich in diesem Merkmal von einer sozial und häufig auch zahlenmäßig überlegenen Mehrheit in einem Staatsverband unterscheiden.”

(Rindler-Schjerve, 2002: 26)

Zwei Punkte sind bei dieser Definition mit Vorsicht zu genießen: Erstens ist der Begriff der Sprache als Unterscheidungsfaktor problematisch, da auch Sprache in Gegenüberstellung zu Dialekt keine absolute Kategorie ist (vgl. Romaine, 2000; Tinsley et al., 2007). Zweitens kann eine zahlenmäßig unterlegene Gruppe auch dominant sein, wie das Beispiel der englischsprachigen Minderheit in Südafrika zeigt (vgl. Paulston, 1998). Fälschlicherweise werden Immigrantensprachen oft den Minderheitensprachen zugeordnet. Sie werden auch als neue Minderheiten bezeichnet, obwohl sie eigentlich ethnische Gruppen sind.

4.1.2.1 Minderheitensprache

Die Relation zwischen den Begriffen Sprachminderheit und Minderheitensprache wird automatisch vorausgesetzt und in der Literatur nicht hinterfragt. Eine universell anerkannte Definition des Begriffs Minderheitensprache existiert nicht. Man könnte die Definition der Sprachminderheit umdrehen und davon ausgehen, dass die Sprache, die von einer Sprachminderheit gesprochen wird, eine Minderheitensprache ist. Bei dem Begriff der Minderheitensprache ist nicht die absolute, sondern die relative Anzahl der Sprecher von Bedeutung. Dänisch wird von weniger Sprechern als Muttersprache verwendet als Katalanisch, doch Letzteres wird oft den Minderheitensprachen zugeordnet.

Das Europäische Büro für Minderheitensprachen (siehe Abschnitt 2.7.3.1) definiert eine Minderheitensprache folgenderweise:

„[A] language which, as a result of its structures, its sounds, its words, its characters and its history, differs and is distinguished from dominant

language of the State and is spoken and/or written within a certain territory, by a smaller number of persons.“

(EBLUL, 1995: 37)

Der Begriff *lesser-used languages* wurde eingeführt, um die negative Konnotation, die mit dem Begriff Minderheit mitschwingen könnten, zu vermeiden.

EBLUL hat die Minderheitensprachen der Europäischen Union in fünf Kategorien eingeordnet (vgl. Nic Shuibhne, 1996):

- Nationalsprachen, die keine Amtssprachen der EU sind (Luxemburgisch)
- Sprachen von Gemeinschaften, die in nur einem Mitgliedstaat ansässig sind (z. B. das Bretonische in Frankreich, das Walisische im Vereinigten Königreich)
- Sprachen von Gemeinschaften, die in zwei oder mehr Mitgliedstaaten der EU ansässig sind (z. B. Baskisch in Frankreich und Spanien, Okzitanisch in Frankreich, Italien und Spanien)
- Sprachen von Sprachgemeinschaften, die Minderheit in dem Staat sind, in dem sie ansässig sind, doch Mehrheit in einem anderen Mitgliedsstaat (z. B. Deutsch in Belgien, Schwedisch in Finnland)
- Nicht territorial gebundene Sprachen (z. B. die Sprachen der Roma und Sinti; Jiddisch)

Für die vorliegende Arbeit sind die Sprachen der Punkte 2, 3 und 5 relevant.

4.1.2.2 Regionalsprache

Der Begriff Regionalsprache, auch Regiolekt genannt, ist in der Literatur nicht gut vertreten, obwohl er in einem der wichtigsten internationalen Dokumente zum Schutz der Minderheitensprachen verwendet wird, nämlich in der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen (siehe Abschnitt 4.2.2.2). Auch in der Charta selbst wird der Begriff nicht definiert, obwohl sich Staaten mit der Unterzeichnung der Charta verbinden, bestimmte Regionalsprachen zu schützen. Wicherkiewicz (2003: 8f) fasst 9 Merkmale der Regionalsprachen zusammen:

- sie werden oft nur als ein Dialekt der Mehrheitssprache betrachtet
- sie teilen eine relativ lange gemeinsame Entwicklung mit der Mehrheitssprache
- die Sprecher teilen eine starke regionale Identität, fühlen sich jedoch nicht als separate Nation
- starke ausgeprägte dialektale Varietäten
- keine Schriftnorm oder der Standard befindet sich erst im Anfangsstadium
- reiche, oft sehr alte literarische Tradition
- relativ niedriges soziales Prestige
- die Statusplanungsmethoden sind unterentwickelt
- die Gemeinschaft wehrt sich dagegen, als nationale Minderheit betrachtet zu werden

Beispiele für Regionalsprachen, die Wicherkiewicz anführt, sind: Niederdeutsch, Okzitanisch, Schottisch, Asturisch, Kaschubisch, Latgalisch, Semigaitisch, Võru, Prekmurje-Slowenisch (ebenda: 9).

4.1.3 Minderheitenschutz

4.1.3.1 Typologie

In diesem Teil wird ein Überblick über verschiedene Ansätze im Minderheitenschutz mit Schwerpunkt Sprachrechte geboten. Die zwei wichtigsten Prinzipien, die internationalen Verträgen zu entnehmen sind, sind das Prinzip der Gleichberechtigung und das Diskriminierungsverbot.

Nach Blumenwitz (1996: 186) ist das wichtigste Ziel des Minderheitenschutzes „die Bewahrung und Entfaltung der kulturellen Identität“, welche nur mithilfe von Kulturautonomie erreicht werden kann. Unter Kulturautonomie versteht Blumenwitz „die autonome Selbstverwaltung der identitätsstiftenden Elemente wie Sprache, Kultur, Erziehung und Bildung durch die Minderheit.“ (ebenda: 186)

Die Rechte können den Angehörigen der Minderheiten nach zwei Prinzipien garantiert werden. Nach dem Personalitätsprinzip sind Rechte unabhängig von Territorium anwendbar und stehen im persönlichen Befugnis. Sie sind von Bedeutung für spezifische Minderheiten, darunter auch für die sogenannten neuen Minderheiten: "[...] the Deaf, the Roma, immigrant minorities, and other non territorial minorities." (Skutnabb-Kangas, 2007: 284) Beim Territorialitätsprinzip handelt es sich um Rechte, die mit einem Territorium verbunden sind und nur auf diesem Territorium ausgeübt werden können. Rechte dieses Typs sind vorteilhaft für die Minderheiten, die in einem Gebiet ansässig sind, dessen Grenzen klar verlaufen. Ein Beispiel für Territorialitätsprinzip ist Belgien, wo Französisch und Flämisch in dem jeweiligen Staatsgebiet Amtssprachen sind und das Recht auf Verwendung im anderen Gebiet nicht besteht. Die sprachliche Regelungen über das Territorialitätsprinzip sind ein Teil der Sprachenpolitik (siehe Abschnitt 4.1.3.1). Sprachrechte sind oft eine der ersten Bedingungen, die Minderheiten bei ihrer Anerkennung verlangen (vgl. Kymlicka & Patten, 2003). Wenn der ganzen Gruppe das Recht auf Verwendung und Förderung der eigenen Sprache erteilt wird, handelt es sich um ein kollektives Recht, im Gegensatz zum individuellen Recht, das Einzelpersonen die Auswahl der Sprache in der Privatsphäre oder innerhalb der eigenen Gemeinschaft gewährleistet.

Spolsky (2004: 113) bemerkt, dass viele Staaten der Welt eine Politik gegenüber der Mehrsprachigkeit führen, die er als „monolingual but...“ bezeichnet. Diese Staaten haben in der Verfassung nur eine Amts- oder Nationalsprache verankert, doch sie gestalten die Intoleranz um, indem sie Schutz für Minderheiten verkünden. Die Verweigerung der Anerkennung der sprachlichen Vielfalt kann explizit (z. B. in Frankreich) oder implizit sein.

Der Schutz und die Förderung der Sprachminderheit bzw. deren Sprache haben je nach Staat mehrere Formen. Auf einem Ende des Kontinuums gibt es ein Sprachverbot, mit dem das Ziel der Assimilation verfolgt wird. Weiter auf dem Kontinuum gibt es die Tolerierung (die Sprache ist weder explizit noch implizit verboten), gefolgt vom Diskriminierungsverbot, das jegliche Diskriminierung aufgrund von Sprache untersagt und rechtlich verfolgbar macht, doch die Ermangelung einer offiziellen Position gegenüber der bestimmten Sprache besteht weiterhin. Die nächste Stufe ist die Gestattung des Sprachgebrauchs, und letztendlich

ist auf dem anderen Endpunkt des Kontinuums die Förderung von Minderheitensprachen zu finden (Skutnabb-Kangas & Phillipson, 1995: 79).

4.1.3.2 Linguistic Human Rights

Im letzten Jahrzehnt ist eine Reihe von Werken auf dem Gebiet der *Linguistic Human Rights* (LHR) erschienen, jenem Gebiet, dem früher nicht viel Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Bedeutsame Beiträge über sprachliche Gleichberechtigung, Freiheit und Recht auf Sprachpolitik leisteten Kymlicka & Patten (2003), May (2001, 2002), Paulston (1997), Skutnabb-Kangas (1995, 2007), Spolsky (2004) und Varennes (1997).

Paulston (1997) stellt fest, dass die Begriffe *language rights*, *linguistic rights*, *linguistic human rights* regelmäßig in der Literatur verwendet werden, ohne sie zu unterscheiden oder zu definieren. May (2007) verwendet in Bezug auf Minderheiten den Begriff *minority language rights*. Es besteht weiterhin die Unklarheit darüber, ob die sprachlichen Rechte separat behandelt werden sollen oder als Teil der allgemeinen Menschen- oder Bürgerrechte. Skutnabb-Kangas & Phillipson (1995) leiten die LHR vom Recht auf die eigene Muttersprache „as consisting of the right to identify with it/them, and the education and public services through the medium of it/them.“ (Skutnabb-Kangas & Phillipson, 1995: 71) ab. Da Sprache eines der stärksten Identifikationsmittel der Gemeinschaft ist, ist sie oft „a symbol and the substance of group resistance to assimilation or annihilation and thus becomes inherently politicised as a group marker, suggestive of a far wider socio-cultural reality.“ (Williams, 1991: 2) Das Recht auf Sprachgebrauch zählt zu den am stärksten ausgedrückten Forderungen der Minderheiten.

Skutnabb-Kangas (2007) ist optimistisch über die Zukunft der LHR und listet folgende Vorteile auf:

- “-Preventing linguistic genocide
 - Promoting integration and defending people against forced assimilation
 - Promoting positive state policies towards minority languages
 - Promoting the maintenance of the world’s language diversity
 - Promoting conflict prevention; promoting self-determination.”
- (Skutnabb-Kangas, 2007:285)

4.2 Minderheiten im internationalen Kontext

4.2.1 Die Vereinten Nationen

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet und verankerte die grundlegenden Rechte, die jedem Menschen zustehen. Das Diskriminierungsverbot in Art. 2 ist auch auf den Sprachgebrauch anwendbar:

“Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.”²³

Zwei weitere internationale Rechtsakten der Vereinten Nationen aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, die Grundrechte garantieren, sind der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte und der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.

Francesco Capotorti, Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen, hat in seinem Bericht *Study on the Rights of Persons belonging to Ethnic, Religious and Linguistic Minorities* für die Menschenrechtskommission folgende Definition von Minderheit ausgearbeitet:

“[E]ine der übrigen Bevölkerung eines Staates zahlenmäßig unterlegene Gruppe, die keine herrschende Stellung einnimmt, deren Angehörige – Bürger dieses Staates – in ethnischer, religiöser oder sprachlicher Hinsicht Merkmale aufweisen, die sie von der übrigen Bevölkerung unterscheiden, und die zumindest implizit ein Gefühl der Solidarität bezeigen, das auf die Bewahrung der eigenen Kultur, der eigenen Traditionen, der eigenen Religion oder der eigenen Sprache gerichtet ist.”

(Capotorti, 1980: 118, zit. nach Blumenwitz, 1996: 160)

Die moderne Minderheitenforschung folgt vorwiegend diesem Minderheitenbegriff. Zwei Merkmale dieser Definition sind: Die Mitglieder der Minderheitengruppe sind Staatsbürger des Staates, sie sind keine Fremden, denn sonst wären sie nach dem Fremdenrecht geschützt. Zweitens enthält die Minderheit die subjek-

²³ Vgl. <http://www.un.org/Depts/german/grunddok/ar217a3.html> (Stand 14. 7. 2009).

tive Komponente: Die Gruppe muss unter anderem ein Solidaritätsgefühl aufweisen, um als Minderheit zu gelten (vgl. Blumenwitz, 1996). Auch die nachfolgenden rechtlichen Akte der Vereinten Nationen, wie etwa die Deklaration über die Rechte von Angehörigen nationaler oder ethnischer, religiöser und sprachlicher Minderheiten, folgten der Definition Capotortis.

4.2.2 Europarat

4.2.2.1 Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten

Das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten (RSNM) wurde 1995 vom Europarat verabschiedet und ist am 1. Februar 1998 in Kraft getreten. Im Rahmenübereinkommen sind Freiheitsrechte, unter anderem die Meinungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit, verankert. Das Dokument garantiert sprachliche Rechte auf allgemeinem Niveau, unter anderem:

“[...] das Recht jeder Person, die einer nationalen Minderheit angehört, auf freie Meinungsäußerung [...] und die Freiheit zum Empfang und zur Mitteilung von Nachrichten oder Ideen in der Minderheitensprache.

[...] daß im Verkehr zwischen den Angehörigen dieser Minderheiten und den Verwaltungsbehörden die Minderheitensprache gebraucht werden kann.

[...] das Recht [hat], für die Öffentlichkeit sichtbar Schilder, Aufschriften und Inschriften sowie andere Mitteilungen privater Art in ihrer Minderheitensprache anzubringen.”²⁴

Der Begriff der nationalen Minderheit ist im Rahmenübereinkommen nicht definiert. Bis dato wurde das Abkommen von 39 Staaten unterzeichnet.²⁵

4.2.2.2 Die Europäische Charta für Regional- oder Minderheitensprachen

Die Europäische Charta für Regional- oder Minderheitensprachen hat eine besondere Stelle unter den internationalen Instrumenten zum Minderheitenschutz.

²⁴ Der Wortlaut ist einzusehen unter: <http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/157.htm> (Stand: 17. 8. 2009).

²⁵ Die Liste aller Unterzeichnungsstaaten ist einzusehen unter: <http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/ChercheSig.asp?NT=157&CM=1&DF=&CL=GER> (Stand: 17. 8. 2009).

Der Ansatz, den die Charta anschneidet, ist eigenartig und wurde in der Charta erstmals angewendet, wurde jedoch auch oft falsch verstanden und interpretiert. Die Schutzmaßnahmen, die die Charta vorsieht, sind nicht auf die Minderheiten gerichtet, sondern auf Minderheitensprachen.

Die geschichtliche Entwicklung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

Der erste Schritt in diese Richtung erfolgte 1975 mit der Erklärung von Galway, die von der ersten Convention of the Authorities of European Peripheral Regions erlassen wurde. Die Versammlung forderte die europäischen Institutionen auf, die nötigen Schritte zum Schutz der Sprachen und Kultur der ethnischen Gemeinschaften, die von Verschwinden gefährdet sind, zu unternehmen. Dieser Ansatz wurde 1978 in der Erklärung von Bordeaux nochmals betont und intensiviert. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch keinen Unterschied zwischen dem Schutz von Minderheiten als Einheiten per se und dem Schutz von Sprachen und Kultur als kulturelles Gut. Erst mit der 1981 erlassenen Entschließung 928 der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (vgl. Woehrling, 2005) war dies der Fall.

Auf der Basis dieser Deklarationen und Empfehlungen hat der Europarat begonnen, eine Liste der Regional- und Minderheitensprachen in Europa zusammenzustellen. 1984 hielt der Rat von Europa eine öffentliche Anhörung mit Mitgliedern von mehr als 40 Sprachgemeinschaften. Nach der Anhörung wurde offensichtlich, dass viele Regional- und Minderheitensprachen vom Aussterben bedroht sind. Folglich gründete the Standing Conference of Local and Regional Authorities of Europe (CLRAE) eine Expertengruppe, um eine vorläufige Version der Europäischen Charta für Regional- oder Minderheitensprachen zu erstellen. 1987 wurde die Vorlage von der CLRAE und 1988 von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates genehmigt. Das Ministerkomitee gründete daraufhin ein Expertenkomitee für Regional- oder Minderheitensprachen in Europa, das von 1989 bis 1992 aktiv war. Letztendlich wurde die Charta am 25. Juni 1992 vom Ministerkomitee des Europarates bei seiner 478. Versammlung verabschie-

det. In selben Jahr wurde die Charta zur Ratifikation freigegeben, doch ist sie erst 1998 in Kraft getreten. Seitdem wurde sie von 24 Staaten ratifiziert.²⁶

Die Charakteristika der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

Die Charta enthält keine Liste aller europäischen Regional- und Minderheitensprachen. Im Artikel 1 (Begriffsbestimmungen) werden die Regional- und Minderheitensprachen folgenderweise definiert:

“Sprachen,

die herkömmlicherweise in einem bestimmten Gebiet eines Staates von Angehörigen dieses Staates gebraucht werden, die eine Gruppe bilden, deren Zahl kleiner ist als die der übrigen Bevölkerung des Staates, und die sich von der (den) Amtssprache(n) dieses Staates unterscheiden;

er umfaßt weder Dialekte der Amtssprache(n) des Staates noch die Sprachen von Zuwanderern;

[...] bezeichnet der Ausdruck ‘nicht territorial gebundene Sprachen’ von Angehörigen des Staates gebrauchte Sprachen, die sich von der (den) von der übrigen Bevölkerung des Staates gebrauchten Sprache(n) unterscheiden, jedoch keinem bestimmten Gebiet innerhalb des betreffenden Staates zugeordnet werden können, obwohl sie herkömmlicherweise im Hoheitsgebiet dieses Staates gebraucht werden.“²⁷

Der Bedingung, dass sich die Sprache von der/den Amtssprache(n) des Unterzeichnungsstaates unterscheiden soll, wird nicht konsequent nachgegangen: beispielsweise wird in der Charta Katalanisch in Spanien geschützt, obwohl sie in Teilen Spanien Amtssprache ist. Die Bedingung bezieht sich offensichtlich auf den Gebrauch der Amtssprache auf gesamtem Staatsterritorium.

Die Grundidee der Europäischen Charta für RMS ist, dass deren Gebrauch in privaten Angelegenheiten alleine nicht ausreicht, um ihren Weiterbestand zu garantieren, sondern dass man den RMS auch im öffentlichen Leben mehr Präsenz verschaffen müsste. Die Charta schreibt die Mindeststandards zur Förderung der Sprachen seitens der Unterzeichnungsstaaten vor. Die allgemeinen Grundsätze in Teil II sind verpflichtend. Teil III enthält konkrete Maßnahmen in den Berei-

²⁶ Die Liste aller Staaten, die die Europäische Charta für RMS ratifiziert haben, ist einzusehen unter: <http://conventions.coe.int/treaty/Commun/ChercheSig.asp?NT=148&CM=1&DF=&CL=ENG> (Stand: 17. 8. 2009).

²⁷ Vgl. <http://conventions.coe.int/treaty/ger/Treaties/Html/148.htm> (Stand: 31. 7. 2009).

chen Bildung, Justiz, Verwaltung, Kultur, Medien, Wirtschaft, soziales Leben und grenzüberschreitende Kooperationen. Von den Maßnahmen in Teil III müssen mindestens 35 Punkte ausgewählt werden. Der Unterzeichnungsstaat kann für jede Sprache diejenigen Maßnahmen auswählen, zu denen er sich verpflichten will. Dem Unterzeichnungsstaat steht frei zur Auswahl, welche Sprachen mit der Unterzeichnung und Ratifikation der Europäischen Charta der RMS geschützt werden sollen. Der Schutz wird mit der Ratifikation der Charta nicht automatisch ausgeübt, sondern der muss Unterzeichnungsstaat entsprechende Gesetze erlassen, falls diese noch nicht existieren. Die Umsetzung der Maßnahmen der Charta wird von einem unabhängigen Expertenkomitee verfolgt und überprüft (vgl. Jensdottir, 2004).

Der Schutz der Sprachen in der Charta ist kultureller Natur, den Sprechern der RMS werden keine Individual- oder Kollektivrechte gewährleistet (vgl. Woelk, 1999). Die Charta hat eine wichtige Veränderung in der Perspektive des Minderheitenschutzes geleistet: Der Schwerpunkt liegt auf positiven Aktionen zum Schutz von RMS, wobei Minderheiten wie auch Mehrheit eingeschlossen werden. Die Charta fördert Mehrsprachigkeit und kulturellen Pluralismus.

Die Europäische Charta der RMS hat den Begriff Regionalsprache eingeführt, ohne ihn zu definieren. Das Adjektiv regional wurde vor der Charta im Kontext der Sprachenplanung im Sinne von “dialectal, pertaining to a dialect“ (Wicherkiewicz, 2003: 8) verwendet. Die Charta ist grundsätzlich das einzige offizielle Dokument, das den Begriff Regionalsprache verwendet, obwohl er in der Charta selbst überhaupt nicht definiert wird.

4.2.3 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

1992 wurde der Posten eines Hohen Kommissars für nationale Minderheiten von der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, später Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE), geschaffen. Der Schwerpunkt der Arbeit des Hohen Kommissars ist es, „ethnische Spannungen, die den Frieden, die Stabilität und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten der OSZE gefährden könnten, aufzuzeigen und sich um eine möglichst rasche Entspannung der Lage zu bemühen.“ (OSZE, 2005: 2) Der Hohe Kommissar

sar ist kein Ombudsmann für nationale Minderheiten, sondern lediglich eine Beratungsstelle für die Fragen über nationale Minderheiten.

Dokumente, die Minderheiten betreffen und bei mehreren Treffen der OSZE verabschiedet wurden, sind nur politisch, nicht aber rechtlich verbindlich (vgl. Blumenwitz, 1996).

4.2.4 Die Europäische Union

Die Maßnahmen der Europäischen Union, die unter anderem auch Minderheiten betreffen, kann man in vier Kategorien zusammenfassen:

- Maßnahmen, die die sprachlichen Minderheiten direkt oder indirekt (über Kulturpolitik) fördern
- Maßnahmen der regionalen Politiken, von denen auch Minderheiten betroffen sind
- Maßnahmen der EU gegen die Diskriminierung
- Maßnahmen der Außenpolitik zum Minderheitenschutz (vgl. Vizi, 2003)

Das Europäische Parlament wird oft als Pionier der sprachlichen Rechte für Minderheiten im Rahmen der Europäischen Union gesehen. Die Kommission hat bis 1995 mehrere Projekte, die für Minderheitensprachen relevant waren, finanziert, doch nach dem Beschluss des europäischen Gerichtshofes darf die Kommission keine weiteren Projekte finanzieren, die keine Gesetzesgrundlage haben.

4.2.4.1 Die Initiativen des Europäischen Parlaments

Arfé Resolution (1981)

(Entschließung zu einer Gemeinschaftscharta der Regionalsprachen und -kulturen und zu einer Charta der Rechte ethnischer Minderheiten)

Im Dezember 1979 beauftragte der Ausschuss für Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport des Europäischen Parlamentes den italienischen Abgeordneten Gaetano Arfé mit der Erstellung eines Berichtes über die Möglichkeit der Entste-

hung einer Gemeinschaftscharta der Regionalsprachen und -kulturen sowie einer Charta der Rechte ethnischer Minderheiten (vgl. Ó Riagáin, 2001).

Die darauf folgende EntschlieÙung zu einer Gemeinschaftscharta der Regionalsprachen und -kulturen und zu einer Charta der Rechte ethnischer Minderheiten wurde am 16. Oktober 1981 vom Europäischen Parlament verabschiedet und ist unter dem Namen Arfé Resolution geläufig.²⁸

In der Präambel der EntschlieÙung wird betont, dass alle Mitgliedstaaten die Rechte der ethnischen und sprachlichen Minderheiten anerkannt haben. Sprachenrechte werden nur unklar im kulturell-historischen Kontext verankert, und die Betonung liegt auf der nicht-materiellen psychologischen Dimension der kulturellen Identität. Die Verbindung zwischen der Erhaltung der Sprachendiversität und wirtschaftlichen Bedingungen wird in der Charta jedoch ausdrücklich anerkannt: „[...] considering therefore that linguistic and cultural heritage cannot be safeguarded unless the right conditions are created for their cultural and economic development.“ (Abs. 8)

In der Resolution verlangt das Europäische Parlament von nationalen, regionalen und lokalen Behörden Förderung für RMS in den folgenden drei Bereichen: Bildung, Medien und öffentliches Leben. In den Artikeln 2 bis 5 der EntschlieÙung fordert das Europäische Parlament von der Kommission, aktuelle und vergleichbare Daten über die Einstellung der Öffentlichkeit in den Mitgliedstaaten gegenüber der Minderheitensprachen zu sammeln, Pilotprojekte zur mehrsprachigen Bildung einzuführen, finanzielle Mittel für entsprechende Projekte zur Verfügung zu stellen und die existierende Gesetzgebung der EU auf Diskriminierung zu überprüfen.

1982 wurde das Europäische Büro für Minderheitensprachen (siehe Abschnitt 2.7.3.1) ins Leben gerufen, um die autochthonen Regional- und Minderheitensprachen in der Europäischen Gemeinschaft zu schützen und zu fördern (vgl. Ó Riagáin, 2001).

²⁸ Resolution on measures in favour of minority languages and cultures. 11. Februar 1983. Der Wortlaut ist einzusehen unter: <http://www.ciemen.cat/mercator/UE20-GB.htm> (Stand: 30. 4. 2009).

Arfé Resolution (2) (1983)

(EntschlieÙung zu Maßnahmen zugunsten sprachlicher und kultureller Minderheiten)

Die zweite sogenannte Arfé Resolution wurde am 11. Februar 1983 erlassen. In der Präambel der EntschlieÙung zu Maßnahmen zugunsten sprachlicher und kultureller Minderheiten²⁹ verwendet man den Begriff „regional language or a little spoken language“ (Abs. 1). Die Zahl der Sprecher, die eine Regionalsprache oder wenig verwendete Sprache zur Muttersprache haben, wird auf 30 Millionen geschätzt. Das Parlament wiederholte und intensivierte seine Forderungen aus der ersten Arfé Resolution von 1981 an die Institutionen der europäischen Union. Es ersuchte die Kommission: “[...] to review all Community and national legislation and practices which discriminate against minority languages, and prepare appropriate Community instruments for ending such discrimination.” (Art. 1, Abs. 2)

Weitere Dokumente des Europäischen Parlaments

Mehr als vier Jahre nach der zweiten Arfé Resolution wurde am 30. Oktober 1987 die EntschlieÙung zu Sprachen und Kulturen der regionalen und ethnischen Minderheiten in der Europäischen Gemeinschaft³⁰ erlassen, die auch unter den Namen Kuijpers Resolution geläufig ist. Das Europäische Parlament setzte die Arbeit im Bereich des Minderheitenschutzes in den nächsten Jahren fort und verabschiedete weitere Dokumente, die die Stelle des Vorreiters stärkten, u. a. die EntschlieÙung des Europäischen Parlaments zu den regionalen und weniger verbreiteten europäischen Sprachen (sog. Killilea Resolution von 1994) und den Ebner Bericht von 2003.

4.2.4.2 Die Kommission

Die Kommission der Europäischen Union gilt nicht als Vorreiter für Minderheitenschutz, und das Parlament hat sie mehrmals zu aktiverer Teilnahme auf

²⁹ Der Wortlaut ist einzusehen unter: <http://www.ciemen.cat/mercator/UE21-GB.htm> (Stand: 30. 4. 2009).

³⁰ Der Wortlaut ist einzusehen unter: <http://www.ciemen.cat/mercator/UE21-GB.htm> (Stand: 30. 4. 2009).

dem Gebiet aufgefordert. Die Kommission ist nicht völlig untätig in Sachen Minderheiten, doch ihr Modus Operandi unterscheidet sich von dem des Parlaments. So hat sich die Kommission vor allem auf die Finanzierung verschiedener Projekte aus dem kulturellen Bereich konzentriert, wie etwa Culture 2000, Archipelago-Archipel und das Europäische Jahr der Sprachen 2001 (zusammen mit dem Euro-parat). Auch eine der wenigen empirischen Studien über die Lage der Minderheitensprachen in der Europäischen Union, die Euromosaic-Studie, wurde seitens der Kommission initiiert und finanziert (vgl. Nic Shuibhne, 2001).

4.2.5 Rechtsschutz für Sprachminderheiten in Mitgliedstaaten der Europäischen Union

In den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union reicht der Rechtsschutz für Minderheiten von der offiziellen Anerkennung bis zur völligen Leugnung von sprachlichen Minderheiten auf dem eigenen Staatsgebiet. Im folgenden Teil wird ein Überblick über die Verfassungsgrundlagen, über wichtigere Rechtsinstrumente zum Schutz der Minderheiten auf staatlicher und regionaler Ebene und über den Ratifikationsstatus des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten und der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen nach einzelnen Staaten dargestellt. Die tatsächliche Umsetzung der Provisionen wird an dieser Stelle nicht kommentiert. Die Ratifikation der Europäischen Charta der RMS bedeutet nicht, dass die Sprachen, die unter der Charta geschützt sind, auch automatisch einen offiziellen Status in dem Unterzeichnungsstaat erhalten.. Zwischen diesen zwei Schutzmechanismen besteht weiterhin eine große Diskrepanz.

Infolgedessen wird in jedem Land untersucht, welche Sprachminderheiten einen offiziell anerkannten Status haben, entweder auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene. Eine Sprache ist offiziell, “regardless of its reality and its weight as a social phenomenon, when it becomes recognized by its public powers as a normal means within and between them, and in their relations with citizens, with full legal validity and effects.” (HCR 82/1986, 26. 6. 1986) Rechtslage und Formulierung unterscheiden sich von Staat zu Staat, der Schutz reicht von kultureller Förderung und Unterstützung bis zur Anerkennung als Amtssprache; der gemeinsame

Nenner ist schwer auszumachen. Zugleich wird bei jedem Land festgestellt, welche der anerkannten Sprachen zu den Sprachen ohne Mutterland bzw. zu den Sprachen der Punkte 2, 3 und 5 nach der EBLUL-Klassifikation zählen (siehe Abschnitt 4.1.2.1).

4.2.6 Belgien

In der Verfassung des belgischen Königreich (1831/Koordinierter Text vom 17. Februar 1994) ist unter Artikel 4 Folgendes zu lesen: „Belgien umfasst vier Sprachgebiete: das deutsche Sprachgebiet, das französische Sprachgebiet, das niederländische Sprachgebiet und das zweisprachige Gebiet Brüssel-Hauptstadt. [...] Jede Gemeinde des Königreichs gehört einem dieser Sprachgebiete an.“³¹ Außer diesen drei Amtssprachen erkennt Belgien keine weiteren Sprachgemeinschaften an, und keine Minderheitensprachgemeinschaft ohne Mutterland verfügt über einen rechtlich anerkannten Status.

2001 hat Belgien das RSNM unterzeichnet und noch nicht ratifiziert.³² Die Europäische Charta der RMS hat Belgien nicht unterzeichnet.³³

4.2.7 Bulgarien

Die Verfassung der Republik Bulgarien von 1991 verankert im Art. 3 eine einzige Amtssprache: „Bulgarian shall be the official language of the Republic.“ und räumt in Art. 36 die Rechte der Sprachminderheiten ein:

“(1) The study and use of the Bulgarian language shall be a right and an obligation of every Bulgarian citizen.

³¹ Vgl. http://www.senate.be/deutsch/const_de.html (Stand: 29. 3. 2009).

³² Eine Liste aller Staaten, die das Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten unterzeichnet und/oder ratifiziert haben, ist einzusehen unter: <http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/ChercheSig.asp?NT=157&CM=1&DF=&CL=GER> (Stand: 18. 8. 2009).

³³ Eine Liste aller Staaten, die die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen unterzeichnet und/oder ratifiziert haben, ist einzusehen unter: <http://conventions.coe.int/treaty/Commun/ChercheSig.asp?NT=148&CM=1&DF=&CL=ENG> (Stand: 18. 8. 2009).

(2) Citizens whose mother tongue is not Bulgarian shall have the right to study and use their own language alongside the compulsory study of the Bulgarian language.”³⁴

Bulgarien hat das RSNM 1997 unterzeichnet und 1999 ratifiziert. Die Europäische Charta der RMS hat Bulgarien nicht unterschrieben. Keine Sprachminderheit ohne Mutterland genießt besondere Rechte in Bulgarien.

4.2.8 Dänemark

In der Verfassung des Königreichs Dänemark sind keine ausdrücklichen Bestimmungen bezüglich der Sprache verankert. In Dänemark hat keine Minderheitensprachgemeinschaft ohne Mutterland einen rechtlich anerkannten Status.

1992 hat Dänemark die Charta für RMS unterschrieben und 2000 ratifiziert.³⁵ Sie ist 2001 in Kraft getreten und bezieht sich auf 42 Punkte der Charta hinsichtlich der deutschen Sprache in Südjütland. Das RSNM hat Dänemark 1997 ratifiziert.³⁶

4.2.9 Deutschland

Aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist keine Verankerung bezüglich der Sprache zu lesen. Die Aufnahme der deutschen Sprache in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist eine politische Forderung, die seit 2008 in Deutschland diskutiert wird. Die einzige Erwähnung der Sprache bezieht sich auf das Diskriminierungsverbot im Art. 3: „Niemand darf wegen [...] seiner Sprach[e] [...] benachteiligt oder bevorzugt werden. [...]“³⁷

³⁴ Vgl. <http://www.ciemen.cat/mercator/BUL1-GB.htm> (Stand: 17. 8. 2009).

³⁵ Vgl. <http://conventions.coe.int/treaty/Commun/ChercheSig.asp?NT=148&CM=1&DF=&CL=ENG> (Stand: 17. 8. 2009).

³⁶ Vgl. http://languagecharter.eokik.hu/sites/languages/L-German_in_Denmark.htm (Stand: 17. 8. 2009).

³⁷ Vgl. http://www.bundestag.de/dokumente/rechtsgrundlagen/gg_pdf.pdf (Stand: 17. 8. 2009).

Zwei Minderheitengemeinschaften ohne Mutterland haben einen Sonderstatus in Teilen Deutschlands. Dem Nordfriesischen wird Schutz unter der Verfassung des Bundeslandes Schleswig-Holstein garantiert. Der Gebrauch in der Öffentlichkeit und in der Kommunikation mit den Behörden wird im Gesetz zur Förderung des Friesischen im öffentlichen Raum gewährleistet.³⁸ In Sachsen ist der Gebrauch des Sorbischen in der Verwaltung und im Schulwesen rechtlich anerkannt (vgl. European Commission, 1996).

Deutschland hat die Charta der Regional- oder Minderheitensprachen 1992 unterzeichnet und als achttes Land 1998 ratifiziert. Folgenden 5 Sprachen wurde 1999 mit dem Inkrafttreten Schutz gewährleistet: Dänisch, (Ober- und Nieder-)Sorbisch, (Nord- und Sater-)Friesisch und Romanes, sowie dem und Niederdeutschen als Regionalsprache.³⁹ Die Bundesrepublik hat sich mit der Ratifikation der Charta verpflichtet, die oben genannten Sprachen in Medien, Bildungsinstitutionen, Behörden und Kultureinrichtungen zu fördern (vgl. Woelk, 1999).

4.2.10 Estland

Grundgesetz der Republik Estland von 1992 verankert im Art. 5 Estnisch als Staatssprache: „Die Staatssprache Estlands ist die estnische Sprache.“, doch „[d]ie Bürger, die einer völkischen Minderheit angehören, können [...] ihre Sprache im Geschäftsverkehr mit den örtlichen Selbstverwaltungsinstitutionen gebrauchen“ (Art. 51).⁴⁰ Die größte Nationalminderheit in Estland sind Russen, doch keine Minderheit ohne Mutterland genießt einen rechtlich anerkannten Status.

Estland hat das RSNM 1998 ratifiziert. Die Europäische Charta der RMS hat Estland nicht unterschrieben.

³⁸ Vgl. <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl15/drucks/3700/drucksache-15-3727.pdf>

³⁹ Vgl. <http://languagecharter.eokik.hu/sites/StatesParties/Germany.htm> (Stand: 17. 8. 2009).

⁴⁰ Vgl. <http://www.verfassungen.eu/ee/index.htm> (Stand: 19. 8. 2009).

4.2.11 Finnland

Im Grundgesetz der Republik Finnland von 1919 sind im § 17 Recht auf eigene Sprache und Kultur zwei Nationalsprachen verankert: „Die Nationalsprachen Finnlands sind Finnisch und Schwedisch.“⁴¹ Im selben Paragraph wird auch der Status von Sami und Roma festgelegt: „Die Sami als Ureinwohnervolk sowie die Roma und andere Gruppen haben das Recht, ihre Sprache und Kultur zu pflegen und weiterzuentwickeln. Das Recht der Sami auf Gebrauch der samischen Sprache bei Behörden wird durch das Gesetz geregelt.“ (ebenda). Den Sami wird ein weiterer Sonderstatus erteilt, der Selbstverwaltung in Bezug auf Sprache umfasst: „Die Sami haben in der Heimatregion der Sami eine ihre Sprache und Kultur betreffende Selbstverwaltung so, wie es durch das Gesetz geregelt wird.“ (ebenda). Die einzige Sprache ohne Mutterland mit offiziellen Status ist Sami.

Finnland hat die Charta für RMS 1992 unterzeichnet und 1994 ratifiziert. Die Charta ist 1998 in Kraft getreten und schützt Jiddisch, Romani, Russisch, Sami, Schwedisch und Tatar.⁴²

4.2.12 Frankreich

In der Verfassung der Republik Frankreich (1958/geändert 1992) ist Französisch als die einzige Sprache verankert: „Die Sprache der Republik ist Französisch“ (Art. 2).⁴³ Keine weitere Sprache hat einen offiziellen Status in Frankreich.

Frankreich hat das RSNM nicht unterzeichnet und die Europäische Charta der RMS 1999 nur unterzeichnet, doch noch nicht ratifiziert.

⁴¹ Vgl. <http://www.finlex.fi/pdf/saadkaan/S9990731.PDF> (Stand: 17. 8. 2009).

⁴² Vgl. <http://languagecharter.eokik.hu/sites/StatesParties/Finland.htm> (Stand: 17. 8. 2009).

⁴³ Vgl. <http://www.verfassungen.eu/f/fverf58-i.htm> (Stand: 17. 8. 2009).

4.2.13 Griechenland

In der Verfassung der Republik Griechenland sind keine Provisionen bezüglich der Sprache außer des Diskriminierungsverbotes im Art. 5 verankert: „All persons living within the Greek territory shall enjoy full protection of their life, honour and liberty irrespective of nationality, race or language and of religious or political beliefs.“⁴⁴ Keine sprachliche Minderheit in Griechenland genießt einen besonderen Status.

Griechenland hat das RSNM nur unterzeichnet und die Europäische Charta der RMS nicht unterzeichnet.

4.2.14 Irland

Die Verfassung der Republik Irland von 1937 verankert im Art. 8: „Das Irische ist als die Nationalsprache erste Amtssprache. Die englische Sprache wird als zweite Amtssprache anerkannt.“⁴⁵ Weitere Sprachen haben in Irland keinen offiziellen Status.

Irland hat das RSNM 1999 ratifiziert und die Charta für RMS nicht unterzeichnet.

4.2.15 Italien

Die Verfassung der Republik Italiens enthält keine spezifischen Provisionen bezüglich der Sprache außer des allgemeinen Art. 3: „Alle Staatsbürger haben die gleiche gesellschaftliche Würde und sind vor dem Gesetz ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse, der Sprache, des Glaubens, der politischen Anschauungen, der persönlichen und sozialen Verhältnisse gleich.“⁴⁶

⁴⁴ Vgl. <http://www.ministryofjustice.gr/eu2003/constitution.pdf> (Stand: 17. 8. 2009).

⁴⁵ Vgl. <http://www.verfassungen.eu/irl/> (Stand: 19. 8. 2009).

⁴⁶ Vgl. http://www.landtag-bz.org/download/Verfassung_Italien.pdf (Stand: 17. 8. 2009).

Nach dem vom italienischen Senat 1999 erlassenen Gesetz Nr. 3366 ist der Staat verpflichtet, folgende Sprachen und Kulturen zu schützen: Albanisch, Katalanisch, Deutsch, Griechisch, Slowenisch, Kroatisch, Französisch, Franco-Provençal, Friaulisch, Ladinisch, Okzitanisch und Sardisch. Der Schwerpunkt liegt am Bildungswesen: Unterricht wird in den oben genannten Sprachen in Schulen nach Bedarf geboten. Schutz wird nur dann gewährleistet, wenn er von einem Drittel des Provinzrates oder 15 % der Einwohner in der Provinz verlangt wird.⁴⁷

Französisch ist geschützt in der Valle d'Aosta und ist mit der italienischen Sprache gleichgestellt (vgl. European Commission, 1996). Franco-Provençal, die eigentliche Muttersprache der Minderheit in Valle d'Aosta, wird kaum rechtlich geschützt (vgl. Coluzzi, 2007). Die Situation des Ladinischen ist je nach Provinz unterschiedlich. 1993 wurde Ladinisch als Verwaltungssprache in der Provinz Bozen und 1993 in der Provinz Trient eingeführt (vgl. Ties, 2008). Besondere Rechte gelten für die deutsche Minderheit in Trentino-Alto Adige/Südtirol, wo die Mitglieder der Minderheit berechtigt sind, ihre Sprachrechte in allen Sphären einzusetzen. Friaulisch ist auf regionaler Ebene geschützt und gefördert, doch es ist nicht die Sprache der Verwaltung und des Bildungswesens. Die Rechtslage des Sardischen ist teilweise unklar, obwohl die Sprache seit 1997 nach Gesetz gefördert wird (vgl. Coluzzi, 2007).

Italien hat das RSNM 1995 unterzeichnet und 1998 ratifiziert. Die Charta für RMS wurde 2000 unterzeichnet, jedoch noch nicht ratifiziert.

4.2.16 Lettland

Die Amtssprache der Republik Lettland ist in der Verfassung verankert: „Staatssprache der Republik Lettland ist die lettische Sprache.“⁴⁸ Angehörige nationaler und sprachlicher Minderheiten haben das Recht, „ihre Sprache und ethnischen und kulturellen Eigenheiten zu wahren und zu entfalten“ (ebenda, Art. 114), doch die Minderheitensprachen genießen keinen besonderen Status.

⁴⁷ Vgl. <http://www.ciemen.org/mercator/bulletins/38-06.htm> (Stand: 16. 8. 2009).

⁴⁸ Vgl. <http://www.verfassungen.eu/lv/> (Stand: 19. 8. 2009).

Lettland hat das RSNM 2005 ratifiziert und die Europäische Charta der RMS nicht unterzeichnet.

4.2.17 Litauen

Die 1992 verabschiedete Verfassung der Republik Litauen verankert im Art. 14 Litauisch als die einzige Staatsprache: „Staatsprache ist die litauische Sprache.“⁴⁹ Die Verfassung garantiert den Staatsbürgern anderer Volksgruppen das Recht, „ihre Sprache, Kultur und Gebräuche zu pflegen“ (ebenda, Art. 37). Litauen erkennt keine Minderheiten ohne Mutterland an.

2000 hat Litauen das RSNM ratifiziert. Die Europäische Charta der RMS wurde bis dato nicht unterzeichnet.

4.2.18 Luxemburg

Französisch und Deutsch sind seit der Verfassung von 1848 Amtssprachen des Staates Luxemburg. Erst mit dem Sprachengesetz von 1984 erhielt auch das Letzeburgische den Amtsstatus. Im gleichen Gesetz wird Französisch als Gesetzessprache verankert. Vor dem Gericht oder in der Verwaltung können alle drei Sprachen verwendet werden (vgl. Ammon, 1995).

Luxemburg hat die Charta für Regional- oder Minderheitensprachen 1992 unterzeichnet und 2005 ratifiziert, ohne spezifische Sprachen zu schützen.⁵⁰

4.2.19 Malta

Malta hat zwei Amtssprachen, wie verankert in der Verfassung der Republik Malta, Art. 5: „(1) The National language of Malta is the Maltese Language. (2) The Maltese and the English languages [...] shall be the official languages of Mal-

⁴⁹ Vgl. <http://www.verfassungen.eu/lt/index.htm> (Stand: 18. 8. 2009).

⁵⁰ Vgl. <http://languagecharter.eokik.hu/sites/StatesParties/Luxembourg.htm> (Stand: 17. 8. 2009).

ta [...]”.⁵¹ Keine weitere Sprache hat einen anerkannten Status in der Republik Malta.

Malta hat das RSNM 1998 ratifiziert und die Europäische Charta der RMS 1992 nur unterzeichnet.

4.2.20 Niederlande

In der Verfassung sind keine sprachlichen Grundrechte verankert. Die Politik der niederländischen Regierung gegenüber der friesischen Sprache ist tolerant. Die Provinzregierung in Friesland fördert die friesische Sprache und Kultur (vgl. European Commission, 1996). Das Friesische hat in der Provinz Friesland einen offiziell anerkannten Status (vgl. Howell, 2000) und kann in offiziellen Dokumenten und vor Gericht verwendet werden (vgl. Gorter, 2001).

Die Niederlande haben die Charta für RMS 1992 unterzeichnet und 1996 ratifiziert. Die Sprachen, die mit der Ratifikation geschützt werden sollen, sind: Friesisch, Limburgisch, Niedersächsisch, Romanes und Jiddisch.⁵²

4.2.21 Österreich

Die Verfassung der Republik Österreich gewährleistet im Art. 8 folgende Rechte in Bezug auf Sprache:

“(1) Die deutsche Sprache ist, unbeschadet der den sprachlichen Minderheiten bundesgesetzlich eingeräumten Rechte, die Staatssprache der Republik.

(2) Die Republik (Bund, Länder und Gemeinden) bekennt sich zu ihrer gewachsenen sprachlichen und kulturellen Vielfalt, die in den autochthonen Volksgruppen zum Ausdruck kommt. Sprache und Kultur, Bestand und Erhaltung dieser Volksgruppen sind zu achten, zu sichern und zu fördern.”⁵³

⁵¹ Vgl. http://docs.justice.gov.mt/lom/legislation/english/leg/vol_1/chapt0.pdf (Stand: 18. 8. 2009).

⁵² Vgl. <http://languagecharter.eokik.hu/sites/StatesParties/Netherlands.htm> (Stand: 17. 8. 2009).

⁵³ Vgl. <http://ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138> (Stand: 15. 8. 2009).

Der Staatsvertrag von 1955 regelt im Art. 7 die Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheit und erteilt ihnen das Recht auf

“[...] ihre eigenen Organisationen, Versammlungen und Presse in ihrer eigenen Sprache

[...] Anspruch auf Elementarunterricht in slowenischer oder kroatischer Sprache

[...] die slowenische oder kroatische Sprache zusätzlich zum Deutschen als Amtssprache“⁵⁴

Den Status der Amtssprache hat somit keine Minderheitensprache ohne Mutterland. In Österreich gibt es sechs gesetzlich anerkannte Volksgruppen: die Burgenländischen Kroaten, die Slowenen, die Roma/Sinti, die Tschechen, die Slowaken, die Ungarn.⁵⁵

Österreich hat die Charta für RMS 1992 unterschrieben und 2002 ratifiziert. Sprachen, die mit der Ratifikation der Charta geschützt sind, sind: Kroatisch (in Burgenland), Tschechisch, Ungarisch (in Burgenland und Wien), Romanes, Slowakisch und Slowenisch (in der Steiermark und in Kärnten).⁵⁶

4.2.22 Polen

Die Verfassung der Republik Polen verankert im Art. 27, dass die polnische Sprache die Amtssprache ist und dass diese Vorschrift nicht die Rechte der nationalen Minderheiten verletzen darf. Die Verfassung gewährleistet im Art. 35 „den polnischen Staatsangehörigen, die nationalen und ethnischen Minderheiten angehören, die Freiheit der Erhaltung und der Entwicklung der eigenen Sprache.“⁵⁷

Polen hat das RSNM 2001 und die Europäische Charta der RMS 2009 ratifiziert. Die Sprachen, die unter der Charta geschützt sind, sind Kaschubisch (als

⁵⁴ Vgl. <http://www.rechtsgeschichte.jku.at/Lehrveranstaltungen/Allgemeines/Lernbehilfe/WS/10.Die%20Republik%20Oesterreich%20nach%201945/Staatsvertrag%201955.pdf> (Stand: 17. 8. 2009).

⁵⁵ Vgl. <http://minderheiten.at/stat/Service/volksgruppen.htm> (stand 17. 8. 2009).

⁵⁶ Vgl. <http://languagecharter.eokik.hu/sites/StatesParties/Austria.htm> (Stand: 17. 8. 2009).

⁵⁷ Vgl. <http://www.verfassungen.eu/pl/index.htm> (Stand: 18. 8. 2009).

Regionalsprache), Hebräisch, Jiddisch, Weißrussisch, Litauisch, Deutsch, Armenisch, Russisch, Slowakisch, Ukrainisch und Tschechisch.⁵⁸

4.2.23 Portugal

Die Verfassung der Republik Portugal (1976/1987) sieht im Art. 3 Portugiesisch als die einzige Amtssprache Portugals vor: „The official language shall be Portuguese.“⁵⁹ Niemand darf aufgrund der Sprache diskriminiert werden (ebenda, Art. 13), und es wird gewährleistet, dass „[...] emigrants’ children are taught the Portuguese language and enjoy access to Portuguese culture.“ (ebenda, Art. 74) Keine andere Sprache außer Portugiesisch genießt einen offiziellen Status. Mirandesisch wird als kulturelles Erbe anerkannt (Gesetz über die offizielle Anerkennung der Sprachrechte für mirandesische Gemeinschaft von 1999).⁶⁰

Portugal hat das RSNM 1995 unterzeichnet und 2002 ratifiziert. Die Europäische Charta der RMS hat Portugal nicht unterzeichnet.

4.2.24 Rumänien

Die Verfassung der Republik Rumänien verankert eine einzige Amtssprache: „In Rumänien ist die Amtssprache die rumänische Sprache.“ (Art. 13)⁶¹ Die neue rumänische Verfassung von 1991 garantiert den nationalen Minderheiten „das Recht auf Bewahrung, Entwicklung und Äußerung ihrer ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität“ (ebenda, Art. 6).

In der Abteilung für Schutz der Nationalminderheiten befindet sich auch das Nationale Büro für Roma. Die Roma sind in Rumänien eine anerkannte nationale Minderheit. Die Sprache der Roma, Romani oder Romanes, ist nicht geschützt (vgl. CEDIME-SE, 2001). Verschiedene allgemeine Gesetze, z. B. das Gesetz über Öffentliche Verwaltung (Nr.69, 1991/No.24, 1996) oder Gesetze, die Bil-

⁵⁸ Vgl. <http://www.nationalia.info/en/news/411> (Stand: 26. 6. 2009).

⁵⁹ Vgl. http://app.parlamento.pt/site_antigo/ingles/cons_leg/Constitution_VII_revisao_definitive.pdf (Stand: 17. 8. 2009).

⁶⁰ Vgl. <http://www.ciemen.org/mercator/bulletins/38-03.htm> (Stand: 17. 8. 2009).

⁶¹ Vgl. http://www.cdep.ro/pls/dic/act_show?ida=1&idl=4 (Stand: 17. 8. 2009).

derung reglementieren, könnten den Gebrauch der Sprache der Roma in der Kommunikation mit den öffentlichen Behörden oder in Schulen garantieren, doch wegen des niedrigen sozialen Status der Roma wird ihnen der Sprachgebrauch nicht garantiert.

Rumänien hat das RSNM 1998 und die Europäische Charta der RMS 2008 ratifiziert. 20 Sprachen werden unter der Charta geschützt: Albanisch, Armenisch, Bulgarisch, Deutsch, Griechisch, Italienisch, Jiddisch, Kroatisch, Mazedonisch, Polnisch, Romanes, Russisch, Ruthenisch, Serbisch, Slowakisch, Tatarisch, Tschechisch, Türkisch, Ukrainisch und Ungarisch.⁶²

4.2.25 Schweden

Die vier Gesetze von 1974, aus denen die Verfassung des Königreichs Schweden besteht, regulieren die Sprache nicht.⁶³ Schweden erkennt fünf nationale Minderheiten an: Romani, Sami, Juden, Finnen und Meänkieli.⁶⁴

Schweden hat das RSNM sowie die Europäische Charta der RMS 2000 ratifiziert. Finnisch, Meänkieli, Romani, Sami und Jiddisch werden unter der Charta geschützt.⁶⁵

4.2.26 Slowakei

Das Verfassungsgesetz der Republik Slowakei von 1992 verankert im Art. 6 Slowakisch als Amtssprache: „(1) Die slowakische Sprache ist im Gebiet der Slowakischen Republik die Staatssprache. (2) Der Gebrauch anderer Sprachen als der Staatssprache im amtlichen Verkehr wird durch das Gesetz geregelt.“⁶⁶ Ferner räumt die Verfassung Angehörigen der nationalen Minderheiten folgende Rechte

⁶² Vgl. <http://languagecharter.eokik.hu/sites/StatesParties/Romania.htm> (Stand: 18. 8. 2009).

⁶³ Vgl. <http://www.verfassungen.eu/sw/schweden75-index.htm> (Stand: 18. 8. 2009).

⁶⁴ Vgl. <http://www.sweden.gov.se/sb/d/2188/a/19444> (Stand 16. 8. 2009).

⁶⁵ Vgl. <http://languagecharter.eokik.hu/sites/StatesParties/Sweden.htm> (Stand: 18. 8. 2009).

⁶⁶ Vgl. <http://www.verfassungen.eu/sk/index.htm> (Stand: 18. 8. 2009).

ein: „[das Recht,] die eigene Kultur zu entfalten, in ihrer Muttersprache Informationen zu verbreiten und zu empfangen“ und „das Recht auf Bildung in ihrer Sprache, [...] ihre Sprache im amtlichen Verkehr zu gebrauchen, [...] an der Verwaltung von Angelegenheiten teilzunehmen, die die nationalen Minderheiten und ethnischen Gruppen betreffen.“ (ebenda, Art. 34) Nach dem Gesetz 184/1999 haben die Angehörigen der slowakischen nationalen Minderheiten das Recht, mit den Behörden in ihrer Muttersprache zu kommunizieren, wenn sie mindestens 20 % der Bevölkerung in der Gemeinde ausmachen.⁶⁷ Romani ist die einzige RMS ohne Mutterland, die diesen Status genießt.⁶⁸

Slowakei hat die Europäische Charta der RMS 2002 ratifiziert und schützt Bulgarisch, Kroatisch, Tschechisch, Deutsch, Ungarisch, Polnisch, Romanes, Ruthenisch und Ukrainisch.⁶⁹

4.2.27 Slowenien

Slowenien erkennt in der Verfassung (Art. 11) der autochthone italienischen und ungarischen Minderheit einen Sonderstatus an: „Die Amtssprache in Slowenien ist Slowenisch. In jenen Gemeindegebieten, in denen die italienische oder ungarische Volksgruppe lebt, ist die Amtssprache auch Italienisch oder Ungarisch.“⁷⁰ Die Lage der Roma soll laut Art. 65 mit einem entsprechenden Gesetz geregelt werden. Das Gesetz (Zakon o romski skupnosti v Republiki Sloveniji) wurde erst 2007 erlassen und verlangt die kulturelle Förderung der Romani-Gemeinschaft, durch die auch die Romani-Sprache gefördert werden soll.⁷¹ Die Romani-Sprache hat mit dem Gesetz keinen besonderen Status erhalten (ähnlich

⁶⁷ Vgl. <http://www.ciemen.org/mercator/bulletins/53-22.htm> (Stand: 13. 9. 2009).

⁶⁸ Vgl. http://www.eumap.org/reports/2001/minority/sections/slovakia/minority_slovakia.pdf (Stand: 27. 8. 2009).

⁶⁹ Vgl. <http://languagecharter.eokik.hu/sites/StatesParties/Slovakia.htm> (Stand: 18. 8. 2009).

⁷⁰ Vgl. <http://www.uradni-list.si/1/objava.jsp?urlid=200733&stevilka=1762> (Stand: 17. 8. 2009).

⁷¹ Vgl. Uradni list RS Nr.33/2007, http://zakonodaja.gov.si/rpsi/r05/predpis_ZAKO4405.html (Stand: 17. 8. 2009).

dem der italienischen und ungarischen Minderheit), und somit ist in Slowenien keiner Minderheit ohne Mutterland ein besonderer Status zugeteilt.

Slowenien hat das RSNM 1998 ratifiziert. Die Europäische Charta der RMS hat Slowenien 2001 ratifiziert und fördert somit die kroatische, italienische und ungarische Sprache wie auch Romani.⁷²

4.2.28 Spanien

Die Verfassung des Königreichs Spanien von 1978 verankert im Art. 3 das Kastilische als Amtssprache und verleiht das Recht auf weitere Amtssprachen in den autonomen Regionen Spaniens:

“Das Kastilische ist die offizielle spanische Amtssprache. Alle Spanier haben die Pflicht, sie zu kennen, und das Recht, sie zu benutzen.

Die weiteren spanischen Sprachen sind in den Autonomen Gemeinschaften und gemäß ihren jeweiligen Statuten ebenfalls offiziell.”⁷³

Die einzelnen Statute zur Autonomie für Baskenland, Katalonien und Galizien wurden 1979 erlassen. Kastilisch und Baskisch sind Amtssprachen in der Autonomen Gemeinschaft Baskenland.. Katalanisch ist Amtssprache in der Valencianischen Gemeinschaft und in der Autonomen Gemeinschaft Katalonien (vgl. European Commission, 1996).

“[T]he language of Catalonia shall be Catalan, that the Catalan language shall be the official language of Catalonia alongside Spanish which is the official language of the Spanish State, that the Generalitat shall guarantee the normal and official use of both languages, shall adopt measures to ensure their knowledge and shall create conditions under which they can achieve full equality as regards the rights and duties of citizens of Catalonia [...]”⁷⁴

⁷² Vgl. <http://languagecharter.eokik.hu/sites/StatesParties/Slovenia.htm> (Stand: 18. 8. 2009).

⁷³ Der Wortlaut der Verfassung des Königreichs Spanien auf Deutsch ist einzusehen unter: <http://www.boe.es/aeboe/consultas/enlaces/documentos/ConstitucionALEMAN.pdf> (Stand: 7. 5. 2009).

⁷⁴ Vgl. http://ec.europa.eu/education/languages/archive/languages/langmin/euromosaic/es51_en.html#13 (Stand 18. 8. 2009).

In der Autonomen Gemeinschaft Katalonien ist Asturisch zwar keine Amtssprache, doch es wird gefördert. Spanien hat die Europäische Charta der RMS 2001 ratifiziert und schützt somit folgende 10 Sprachen: Arabisch, Aragonisch, Asturisch/Bable, Baskisch, Berber, Katalanisch, Galicisch/Galego, Portugiesisch und Valencianisch.⁷⁵

4.2.29 Die Tschechische Republik

Die Amtssprache der Tschechischen Republik ist Tschechisch, obwohl das weder in der Verfassung noch in einem anderen Rechtsdokument verankert ist (vgl. European Commission, 1996). Im Gesetz über Rechte der Mitglieder nationaler Minderheiten⁷⁶ sind Nationalminderheiten als Gemeinschaft der Staatsbürger definiert, „[...] who live on the territory of the present Czech Republic and as a rule differ from other citizens by their common ethnic origin, language, culture and traditions.“⁷⁷ Im Gesetz werden Minderheiten nicht namentlich erwähnt. Das Gesetz verleiht u. a. folgende Rechte: das Recht auf Bildung in eigener Sprache, auf Gebrauch der eigenen Sprache in Verwaltungsangelegenheiten und vor Gericht (vgl. European Commission, 1996). Die einzige Minderheitengemeinschaft ohne Mutterland mit teilweise anerkanntem Status sind die Roma, wenn man berücksichtigt, dass ihnen die Mitgliedschaft im Rat für nationale Minderheiten einen anerkannten Minderheitenstatus verleiht.

Die Tschechische Republik hat das RSNM 1995 unterzeichnet und 1998 ratifiziert. Der Staat hat die Europäische Charta der RMS 2007 in Bezug auf Deutsch, Polnisch, Romanes und Slowakisch ratifiziert.⁷⁸

⁷⁵ Vgl. <http://languagecharter.eokik.hu/sites/StatesParties/Spain.htm> (Stand: 18. 8. 2009).

⁷⁶ Vgl. <http://spcp.prf.cuni.cz/lex/273-01.doc> (Stand: 19. 8. 2009).

⁷⁷ Vgl. http://ec.europa.eu/education/languages/archive/languages/langmin/euromosaic/cz_en.pdf (Stand: 19. 8. 2009).

⁷⁸ Vgl. <http://languagecharter.eokik.hu/sites/StatesParties/CzechRep.htm> (Stand: 19. 8. 2009).

4.2.30 Ungarn

In der Verfassung der Republik Ungarn sind keine Provisionen hinsichtlich der Amtssprache verankert. Die Verfassung garantiert den Minderheiten „kollektive Teilnahme am öffentlichen Leben, die Pflege ihrer eigenen Kultur, die Nutzung ihrer Muttersprache, die muttersprachliche Bildung und das Recht der Namensnutzung in der eigenen Sprache.“ (Art. 68)⁷⁹ Die einzige Minderheit ohne Mutterland in Ungarn sind die Roma, doch sie verbleiben ohne einen rechtlichen Status als Minderheit (vgl. European Parliament, 2001).

Ungarn hat das RSNM 1998 ratifiziert. Mit der Ratifikation der Europäischen Charta der RMS werden in Ungarn 14 Sprachen geschützt: Armenisch, Beas, Bulgarisch, Deutsch, Griechisch, Kroatisch, Polnisch, Romani, Rumänisch, Ruthenisch, Serbisch, Slowakisch, Slowenisch und Ukrainisch.⁸⁰

4.2.31 Vereinigtes Königreich

Das Vereinigte Königreich hat keine schriftliche Verfassung, und Englisch wird als Amtssprache in keinem Rechtsakt verankert. Der Welsh Language Act von 1993 und der Government of Wales Act von 1998 stellen das Walisische mit dem Englischen in Wales im öffentlichen Sektor gleich. Die Rechtslage des Gälischen in Schottland war bis 2005 unklar. 2005 wurde der Gaelic Language Act erlassen, der die schottische Sprache (Gaelic) offiziell anerkannte. Somit sind die einzigen Minderheitensprachen im Vereinigten Königreich ohne Mutterland mit einem anerkannten Status das Walisische und das Schottische.

Das Vereinigte Königreich hat die Charta für Regional- oder Minderheitensprachen 2000 unterzeichnet und 2001 in Bezug auf Kornisch, Irisch, Manx Gälisch, Schottisch-Gälisch und Walisisch ratifiziert.⁸¹

⁷⁹ Vgl. <http://www.mkab.hu/content/de/decont5.htm> (Stand: 19. 8. 2009).

⁸⁰ Vgl. <http://languagecharter.eokik.hu/sites/StatesParties/Hungary.htm> (Stand: 18. 8. 2009).

⁸¹ Vgl. <http://languagecharter.eokik.hu/sites/StatesParties/UnitedKingdom.htm> (Stand: 18. 8. 2009).

4.2.32 Zypern

In der Verfassung der Republik Zypern sind im Art. 3 zwei Amtssprachen verankert: „Griechisch und Türkisch sind die Amtssprachen der Republik.“⁸² Die Lage keiner weiteren Minderheiten ist entweder in der Verfassung noch in anderen Rechtsakten reguliert (vgl. European Commission, 1996).

Zypern hat das RSNM 1998 ratifiziert und die Europäische Charta der RMS nicht unterzeichnet.

⁸² Vgl. <http://www.verfassungen.eu/cy/verf60-i.htm> (Stand: 19. 8. 2009).

5 RAHMENBEDINGUNGEN UND ENTWICKLUNGEN

5.1 Grundlagen

Es wurde schon in den Kapiteln 1 und 4 kurz darauf eingegangen, dass aufgrund der Breite des Gebiets und der Unklarheiten bzw. der Politisierung des Begriffs Minderheitensprache die Untersuchung der RMS erschwert ist. Aus diesem Grund wurde die Anzahl der RMS für die vorliegende Arbeit eingegrenzt. Die Eingrenzung ist besonders wichtig, da die soziolinguistischen und politischen Lagen, in denen sich die RMS-Gemeinschaften befinden, sehr unterschiedlich sind und schwer miteinander verglichen werden. Für die vorliegende Untersuchung wurde ein Eingrenzungskriterium gewählt, das in der Euromosaic-Studie eine der Variablen mit großem Gewicht war: die Legitimation (vgl. Williams, 2005). Diese Variable hat sich in der Euromosaic-Studie neben der Institutionalisierung und der Bildung als maßgeblich für die Produktion und Reproduktion der RMS erwiesen. Die Legitimation der RMS wurde in Kapitel 4 gründlich untersucht sowie der Stand der Gesetzgebung im Bereich der Sprachen im internationalen Kontext und in einzelnen Mitgliedstaaten der EU dargestellt. Diese Mappe der rechtlich anerkannten Sprachen, die einen offiziellen Status haben, dient an dieser Stelle als Grundlage für die Auswahl der Sprachgemeinschaften, deren TPP untersucht wird. Insgesamt wurden 10 RMS identifiziert, die auf wenigstens einer Legitimationsebene einen offiziellen Status in zumindest einem EU-Mitgliedstaat haben, und zwar die folgenden: Baskisch, Friesisch, Galicisch, Gälisch, Katalanisch, Ladinisch, Romani, Sami, Sorbisch, und Walisisch.

Die Sprachgemeinschaften, die hier untersucht werden, weisen laut der Euromosaic-Studie einen relativ hohen Grad der Institutionalisierung in allen untersuchten Bereichen auf. In Tabelle 4 sind die Werte der folgenden sieben Variablen, die in der Studie untersucht wurden, dargestellt: Legitimation, Institutionalisierung, Familie, Bildung, Kultur, Gemeinde und Prestige (Williams, 2005). Die Skala, nach der die Variablen bewertet wurden, reichte von null bis vier. Wie aus der Tabelle ersichtlich, wurde bei der Hälfte der Sprachen, die in der vorliegenden

Arbeit untersucht werden, der Variable Legitimation der höchste Wert zugeteilt. Der Grad der Institutionalisierung hingegen erreicht nur beim Katalanischen den höchsten Wert. Die Werte der Produktion und Reproduktion in der Familie sind im Vergleich zu anderen Variablen bei manchen Sprachen sehr niedrig. Die Legitimation ist nicht ausreichend für den Fortbestand einer Sprache, wenn die Sprachvitalität niedrig ist und in der wichtigsten Domäne für die Produktion und Reproduktion der Sprache, in der Familie, nicht gesprochen wird.

Sprache	Legitimation	Institutionalisierung	Familie	Bildung	Kultur	Gemeinde	Prestige	Zusammen
Baskisch	4	3	3	4	4	3	3	24
Friesisch	2	3	2	2	2	2	2	14
Galicisch	4	3	3	3	3	3	3	22
Gälisch	3	2	2	2	3	2	2	16
Katalanisch	4	4	4	4	4	4	4	28
Ladinisch	4	3	3	2	2	3	3	20
Sami	2	2	1	2	2	2	2	10
Sorbisch	3	2	1	3	2	1	2	14
Walisisch	4	3	3	4	3	3	4	24

Tabelle 4: Die Werte der sieben Variablen in der Euromosaic-Studie (abgeändert übernommen nach Williams, 2005: 194f).

Das zweite Eingrenzungskriterium ist die Minderheitensprachtypologie. Für die vorliegende Untersuchung wurden nur jene RMS ausgewählt, die in keinem Staat (auch außerhalb der EU) eine Amtssprache sind. RMS im Sinne des 4. Typs nach EBLUL (siehe Abschnitt 4.1.2.1), also Sprachgemeinschaften, die in einem Staat eine Minderheit, in einem anderem Staat jedoch eine Mehrheit darstellen, werden in der vorliegenden Arbeit nicht behandelt. Diese Sprachgemeinschaften können Gebrauch von Sprachinstitutionen und der Infrastruktur machen, die im Mutterland vorhanden sind. Mögliche Probleme könnte die Distribution von Sprachprodukten darstellen (vgl. Strubell, 2001) sowie die Abwesenheit von der eventuellen landesspezifischen Terminologie in den Bereichen Schulwesen, Recht, Verwaltung u. Ä.

Die Variablen Bildung und Prestige dienen zur Illustration der Realisation von Spracherwerbsplanung bzw. Statusplanung. Die Korpusplanung wird entsprechend deskriptiv dargestellt.

Im folgenden Teil werden die sprachlichen und sprachpolitischen Rahmenbedingungen geschildert, auf deren Basis eine TPP durchgesetzt wird oder die vorteilhaft für die Entstehung einer TPP sind. Der Schwerpunkt liegt bei der TPP, die seitens einer Regierungsinstitution oder eines äquivalenten Organs durchgesetzt wird. Folgende Erscheinungsformen der TPP werden identifiziert: explizite Darlegung einer TPP; Institutionen und Organisationen, die sich mit der TPP und der Terminologie auseinandersetzen, Terminologiedatenbanken, terminologische Publikationen und sonstige Terminologieprojekte.

5.2 Rahmenbedingungen und Tendenzen

5.2.1 Baskisch

5.2.1.1 Sprache und Sprachgemeinschaft

Baskisch (Euskara) ist eine sogenannte isolierte Sprache, da sie mit keiner anderen Sprache verwandt ist. Es ist auch keine indogermanische Sprache. Baskisch wird in Spanien in der Autonomen Gemeinschaft Baskenland (Euskal Auto-

nomia Erkidegoa/Comunidad Autónoma del País Vasco) und in der Navarre sowie in Frankreich im Département of Pyrénées-Atlantiques gesprochen.

Im 19. Jahrhundert identifizierte Luis Luciano Bonaparte, der erste baskische Dialektologe, acht Dialekte des Baskischen. Schriftliche Werke erschienen in allen Dialekten. Das erste baskische Buch erschien 1545, die Bibel wurde 1571 ins Baskische übersetzt, beide im labortanischen Dialekt (vgl. Azkarate, 1999). Die bis ins 20. Jahrhundert erschienenen Werke waren vorüberwiegend religiöser Natur. Wie auch alle anderen Sprachen außer dem Kastilischen wurde das Baskische unter Franco verboten. Das Recht auf Gebrauch von Baskisch ist in der Verfassung von 1978 und in dem Statut der Autonomen Gemeinschaft Baskenland von 1979 verankert.

5.2.1.2 Sprachgebrauch

Die soziolinguistische Studie, die in der Autonomen Gemeinschaft Baskenland durchgeführt wurde, zeigte, dass 30,1 % der Einwohner ab 16 Jahren zweisprachig sind, also Baskisch und Kastilisch gleich gut beherrschen. Weitere 18,3 % wurden als passive Zweisprachler bezeichnet, und 51,5 % können Baskisch weder sprechen noch verstehen (Servicio Central de Publicaciones del Gobierno Vasco, 2008). Aus soziolinguistischer Sicht ist die Autonome Gemeinschaft Baskenland nach Sprachgebrauch in vier Zonen unterteilt: der Sprachgebrauch des Baskischen reicht von 20 % bis zu 80 % in einigen Ortschaften (vgl. European Commission, 1996). Nach dem 1982 erlassenen Gesetz über die Normierung des Baskischen haben die Bürger das Recht der freien Wahl, welche Sprache (Baskisch oder Kastilisch) sie in der Kommunikation mit öffentlichen Behörden benutzen möchten.

In Frankreich wurde das Baskische systematisch durch das Französische ausgetauscht, vor allem in Verwaltung und Bildung, wo Baskisch marginalisiert und verboten wurde. Im 20. Jahrhundert wurde dieser Prozess durch Massenmedien und Zuwanderung aus anderen Regionen Frankreichs noch verstärkt (vgl. Europäische Kommission, 1996).

5.2.1.3 Die sprachpolitischen Rahmenbedingungen

Mit dem Gesetz über die Normierung des Baskischen von 1982 (siehe Abschnitt 4.2.28) wurde eine Reihe von Sprachinstitutionen gegründet, u. a. das Secretaría General de Política Lingüística (das Generalsekretariat für Sprachpolitik), der Consejo Asesor del Euskera (der Beratungsausschuss für die baskische Sprache) und das Instituto Vasco de Administración Pública (das baskische Institut für die öffentliche Verwaltung).

Die Akademie der baskischen Sprache, Euskaltzaidnia, wurde 1918 gegründet. Von Anfang an waren zwar alle baskischen Dialekte vertreten, doch die wichtigste Aufgabe der Akademie war die Standardisierung des Baskischen. Die dialektische Vielfalt des Baskischen hat sich als Schatztruhe für Terminologie erwiesen (für Beispiele vgl. Azkarte, 1999: 24).

Zur Revitalisierung des Baskischen hat die Einführung des Baskischen in das Schulsystem und die Gründung des Baskischen Rundfunks EITB beträchtlich beigetragen. 1989 wurde der Plan für die Normierung des Baskischen für den Gebrauch in der öffentlichen Verwaltung ausgearbeitet (vgl. European Commission, 1996). Das Büro für Sprachpolitik ist das Organ in der Regierung der Autonomen Gemeinschaft Baskenland, das für die Gestaltung, Entwicklung und Implementierung der Sprachpolitik für das Baskische zuständig ist.⁸³ 1999 wurde der Generalplan für die Sprachförderung des Baskischen (Plan General de Promoción del Uso del Euskera) erlassen, der die Sprachpolitik der baskischen Regierung für die nächsten zehn Jahre festlegte (vgl. Diaz de Lezana, 2007).

5.2.1.4 Terminologiepolitik und -planung

Das Büro für Sprachpolitik der Regierung der Autonomen Gemeinschaft Baskenland hat 1999 einen Plan für die Normalisierung der Terminologie ausgearbeitet. Die zwei vorgesehenen Grundsteine der Terminologieplanung waren die Gründung der öffentlichen Terminologiedatenbank EUSKALTERM, die auf der Datenbank von UZEI aus dem Jahr 1987 basierte, und die Gründung der Kom-

⁸³ Vgl. <http://www.languageplanning.eu/home/Pages/Variation/Basque-Spanish.aspx> (Stand: 3. 8. 2009).

mission für Terminologie im Jahr 2002 (vgl. Diaz de Lezana, 2007). Die Benutzung der Terminologiedatenbank EUSKALTERM ist kostenlos.⁸⁴ Die Datenbank enthält ein terminologisches Wörterbuch mit 91.000 Einträgen und Entsprechungen auf Englisch, Französisch, Latein und Spanisch sowie das Wörterbuch des Betriebssystems Windows und vorläufige Einträge, die bei der tagtäglichen Übersetzungsarbeit entstehen.⁸⁵

Die Aufgaben der Kommission für Terminologie sind u. a.: Festlegung von Prioritäten im Bereich der Terminologie und Ausarbeitung von Kriterien für Terminologiearbeit (vgl. Diaz de Lezana, 2007). Bei den Kriterien unterscheidet die Kommission zwischen drei Terminologietypen: die wissenschaftliche und technische Terminologie, die Terminologie der traditionellen Baskischen Bereiche (Fischen, Landwirtschaft) und die Rechtsterminologie. Die Kommission hat zwei Hilfsmittel für Terminologiearbeit herausgegeben: *El manual de metodología del trabajo terminológico*⁸⁶ und *El Diccionario de Terminología*⁸⁷, die kostenlos erhältlich sind. Alle Informationen über die Terminologieplanung der Kommission für Terminologie sind online öffentlich verfügbar.⁸⁸

Zwei private Organisationen, die aber mit der Regierung eng zusammenarbeiten, sind UZEI und Elhuyar. UZEI (Das baskische Zentrum für Terminologie und Lexikographie) ist eine NGO, die 1977 mit dem Ziel gegründet wurde, den Korpus des Baskischen zu modernisieren. Es war die erste Institution, die sich mit der Terminologie des Baskischen auseinandersetzte. UZEI wurde 1989 von der baskischen Regierung als eine Institution mit besonderer Bedeutung für die baski-

⁸⁴ Die Terminologiedatenbank EUSKALTERM ist abrufbar unter: http://www1.euskadi.net/euskalterm/indice_c.htm (Stand: 22. 8. 2009).

⁸⁵ Vgl. http://www1.euskadi.net/euskalterm/edukia_i.htm (Stand: 3. 8. 2009).

⁸⁶ Das Handbuch der Methodologie der Terminologiearbeit ist abrufbar unter: http://www.euskara.euskadi.net:80/r59-738/es/contenidos/informacion/erreferentzia_lanak/es_7552/adjuntos/AC73_Eskuliburua_2.pdf (Stand: 7. 8. 2009).

⁸⁷ Das Wörterbuch der Terminologie ist abrufbar unter: http://www.euskara.euskadi.net:80/r59-738/es/contenidos/informacion/erreferentzia_lanak/es_7552/adjuntos/AC72_TerminolHiztegia_3.pdf (Stand: 7. 8. 2009).

⁸⁸ Die Informationen sind einzusehen unter: http://www.euskara.euskadi.net:80/r59-738/es/contenidos/informacion/6503/es_2415/es_12420.html (Stand: 14. 8. 2009).

sche Sprache anerkannt und betreibt vertraglich die Terminologiedatenbank EUSKALTERM.⁸⁹ UZEI hat die Brüsseler Erklärung unterzeichnet und erklärte sich bereit,

“[t]o contribute to the linguistic normalisation of Basque by delivering added value services connected with the use of the language. To help in adapting and updating Basque to meet new needs and those which culture and science will have in the future.”⁹⁰

Fundación Elhuyar ist eine Privatinitiative, die 1972 gegründet wurde, um die baskische Sprache in den wissenschaftlichen und technischen Bereichen zu fördern. Anfangs widmete sich Elhuyar nur der Schaffung von Terminologie, später kam noch das Journal „Elhuyar“ dazu, und heute bietet Elhuyar eine Reihe von Sprachservices zur Entwicklung und Standardisierung des Baskischen sowie verschiedene wissenschaftliche und technische Publikationen an.⁹¹

Zusammenfassend liegt die Verantwortung für die Gemeinsprache des Baskischen bei der Akademie Euskaltzaidnia und für die Fachsprachen bei spezialisierten Institutionen.

5.2.2 Friesisch

5.2.2.1 Sprache und Sprachgemeinschaft

Obwohl in der Literatur oft der Überbegriff Friesisch verwendet wird, handelt es sich beim Friesischen eigentlich um eine Gruppe von drei germanischen Sprachen: Westfriesisch, Nordfriesisch und Ostfriesisch (heute noch in der Form von Saterfriesisch). Westfriesisch wird in den Niederlanden in der Provinz Friesland (Fryslan) gesprochen. 2001 wurde die Anzahl der Sprecher auf etwa 400.000 geschätzt (vgl. Gorter et al., 2001). Nordfriesisch und Ostfriesisch werden in Deutschland (in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen) gesprochen. Nordfriesisch wird an der Westküste von Schleswig-Holstein von etwa 10.000 Sprechern

⁸⁹ Vgl. <http://www.uzei.com/antbuspre.asp?nombre=2658&cod=2658&sesion=1347> (Stand: 3. 8. 2009).

⁹⁰ Vgl. <http://www.uzei.com/antbuspre.asp?nombre=2659&cod=2659&sesion=1347> (Stand 20. 8. 2009).

⁹¹ Vgl. <http://www.elhuyar.org> (Stand: 23. 8. 2009).

verwendet.⁹² Ostfriesisch wird von etwa 2.000 Menschen in der Gemeinde Saterland gesprochen (vgl. European Commission, 1996). Besonders das Nordfriesische ist mit 10 identifizierten Dialekten stark dialektal differenziert (vgl. Arhaamar, 2007).

5.2.2.2 Die sprachpolitischen Rahmenbedingungen und TPP

Die Lage des Friesischen ist aus der sprachpolitischen Sicht eigenartig, da es sich eigentlich um drei Sprachen handelt, die in zwei Staaten gesprochen werden. Der rechtliche Status ist nicht für alle drei Sprachen gleich (siehe Abschnitt 4.2.9 für die Rechtslage in Deutschland und Abschnitt 4.2.20 für die Niederlande). In der Euromosaic-Studie wurde die Variable Legitimation mit 2 bewertet, gleich wie Bildung und Prestige (Williams, 2005).

Friesisch wird in der niederländischen Provinz Friesland als Schulfach wie auch als Unterrichtssprache auf der primären und sekundären Schulebene angeboten. Die Provinz führt eine aktive Sprachpolitik zur Förderung des Friesischen, doch „trotz der mit erheblichen Finanzmitteln gut ausgebauten Infrastruktur und erhöhten Prestiges ist aber auch das Westfriesische als Umgangssprache der Bevölkerung auf längere Sicht bedroht“ (Arhaamar, 2007: 5). In Deutschland wird in dem Bundesland Schleswig-Holstein Nordfriesisch als Unterrichtsfach angeboten.

Die Fryske Akademy wurde 1938 gegründet und ist das Zentrum für die Forschung der friesischen Sprache und Kultur.⁹³ Die Sprachforschung konzentriert sich auf die Bereiche Lexikologie, Dialektologie, Grammatik des Altfriesischen, des Mittelfriesischen und des modernen Friesischen. Die Akademie arbeitet auch an der Erstellung von Korpora und bietet das sogenannte Language Desk an, in dessen Rahmen bei Fragen über das Friesische, auch bei terminologischen, weitergeholfen wird. Die Terminologie wird projektweise und in der lexikogra-

⁹² Vgl. <http://www.uni-flensburg.de/friesisches-seminar> (Stand: 25. 8. 2009).

⁹³ Vgl. <http://www.fa.knaw.nl/fa/3departments-and-disciplines/department-of-linguistics> (Stand: 13. 9. 2009).

phischen Sektion erarbeitet. Bisher wurde ein Glossar für die Bedürfnisse im Unterricht erarbeitet und umfasst u. a. Terminologie der Biologie, Mathematik.⁹⁴

Das 1965 gegründete Nordfriisk Institut ist die zentrale wissenschaftliche Institution, die sich mit der Forschung der nordfriesischen Sprache, Kultur und Geschichte auseinandersetzt. Es publiziert auch Wörterbücher, doch keine Fachwörterbücher.⁹⁵ Keine Institution setzt sich ausschließlich mit der Terminologie oder TPP für das Nordfriesische auseinander.

5.2.3 Galicisch oder Galegisch

5.2.3.1 Sprache und Sprachgemeinschaft

Galicisch ist eine romanische Sprache, die sich noch bis zum 14. Jahrhundert nicht stark vom Portugiesischen unterschied. Galicien war im 10. und 11. Jahrhundert ein unabhängiges Königreich, und Galicisch war bis ins 14. Jahrhundert die Sprache der Verwaltung und der Justiz. Ab dem 13. Jahrhundert befand sich Galicien unter kastilischer Herrschaft, verlor an Bedeutung und wurde politisch marginalisiert. Unter Franco wurde Galicisch verboten. Galicisch wird in der Autonomen Gemeinschaft Galicien und teilweise in Portugal gesprochen und hat zwei Hauptdialekte.: Rionorês und Guadramilês. Die Sprache wird von ca. 3,2 Millionen Sprechern gesprochen (vgl. Lewis, 2009).

1981 ist Galicien mit dem Autonomiestatut zu einer autonomen Gemeinschaft geworden und Galicisch die Amtssprache neben dem Kastilischen. 1983 wurde das Gesetz über die Normalisierung des Galicischen erlassen (siehe Abschnitt 4.2.28).

5.2.3.2 Sprachgebrauch

Unter Franco wurde Galicisch in allen Sphären untersagt, sogar in privaten Angelegenheiten. Aus diesem Grund sind wenige Kinder, die in jener Zeit gebo-

⁹⁴ Vgl. <http://www.fa.knaw.nl/fa/0general/fryslan-and-the-frisian-language-1> (Stand: 17.9.2009).

⁹⁵ Vgl. <http://www.nordfriiskinstituut.de/> (Stand: 17.9.2009).

ren wurden, mit dem Galicischen aufgewachsen (Kronenthal, 2003b). Galicisch ist von einer starken Diglossie geprägt, da die meisten Galicier zu Hause Galicisch und in der Öffentlichkeit Spanisch (Kastilisch) sprechen (vgl. Lorenzo, 1985).

In der Euromosaic-Studie haben 70 % der Befragten behauptet, ihre erstgelernte Sprache sei das Galicische gewesen. Der aktuelle Sprachgebrauch in der Familie reicht je nach Möglichkeit von 41-65 %. Die Euromosaic-Studie hat auch gezeigt, dass alle Mitarbeiter von mehr als der Hälfte der Befragten Galicisch sprechen konnten, doch der tatsächliche Sprachgebrauch des Galicischen auf dem Arbeitsplatz war viel niedriger (höchstens 24 %).⁹⁶ Das Galicische ist Unterrichtssprache auf allen Unterrichtsebenen, auch an drei Universitäten (vgl. European Commission, 1996).

5.2.3.3 Die sprachpolitischen Rahmenbedingungen

Galicisch hat einen offiziellen Status, und die Legitimation erhielt in der Euromosaic-Studie mit 4 den höchsten Wert. Bildung und Prestige wurden jeweils mit 3 bewertet (Williams, 2005).

Der Streit um die Standardnorm des Galicischen ist das Hauptmerkmal der sprachplanerischen Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert. Auf der einen Seite betonten die Reintegrationisten die enge Verbindung und Ähnlichkeit des Galicischen mit dem Portugiesischen, auf der anderen Seite wollten die Autonomisten die Position des Galicischen als eine eigene romanische Sprache sichern. 1981 wurde Galicisch neben dem Katalanischen zur Amtssprache Galiciens. Die Diskussionen wurden politisiert und führten zu Auseinandersetzungen über orthographische und lexikalische Fragen (vgl. Kabatek, 1992). Mit dem Gesetz über die Normalisierung des Galicischen, das 1983 erlassen wurde, wurden die Normen, die die *Real Academia Galega* und das *Instituto da Lengua Galega* entwickelten, übernommen. Die *Normas ortográficas e morfolóxicas do idioma galego*, die die Real Academia Galega und das Instituto da Lengua Galega gemeinsam erarbeiteten, basieren auf der galicischen Tradition seit dem 19. Jahrhundert, auf den ver-

⁹⁶ Vgl. <http://www.uoc.edu/euromosaic/web/homean/index1.html> (Stand 22. 8. 2009).

schiedenen Normierungsversuchen der siebziger Jahre und auf Erkenntnissen aus dialektologischen Untersuchungen.“ (Kabatek, 1992: 65) Die Norm wird nicht von allen Sprechern anerkannt (vgl. European Commission, 1996).

Die Zahl der Institutionen, die sich mit der SPP des Galicischen auseinandersetzen, scheint überproportional groß zu sein. Die wichtigste Institution ist neben dem Sekretariat für Sprachpolitik (*Secretaría Xeral de Política Lingüística*)⁹⁷ jedoch die Real Academia Galega, die neben der Festlegung von Sprachnormen für die Aktualisierung von Sprachregeln und für Beratung über den richtigen Sprachgebrauch zuständig ist. *A Mesa pola Normalización Lingüística* (der Ausschuss für die sprachliche Normalisierung)⁹⁸ ist ein unabhängiges Organ mit der Aufgabe, die galicische Sprache in allen Sprachdomänen zu fördern. *Lingua Galega Observatorio*⁹⁹ verfolgt und analysiert den Sprachgebrauch des Galicischen in den folgenden acht Domänen: öffentliche Verwaltung, Bildung, Medien, Wirtschaft, Gesundheitswesen, Vereine, Telekommunikation und Zivilgesellschaft.

5.2.3.4 Terminologiepolitik und -planung

Der Normenstreit hat auch Folgen in der TPP für das Galicische hinterlassen. Trotz der Ähnlichkeiten im offiziellen Status mit dem Katalanischen ist die Lage im Bereich der TPP keinesfalls vergleichbar. Der Normenstreit dauert teilweise noch immer an, und die Sprachnorm ist eine unabdingbare Grundlage für Terminologiearbeit, was auch für die Terminologie des Galicischen Folgen hat. Terminologische Projekte waren bis jetzt verstreut und wurden nicht systematisch von einer zentralen Behörde durchgeführt.

Das Sekretariat für Sprachpolitik hat 2006 die soziolinguistische Lage des Galicischen gründlich untersucht, einen Bericht erstellt und darin neue sprachplanerische Ziele gesetzt. Das Sekretariat betonte die Notwendigkeit der Integration des Galicischen in die neuen Technologien, z. B. Telekommunikation und Inter-

⁹⁷ Vgl. <http://www.xunta.es/linguagalega/> (Stand 23. 8. 2009).

⁹⁸ Vgl. <http://www.amesanl.org/> (24. 8. 2009).

⁹⁹ Vgl. <http://www.observatoriodalinguagalega.com/> (Stand 12. 7. 2009).

net. Im Bericht wurde auch der Bedarf nach einer systematischen Terminologieplanung identifiziert und der Ausbau des Korpus des Galicischen als eine der Prioritäten gesetzt (vgl. Xunta de Galicia, 2006). Im Bericht wurde das Potenzial von TERMIGAL betont. TERMIGAL wurde 1997 im Rahmen des *Centro Ramón Piñeiro para a Investigación en Humanidades* gegründet, doch die Einsatzmöglichkeiten der Institution wurden bis dato nicht ausgenutzt.

Zu den wichtigsten Institutionen, die sich mit der galicischen Terminologie auseinandersetzen, zählt die Gruppe *Galician Language Technologies and Applications* an der Universität von Vigo.¹⁰⁰ Sie hat eine Anzahl von terminologischen Projekten durchgeführt, die der Öffentlichkeit frei zugänglich sind. Die bedeutendsten darunter sind der galicische technische Korpus, die terminologische Datenbank der Universität von Vigo (Termoteca) und das Wörterbuch der Rechtsterminologie (Galicisch-Kastilisch).

5.2.4 Gälisch oder Schottisch

5.2.4.1 Sprache, Sprachgemeinschaft, Sprachgebrauch

Schottisch oder Gälisch (Scots Gaelic) ist eine keltische Sprache. Das traditionelle Sprachgebiet des Gälischen sind die schottischen Highlands. Seit dem 13. Jahrhundert musste Gälisch nach und nach dem Englischen Platz machen. Heutzutage ist die Gälische Sprachgemeinschaft durchaus zweisprachig und von einer starken Diglossie geprägt (vgl. European Commission, 1996). Der Volkszählung von 2001 nach sprechen nur 1,2 % der Schotten Gälisch (im Vergleich zu 7 % im Jahr 1881).

Das Interesse für die gälische Sprache wurde mit der Wiederaufnahme des Schottischen Parlaments 1998 geweckt. 2005 wurde der *Gaelic Language Act* vom Parlament erlassen, mit dem das Gälische einen offiziellen Status erhielt

¹⁰⁰ Vgl. http://webs.uvigo.es/talga/index_en.html (Stand: 16. 8. 2009).

(siehe Abschnitt 4.2.31). Im Akt ist der *Gaelic Language Plan* vorgesehen, doch dieser enthält keine terminologischen Aktivitäten.¹⁰¹

5.2.4.2 Sprachpolitische Rahmenbedingungen und TPP

Die Legitimation des Gälischen wurde in der Euromosaic-Studie mit 3 bewertet, die Bildung und das Prestige jeweils mit 2 (Williams, 2005).

Bòrd na Gàidhlig wurde mit dem *Gaelic Language Act 2005* gegründet und hat 2006 mit seiner Arbeit begonnen. Im Akt sind drei Hauptaufgaben von Bòrd na Gàidhlig vorgesehen:

- “to increase the number of persons who are able to use and understand the Gaelic language;
- to encourage the use and understanding of the Gaelic language; and
- to facilitate access, in Scotland and elsewhere, to the Gaelic language and Gaelic culture.”¹⁰²
-

Die wichtigste Aufgabe von Bòrd na Gàidhlig ist es, die ständige Senkung der Sprecher des Gälischen aufzuhalten und den Trend umzukehren. Bòrd na Gàidhlig wurde auch mit der Ausarbeitung des nationalen Plans für das Gälische beauftragt. Der Plan folgt den bekannten und erprobten Sprachplanungsprinzipien, die auch in anderen RMS durchgeführt wurden:

- “Acquisition planning’ – ensures the language is passed on through the family and through education
- ‘Usage planning’ – motivates people and provides them with more opportunities to use the language
- ‘Status planning’ – addresses the image of the language and how it is seen within institutions
- ‘Corpus planning’ – develops a standardised language which is popular, well-used and relevant.”¹⁰³

¹⁰¹ Vgl. http://www.opsi.gov.uk/legislation/scotland/acts2005/asp_20050007_en_1#pb5-11g10 (23. 8. 2009).

¹⁰² Vgl. <http://www.bord-na-gaidhlig.org.uk> (Stand 12. 6. 2009).

¹⁰³ Vgl. <http://www.bord-na-gaidhlig.org.uk/national-plan-for-gaelic.html> (Stand: 14. 7.2 009).

Angesichts der Tatsache, dass die Sprachplanung des Gälischen erst seit 2005 offiziell existiert, ist es nicht verwunderlich, dass noch keine Terminologiepolitik ausgearbeitet wurde und nur wenige terminologische Projekte existieren. *Faclair na Pàrlamaid* ist ein Wörterbuch mit Termini zum Schottischen Parlament und online verfügbar. *An Seota* ist eines der wenigen terminologischen Projekte. Das Ziel des Projekts ist die Ausarbeitung einer terminologischen Datenbank, die den Unterricht auf Gälisch auf der Sekundärstufe unterstützen soll. Das Projekt befindet sich noch in der Anfangsphase und soll 2011 fertiggestellt werden.¹⁰⁴

5.2.5 Katalanisch

5.2.5.1 Sprache und Sprachgemeinschaft

Katalanisch ist eine romanische Sprache, die von ca. 7,5 Millionen Menschen gesprochen und von 10 Millionen verstanden wird (vgl. Colomer & Cuadrado, 2007). Die Sprache wird im Nordosten Spaniens, im Südosten Frankreichs, im Fürstentum Andorra und in einem Gebiet der italienischen Insel Sardinien gesprochen. Obwohl das Katalanische die Amtssprache Andorras ist, wird es von einigen Forschern als Sprache ohne Mutterland klassifiziert, da die Anzahl der Sprecher in Andorra im Vergleich zum Rest relativ klein und die Sprachinfrastruktur für Katalanisch in Andorra nicht entwickelt ist. Auch in der Euromosaic Studie wird Katalanisch als eine RMS untersucht (Williams, 2005), weswegen sie auch hier behandelt wird. Andere Forscher hingegen (Colomer & Cuadrado, 2007) lehnen den Status des Katalanischen als Minderheitssprache ab. Der erste Grund ist der schon erwähnte offizielle Status des Katalanischen in Andorra, der zweite ist die demographische Anzahl der Sprecher (das Katalanische ist die achte meistgesprochene Sprache in der EU), und der dritte Grund ist die soziolinguistische Situation des Katalanischen, da die Sprache von den Sprechern nicht aufgegeben wurde. Das Katalanische ist außerdem vollständig kodifiziert, reguliert und normiert.

¹⁰⁴ Vgl. <http://www.anseotal.org.uk/en> (Stand 13. 9. 2009).

5.2.5.2 Sprachgebrauch

Der Gebrauch des Katalanischen unterscheidet sich stark in jenen Gebieten, in denen die Sprache gesprochen wird. Katalanisch ist die Sprache, die mit dem wirtschaftlichen Erfolg verbunden ist, und trotz der Repressalien unter Franco blieb ihr die Bevölkerung treu. Die Sprache stellte das Symbol und Identifikationsmittel der regionalen nationalistischen Bewegung dar. Die nur wenig abgeschwächte Position der Sprache erleichterte die Revitalisierung des Katalanischen zu Beginn der 1980er-Jahre (vgl. Beswick, 2007).

5.2.5.3 Die sprachpolitischen Rahmenbedingungen

Katalanisch ist neben dem Kastilischen die offizielle Sprache in Katalonien (siehe Abschnitt 4.2.28). In der Euromosaic-Studie wurde Katalanisch von allen RMS ohne Mutterland mit höchstem Endwert bewertet. Legitimation, Bildung und Prestige erhielten jeweils den höchsten Wert 4. Katalanisch hat eine gut entwickelte und organisierte Struktur der sprachpolitischen Organe und Institutionen. Wie aus Abbildung 4 ersichtlich, ist der Sekretär für Sprachpolitik unmittelbar dem Vizepräsidenten unterstellt. Ein Bericht über die Sprachpolitik der Regierung der Autonomen Gemeinschaft Katalonien über die Finanzierung der Sprachpolitik und über aktuelle soziolinguistischen Studien wird regelmäßig publiziert und ist öffentlich verfügbar.¹⁰⁵

¹⁰⁵ Vgl. <http://www20.gencat.cat> (Stand 13. 8. 2009).

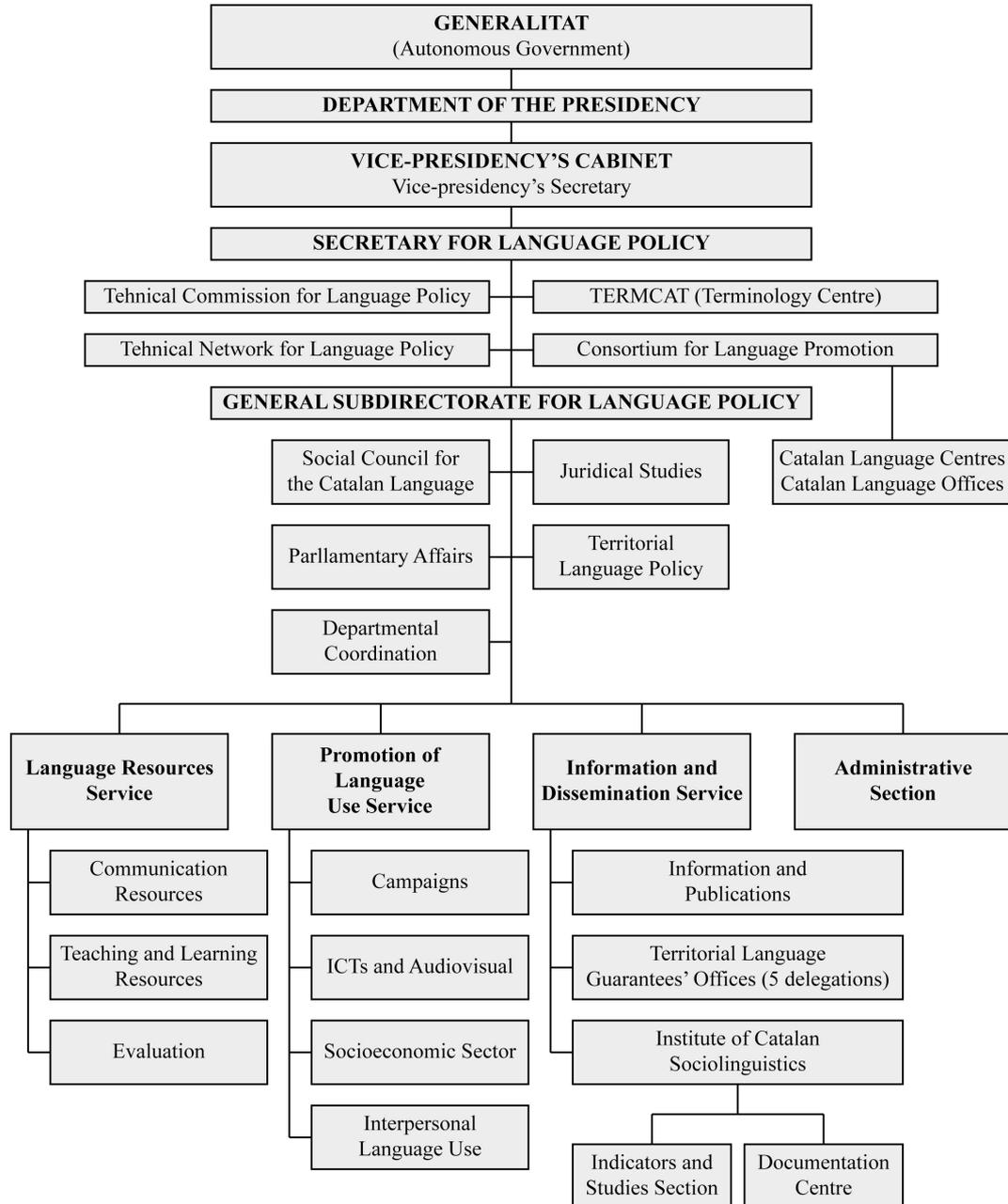


Abbildung 3: Sprachpolitische Institutionen in Katalonien (abgeändert übernommen nach Williams, 2008: 92).

5.2.5.4 Terminologiepolitik und -planung

Die TPP des Katalanischen ist ähnlich wie die SPP zentralisiert. TERMCAT ist ein Konsortium, das 1985 von der Regierung der Autonomen Gemeinschaft Katalonien, dem Institut für katalanische Studien und dem Konsortium für

Sprachnormung gegründet wurde (vgl. Colomer & Cuadrado, 2007). TERMCAT verfolgt folgende Ziele:

“[T]o guarantee the quality and availability of resources and working methods which puts into practice in the public and private sectors. The Centre also promotes the participation and implication of society in all its activities to motivate, in a multilingual scenario, the development of the terminology in Catalan language and to contribute to the general progress of this language in all the social scopes.”¹⁰⁶

Laut Colomer und Cuadrado (2007) ist das Modell der katalanischen TPP „a cooperative model of participation and social involvement“ (ebenda:106). Verschiedene soziale und territoriale Agenten sowie Träger aus verschiedenen Domänen sind an der Terminologiarbeit beteiligt, um Akzeptanz, Gebrauch und Prestige der Terminologie und Sprache zu optimieren.

Folgende fünf Typen der Kooperation sind untrennbar mit der katalanischen TPP verbunden: Zusammenarbeit mit den Fachleuten, Balance zwischen verschiedenen Varietäten des Katalanischen, Zusammenarbeit mit der breiten Öffentlichkeit (soziale Kooperation), Zusammenarbeit mit der Forschung (z. B. Universitäten) und letztendlich die mehrsprachige Zusammenarbeit (vgl. Colomer & Cuadrado, 2007). Die terminologischen Produkte, die TERMCAT anbietet, sind u. a. die Datenbank Neoloteca, die normierte Neologismen enthält, ferner verschiedene Fachwörterbücher, technische Dokumentation, Referenzwerke über die Normalisierung des Katalanischen, über die Normen und über die methodologischen Kriterien.¹⁰⁷

5.2.6 Ladinisch

5.2.6.1 Sprache und Sprachgemeinschaft

Ladinisch ist eine rätoromanische Sprache, die im Norden Italiens gesprochen wird. Die Zentren des Ladinischen sind Südtirol und das Fassatal (Trentino). In beiden Gebieten leben insgesamt ca. 25.000 Ladiner (vgl. Ties, 2008). Die la-

¹⁰⁶ Vgl. http://www.termcat.cat/centre/index_en.htm (Stand: 12. 8. 2009).

¹⁰⁷ Vgl. http://www.termcat.cat/productes/index_en.htm (Stand: 12. 8. 2009).

adinische Sprache ist seit 1988 in der Provinz Bozen und seit 1993 in der Provinz Trient Verwaltungssprache (siehe Abschnitt 4.2.15). In Südtirol ist Ladinisch gleichgestellt mit der italienischen und deutschen Sprache.

Die Anzahl der Organisationen, die sich der Sprachrevitalisierung und Sprachpflege widmen, ist groß. Die älteste Organisation ist *Naziun Ladina*, die 1870 gegründet wurde. Es gibt auch mehrere Kulturinstitute, die eigene Bibliotheken haben (vgl. European Commission, 1996).

5.2.6.2 Die sprachpolitischen Rahmenbedingungen

Ladinisch wurde in der *Euromosaic* mit einem Gesamtwert von 20 bewertet, davon gingen 4 Punkte an die Legitimation, 3 an die Bildung und nur 2 an Prestige (Williams, 2005).

Das Büro für den Ausbau der ladinischen Sprache wurde mit dem Ziel gegründet, eine „gesamtladinische Sprache“¹⁰⁸ zu entwickeln. Der Fokus liegt bei der Erarbeitung von Neologismen und Standardisierung. Das Büro wird von vier ladinischen Kultur- und Bildungsinstitutionen unterstützt. Ladinisch ist gesetzlich auch eine der Unterrichtssprachen in den Provinzen Bolzano und Trient (Mercator Education, 2001).

5.2.6.3 Terminologiepolitik und -planung

Die Terminologieaktivitäten des Ladinischen sind angesichts der Tatsache, dass es sich um eine Sprache mit relativ wenig Sprechern handelt, recht lebhaft. Seit 1994 wird auf der Europäischen Akademie Bozen die deutsche Rechtsterminologie ausgehend aus dem Italienischen erarbeitet. In den letzten Jahren wurde zusätzlich noch an der ladinischen Rechtsterminologie gearbeitet. Das dreisprachige Informationssystem *Bistro* umfasst u. a. eine Datenbank und einen zweisprachigen sowie einen dreisprachigen Korpus von Rechtstexten.¹⁰⁹

¹⁰⁸ Vgl. <http://www.spell-termles.ladinia.net/de.html> (Stand: 19. 8. 2009).

¹⁰⁹ Vgl. http://dev.eurac.edu:8080/index/01_bistro_general_all_de.html (Stand: 18. 6. 2009).

Zwei weitere Projekte des Ladinischen, die von Bedeutung sind, sind erstens das Projekt *Linmiter*, in dem eine Online-Datenbank in sieben Sprachen, darunter auch das Ladinische, zum Thema Umwelt erstellt wurde. Im zweiten Projekt, *TermLes*, wurden für die Sprachen Ladinisch und Sardisch der Wortschatz standardisiert und die Terminologie in den Bereichen Medizin, Umwelt, Verwaltung, Architektur, Botanik, Pädagogik und Musik erarbeitet (vgl. Ties, 2008).

2. 5.2.7 Sami

5.2.7.1 Sprache und Sprachgemeinschaft

Im Fall von Sami handelt es sich, wie beim Friesischen, um keine einzelne Sprache, sondern um eine Gruppe von Sami-Sprachen, die der uralischen Sprachfamilie angehören (Lewis, 2009) und die drei Hauptvarietäten aufweisen: die Nordsami, die Zentralsami und die Südsami. Sami wird in Teilen von Schweden und Finnland (siehe Abschnitte 4.2.11 und 4.2.25), wo es auch rechtlich anerkannt ist, sowie in Norwegen und Russland gesprochen. Trotz der großen geographischen Entfernungen und starken dialektalen Prägung von Sami-Sprachen betrachten sich die Sami als ein Volk (Ándde, 2002).

5.2.7.2 Die sprachpolitischen Rahmenbedingungen

Die Situation der Sami schnitt in der Euromosaic-Studie relativ schlecht ab, da der Gesamtwert nur 13 betrug. Die Legitimation wurde mit 2 bewertet.

Das *Sami Language Board* (SLB) wurde 1997 ins Leben gerufen und ist das oberste Entscheidungsorgan in Sachen Sprache und Sprachpolitik für alle Sami-Sprachen. Die Ziele des SLB sind der Schutz und die Förderung der Sami-Sprachen (Ándde, 2002). Das SLB ist untersteht direkt den drei Sami-Parlamenten in Schweden, Finnland und Norwegen.

5.2.7.3 Terminologiepolitik und -planung

Die Literatur über die TPP für Sami ist spärlich. In der Euromosaic-Studie berichteten Kontaktpersonen, dass das SLB an der Modernisierung und Standardisierung von Sami-Sprachen arbeitet. Neologismen sowie Terminologie sollen geschaffen werden, wobei das SLB sehr konservativ und puristisch sei (Europäische Kommission, 1996). Das Sami-Parlament hat im Bereich Sprache auch die auf seine Prioritätenliste Terminologie gesetzt. Die Terminologie soll über die Grenzen vereinheitlicht werden und für Schlüsselbereiche wie Schulwesen entwickelt werden. Terminologieprojekte für das Gesundheitswesen und den Sozialsektor sollen gefördert werden.¹¹⁰

5.2.8 Sorbisch

5.2.8.1 Sprache und Sprachgemeinschaft

In der Literatur besteht weiterhin die Debatte, ob es sich beim Sorbischen um zwei Sprachen handelt, nämlich das Niedersorbische und das Obersorbische, oder um nur eine Sprache mit zwei Varianten (vgl. Lubaš, 2004). Sorbisch zählt zur westslawischen Sprachfamilie. Es wird von der Minderheit in Brandenburg und Sachsen gesprochen. 20.000 Sorben sprechen Niedersorbisch und rund 40.000 Sorben Obersorbisch.

Das erste Buch in sorbischer Sprache, das „Wendische Gesangbuch mit dem Kleinen Katechismus und dem Tauf- und Traubüchlein“ wurde 1574 veröffentlicht. Eine normierte Schriftsprache entwickelte sich erst zu Beginn des 18. Jahrhunderts. Aufgrund der sprachlichen Unterschiede sind zwei schriftliche Formen entstanden, die bis heute parallel erhalten sind.¹¹¹

¹¹⁰ Vgl. <http://www.unc.edu/~lajanda/samiiscool.ppt> (Stand: 13. 9. 2009).

¹¹¹ Vgl. <http://kulturportal.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/10306668/511149> (Stand: 20. 9. 2009)

5.2.8.2 Die sprachpolitischen Rahmenbedingungen und TPP

Die Legitimation und die Bildung des Sorbischen wurden in der Euromosaic-Studie mit jeweils 3 bewertet, das Prestige mit 2 (Williams, 2005). Weder für das Obersorbische noch für das Niedersorbische existiert eine explizite Sprachpolitik mit einem Zentralorgan, das Sprachpolitik betreibt. Das Sorbische Institut bietet Sprachberatung für Privatpersonen sowie für kommunale und kommerzielle Einrichtungen. Die Kommunikationsdomänen des Sorbischen sind begrenzt auf Familie, Kirche, wenige Medien, Schulen und Kindergärten, Vereine und kulturelle Institutionen (Jentsch, 1999). Das Institut erforscht die sorbische Sprache, Geschichte und Kultur.

Aus diesem Grund ist das Bedürfnis nach Fachkommunikation im Sorbischen nicht vorhanden, da diese Domäne von der deutschen Sprache besetzt wird. Terminologische Projekte sind rar. Jentsch (1999) führt das Beispiel des obersorbischen Fachwörterbuchs für Chemie an, das aber nie weite Verwendung fand. Seit 2001 wird am Sorbischen Institut ein deutsch-niedersorbisches Wörterbuch erarbeitet.

5.2.9 Walisisch oder Kymrisch

5.2.9.1 Sprache und Sprachgemeinschaft

Das Walisische oder das Kymrische (Welsh, Cymraeg) ist eine keltische Sprache, die in Wales eine offizielle Amtssprache ist. 19 % der Sprecher beherrschen Walisisch fließend, 33 % verstehen es (Ethnologue, 2007). Seit der Eroberung von Wales 1282 ist Walisisch eine Sprache ohne Mutterland.

Wales, im Gegensatz zu Schottland, hat kein eigenes Parlament, sondern eine Regierung, das *Welsh Assembly Government*. Die Wichtigkeit und die Beherrschung des Walisischen in der Regierung haben sich im letzten Jahrzehnt deutlich verändert. Wurde in der Euromosaic Studie von 1996 noch berichtet, dass das Walisische nur geringfügig verwendet wird und der damalige Staatssekretär (damals hieß das Organ noch Welsh Office) kein Walisisch beherrscht, so spricht der

derzeitige sogenannte First Minister fließend Walisisch. Auch die Informationen des *Welsh Assembly Government* sind auf Walisisch verfügbar.¹¹²

Walisisch wird als Unterrichtssprache auf allen Ebenen verwendet, doch das Ausmaß hängt stark von der Gemeinde ab. Auch an der Universität gibt es eine begrenzte Zahl von Lehrveranstaltungen in walisischer Sprache, doch keine aus den Naturwissenschaften (vgl. European Commission, 1996).

5.2.9.2 Die sprachpolitischen Rahmenbedingungen

Walisisch war mit einem Gesamtwert von 24 die zweithöchstbewertete RMS ohne Mutterland in der Euromosaic-Studie. Die Legitimation, die Bildung und das Prestige des Walisischen wurden mit jeweils 4 Punkten bewertet (Williams, 2005).

Mit dem 1993 erlassenen *Welsh Language Act* wurde das *Welsh Language Board* (WLB) gegründet. Die Hauptaktivität des WLB ist die Korpusplanung des Walisischen. In dem 2005 erschienenen Strategieplan haben das Korpusplanen und die neuen Technologien eine zentrale Position (vgl. Prys, 2007). Die walisische Regierung (*Welsh Assembly Government*) hat einen nationalen Plan für die Zweisprachigkeit in Wales ausgearbeitet. 60 konkrete Maßnahmen sind in drei Kategorien untergeteilt:

- “A National Policy Framework – sustaining and encouraging the growth of the Welsh Language
- The Language and the Community – promoting economically and socially sustainable communities and
- The Individual and Language Rights – encouraging individuals to learn Welsh and facilitating the use of Welsh in all aspects of life in Wales.”¹¹³

5.2.9.3 Terminologiepolitik und -planung

Das WLB steht im Mittelpunkt der TPP für das Walisische, obwohl die Institution selbst erst spät eine eigene Terminology Standardization and Translation

¹¹² Vgl. <http://wales.gov.uk/about/cabinet/cabinetm/rhodrimorgan?lang=en> (Stand 22. 7. 2009).

¹¹³ Vgl. <http://wales.gov.uk/topics/welshlanguage/policy/iaith/?lang=en> (Stand 22. 7. 2009).

Unit gründete. 1998 wurden die *Guidelines for Welsh terminology*, die 2007 revidiert wurden, auf der Basis des ISO Standards verfasst. Eine große Herausforderung für das WLB war die Terminologiarbeit für die neue Walisische Regierung Welsh Assembly Government, die 1998 gegründet wurde und 2006 die Befugnis zur Gesetzgebung erhielt. Die ISO-Standards waren dabei eine wichtige Unterstützung (vgl. Prys, 2007). Die Regierung arbeitete von Anfang an zweisprachig. Die Terminologiedatenbank des Übersetzungsdienstes TermCymru ist für die Öffentlichkeit kostenlos verfügbar.¹¹⁴ Unter den Zielen in dem oben genannten strategischen Plan des WLB war auch die Gründung einer nationalen Terminologiedatenbank. Die National Database of Welsh Terminology wurde von der Universität Bangor in Auftrag gegeben. Die Datenbank ging 2005 online.¹¹⁵

5.2.10 Sonderfall: Romani

Romani (auch Romanes) ist ein Sonderfall unter den untersuchten Sprachen, da es sich dabei um die einzige nicht-territoriale Sprache (siehe Abschnitt 4.1.2.1) handelt, die einen rechtlich anerkannten Status hat (siehe Abschnitte 4.2.24 und 4.2.26). Die Zahlen über die Sprecher von Romani sind nicht zuverlässig, da sie erstens nur geschätzt sind und zweitens eine große Diskrepanz zwischen den offiziellen und anderen Angaben darstellen. Bei der ersten Schätzung handelte es sich um lediglich 300.000 Roma, bei der zweiten um bereits ca. 1,5 Millionen in den neuen EU Mitgliedstaaten.¹¹⁶ Romani wurde wegen des schlecht zugänglichen und unzuverlässigen Datenstands aus der Euromosaic-Studie ausgeschlossen und wird aus diesem Grund auch in der vorliegenden Arbeit nicht behandelt.

5.3 Auswertung und Diskussion

In diesem Teil werden die sprachpolitischen Rahmenbedingungen und deren Einfluss auf die TPP bewertet. Die Werte der Euromosaic-Studie dienen als Basis

¹¹⁴ Vgl. <http://www.termcymru.wales.gov.uk/> (Stand: 27. 7. 2009).

¹¹⁵ Vgl. <http://www.e-gymraeg.org/bwrdd-yr-iaith/termau/default.aspx?lang=en> (Stand: 27. 7. 2009).

¹¹⁶ Vgl. http://ec.europa.eu/education/languages/pdf/doc643_en.pdf (Stand: 6. 9. 2009).

für die Bewertung der Rahmenbedingungen. Dabei werden zur Vollständigkeit alle sieben Variablen berücksichtigt. Für die Bewertung der TPP wird eine vierstufige Skala mit folgenden Werten verwendet:

- 0: TPP-Projekte stehen aus, keine explizite TPP vorhanden
- 1: vereinzelte Terminologieprojekte, keine explizite TPP vorhanden
- 2: regelmäßige Terminologieprojekte, keine explizite TPP vorhanden
- 3: regelmäßige, systematische Terminologieprojekte, vorhandene Institution für TPP, explizite TPP

Sprache	Bewertung der Terminologiepolitik und -planung
Baskisch	3
Friesisch	1
Galicisch	2
Gälisch	1
Katalanisch	3
Ladinisch	2
Sami	1
Sorbisch	0
Walisisch	3

Tabelle 5: Die Bewertung der TPP der neun untersuchten RMS.

In Tabelle 6 sind die Bewertungen der TPP der einzelnen RMS dargestellt. Der höchste Wert wurde den TPP für die baskische, katalanische und walisische Sprache zugeteilt. Im Fall dieser Sprachen handelt es sich um explizite TPP, die von einer zentralen Stelle geleitet werden. Zwei RMS, nämlich das Ladinische

und das Galicische, erhielten den Wert 2. In beiden Fällen wurde der Bedarf nach TPP zwar identifiziert, doch es besteht keine explizite TPP. Terminologieprojekte werden regelmäßig durchgeführt. Die TPP des Friesischen, Gälischen und Sami wurde mit 1 bewertet. Für diese RMS werden zwar Terminologieprojekte durchgeführt, doch auf keiner kontinuierlichen Basis. Es besteht keine explizite TPP. Nur eine Sprache, das Sorbische, wurde mit 0 bewertet. Die Terminologearbeit für diese RMS ist unterentwickelt und es besteht keine explizite TPP.

In Abbildung 5 werden die Werte der neun TPP der Summe der sieben Variablen gegenübergestellt, die in der Euromosaic-Studie untersucht wurden und die als Grundlage für die sprachplanerischen Rahmenbedingungen in der vorliegenden Arbeit dienen.

Die drei RMS, denen in der Euromosaic-Studie die höchsten Werte zugeteilt wurden (Baskisch, Katalanisch, Walisisch), wurden auch mit dem höchsten Wert für die TPP bewertet. Galicisch und Ladinisch, deren TPP mit 2 bewertet wurde, weisen laut der Euromosaic-Studie auch vergleichbare Rahmenbedingungen auf. Die Sprachen, die mit 1 bewertet wurden sind Friesisch, Gälisch und Sami. Die friesische und gälische Sprache wurden in der Euromosaic-Studie vergleichbar bewertet, sie unterscheiden sich aber in der Variable Legitimation, die bei dem Gälischen höher ist. Die Situation von Sami wurde in der Euromosaic-Studie mit 10 niedrig, bewertet, jedoch bestehen Ansätze für eine TPP, und aus diesem Grund wurde Sami mit 1 bewertet. Das Sorbische, das in der Euromosaic Studie mit 14 bewertet wurde, wurde für dessen TPP als einzige RMS mit dem Wert 0 eingeschätzt.

Aus der Abbildung 5 ist die Korrelation zwischen den Rahmenbedingungen und dem Stand der TPP klar ersichtlich. Die RMS, die gut entwickelte Sprachpolitiken haben, weisen auch einen hohen Grad der Entwicklung der TPP auf.

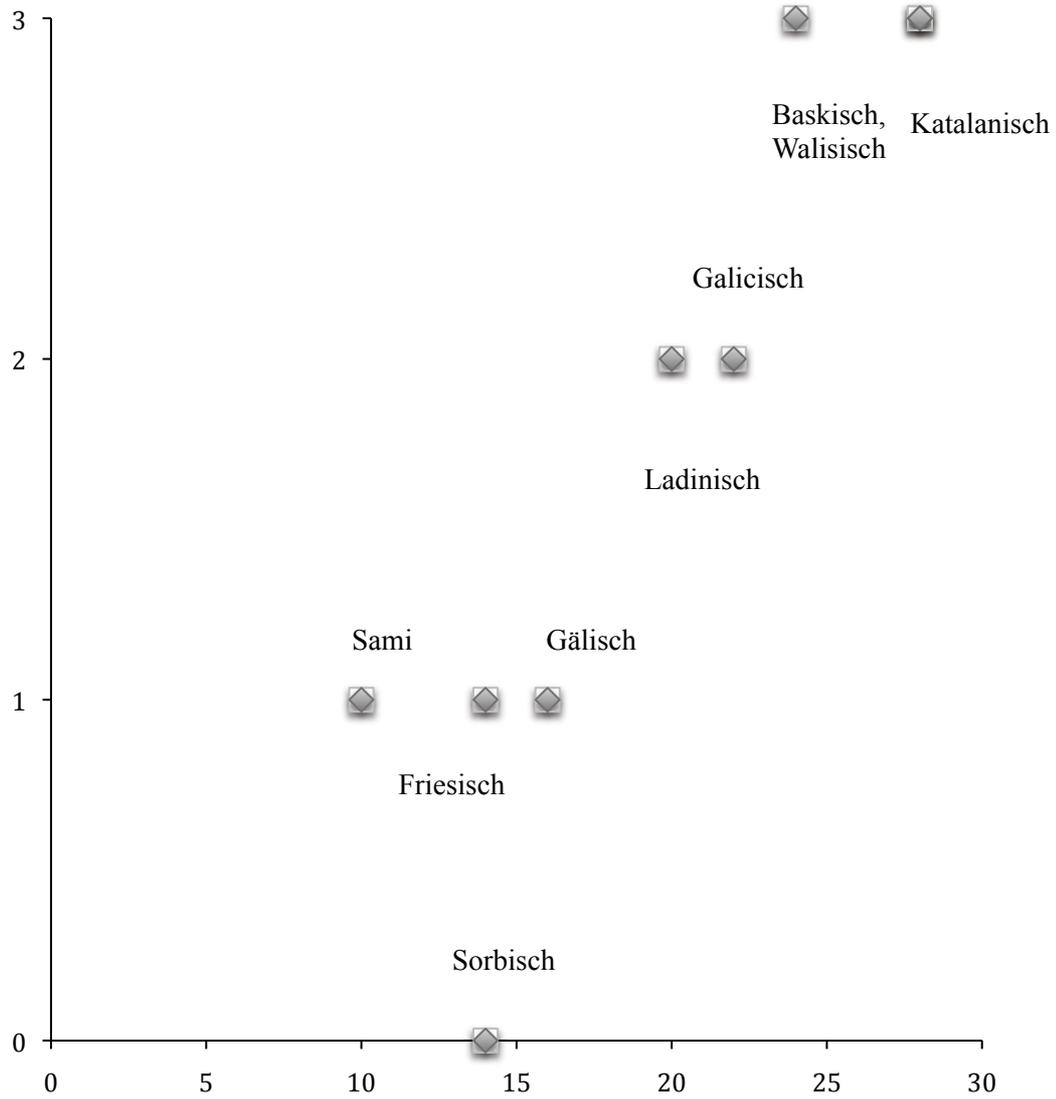


Abbildung 4: Die Rahmenbedingungen der neun untersuchten RMS und deren TPP.

6 CONCLUSIO UND AUSSICHTEN

In der vorliegenden Arbeit wurde der Stand der Terminologiepolitik und -planung mit besonderer Berücksichtigung der Relation zur traditionellen Sprach(en)politik und -planung untersucht. Im Kapitel 2 wurde die Problematik der Definitionen von Minderheiten und Regional- und Minderheitensprachen diskutiert. Ein Überblick über die Entwicklung des Rechtsschutzes für die RMS im internationalen Recht und in den Legislaturen der einzelnen Mitgliedstaaten der EU wurde dargestellt. Letztendlich wurden die Rahmenbedingungen für mögliche Terminologiepolitik und -planung deskriptiv erläutert und terminologiepolitische bzw. terminologieplanerische Tendenzen und die expliziten sowie die impliziten Erscheinungsformen der TPP identifiziert.

Kehrt man zum ersten Punkt der Ausgangshypothese zurück, sieht man, dass die Relation zwischen der Terminologiepolitik und -planung in der Literatur nicht eindeutig genug belegt ist. Die Brauchbarkeit einer Unterscheidung ist zwar leicht anzuzweifeln, doch eine klare Unterscheidung zwischen der abstrakten Ebene der Terminologiepolitik und den konkreten Maßnahmen der Terminologieplanung könnte dazu dienen, dass nicht nur die abstrakte Politik ausformuliert wird und dass auf einen konkreten Realisierungsplan, wie es teilweise im Galicischen passiert ist, nicht vergessen wird.

Die zweite Annahme in der Ausgangshypothese hat sich als richtig erwiesen: Die Definitionen der Sprach(en)politik und -planung reichen von sehr restriktiven zu so weit wie möglich offenen, wie etwa bei Cooper (1989). Bei einer solchen Breite von theoretischen Ansätzen an beiden Seiten der Gleichung sind alle möglichen Ergebnisse als richtig anzunehmen. An konkreten Beispielen im Kapitel 5 konnte man die Tendenz der meisten Sprachen erkennen, und zwar dass die TPP der SPP untergeordnet oder als ein Teil der SPP behandelt wird.

Die soziolinguistischen, politischen, sprachplanerischen und geschichtlichen Ausgangssituationen der untersuchten Sprachen sind sehr unterschiedlich. Infolgedessen sind auch die Tendenzen und Erscheinungsformen der TPP sehr vielseitig. Als gemeinsamen Nenner kann man die Gründung einer Institution ausma-

chen, deren Hauptbereich die Terminologie ist (z. B. TERMCAT für das Katalanische). Die Annahme, dass günstige Rahmenbedingungen positive Auswirkung auf die Entwicklung der TPP haben, wurde bewiesen. Es wurden drei Beispiele für explizite TPP identifiziert.

Angesichts der Ansätze und Umsetzungen der TPP, die vonseiten des Staates initiiert und in der vorliegenden Arbeit vorgestellt wurden, sollte man nicht auf die zahlreichen Projekte und Programme vergessen, die aus dem Privatsektor stammen und von Unternehmen und NGOs durchgeführt werden. Ein weiterer vorstellbarer Gegenstand für zukünftige Untersuchungen könnten die RMS sein, die keinen offiziellen Status haben und in der vorliegenden Arbeit nicht untersucht worden.

Die TPP ist ein Forschungsgebiet, das noch viele Möglichkeiten bietet und noch mehr Fragen öffnet. Von der internationalen Norm ISO 29383 wird viel erwartet, und man kann hoffen, dass sie die Fragen der Forscher und vor allem der Träger und Agenten der TPP in den RMS beantworten wird. Mit der Entwicklung der TPP entsteht auch der Bedarf nach Ausbildung und Training in diesem Bereich, sowohl für die Träger als auch für die Zielgruppe der Terminologiepolitik.

7 BIBLIOGRAPHIE

7.1 Literaturverzeichnis

Aarsleff, H. et al. (Hrsg.). (1987). *Papers in the history of linguistics*. Amsterdam: Benjamins.

Abbi, A. (2000). Forgotten Indian heritage: Languages of minority communities of India. In O. N. Koul & L. Devaki (Hrsg.), *Linguistic heritage of India and Asia* (S. 1312-1315). Manasagangotri: Central Institute of Indian Languages.

Ager, D. E. (2001). *Motivation in language planning and language policy*. Clevedon/ Buffalo: Multilingual Matters.

Ahmad, K. (1997). Terminology management and knowledge processing in lesser-used languages. In UZEI; HAEE-IVAP (Hrsg.), *International Congress on Terminology Danostia*: UZEI; HAEE-IVAP. Online Version ist verfügbar unter: <http://www.uzei.com/antbuspre.asp?Cod=2459&nombre=2459&orden=Verdadero&sesion=1347> (Stand: 20.9.2009).

Alberts, M.(2006). *National language and terminology policies – a South African perspective*. Präsentation verfügbar unter: http://www.infoterm.info/pdf/activities/Alberts_TerminologyPlanninginSouthAfrica.pdf (Stand: 17.9.2009).

Alberts, M.(2008). National language and terminology policies - a South African perspective. *eDITion* 1/2008. Online Version verfügbar unter: http://www.iim.fh-koeln.de/dtt/Dokumente/edition_2008_1_web_artikel/edition_2008_1_alberts.pdf (Stand: 20.9.2009).

Ammon, U. (1995). *Die deutsche Sprache in Deutschland, Österreich und der Schweiz: Das Problem der nationalen Varietäten*. Berlin/New York: de Gruyter.

Ammon, U. (2000). Sprachenpolitik. In H. Glück (Hrsg.), *Metzler Lexikon Sprache* (S. 668). Stuttgart/ Weimar: Metzler.

Ammon, U. et al. (Hrsg.). (2004). *Sociolinguistics: An international handbook of the science of language and society*. Berlin: Mouton de Gruyter.

Albrecht, J., & Baum, R. (Hrsg.). (1992). *Fachsprache und Terminologie in Geschichte und Gegenwart*. Tübingen: Narr.

Ándde, S.A. (2002). *Regional characteristics of Sápmi and the Sami people*. Präsentation bei der Konferenz „The Regional Identity of Ethnic Groups in Europe“. Online Version verfügbar unter: http://www.fuen.org/pdfs/20020614Saami_Sara.pdf (Stand: 20.9.2009).

Antia, B. E. (2000). *Terminology and language planning, An alternative framework of practice and discourse*. Amsterdam: Benjamins.

Arhammar, N. (2007). Das Nordfriesische, eine bedrohte Minderheitensprache in zehn Dialekten: eine Bestandsaufnahme. In H.H. Munske (Hrsg.), *Sterben die Dialekte aus? Vorträge am Interdisziplinären Zentrum für Dialektforschung an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg*, 22.10.-10.12.2007. Online Version verfügbar unter: <http://www.dialektforschung.phil.uni-erlangen.de/sterbendialekte> (Stand: 12.9.2009).

Arntz, R., & Picht, H. (1991). *Einführung in die Terminologearbeit*. Hildesheim: Olms.

Auger, P. (1988). *La terminologie au Québec et dans le monde, de la naissance à la maturité*. Vortrag bei dem Sixième colloque OLF-STQ de terminologie. L'ère nouvelle de la terminologie., Québec.

Azkarate, M. (1999). Steps towards the Modernization of Basque: Challenges of a Standardized Lexicon. In G. Spiess (Hrsg.), *Modernisierung des Wortschatzes europäischer Regional- und Minderheitensprachen* (S. 19-28). Tübingen: Narr.

Baker, M. (Hrsg.). (2001). *Routledge encyclopedia of translation studies*. London: Routledge.

Baldauf, R. B. (1994). "Unplanned" language policy and planning. *Annual Review of Applied Linguistics* (14): S. 82-89.

Baldauf, R. B. (Hrsg.). (2006). *Language planning and policy in Europe: The Czech Republic, the European Union, and Northern Ireland (Vol. 2)*. Clevedon: Multilingual Matters.

Baum, R. (1992). Die Revolution der Chemie im Spiegel der Sprache: Das terminologische Manifest Antoine Laurent Lavoisier von 1787. In R. Baum & J. Albrecht (Hrsg.), *Fachsprache und Terminologie in Geschichte und Gegenwart* (S. 145-156). Tübingen: Narr.

Beswick, J. E. (2007). *Regional nationalism in Spain; language use and ethnic identity in Galicia*. Clevedon: Multilingual Matters.

Blumenwitz, D. (1996). Das Recht auf Gebrauch der Minderheitensprache: Gegenwärtiger Stand und Entwicklungstendenzen im europäischen Völkerrecht. In K. Bott-Bodenhausen (Hrsg.), *Unterdrückte Sprachen: Sprachverbote und das Recht auf Gebrauch der Minderheitensprachen*. (S. 159-202). Frankfurt am Main: Lang.

- Bochmann, Klaus (1993). *Sprachpolitik in der Romania: Zur Geschichte sprachpolitischen Denkens und Handelns von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart*. Berlin: Mouton de Gruyter.
- Bott-Bodenhausen, K. (Hrsg.). (1996). *Unterdrückte Sprachen: Sprachverbote und das Recht auf Gebrauch der Minderheitensprachen*. Frankfurt am Main: Lang.
- Budin, G., & Felber, H. (1989). *Terminologie in Theorie und Praxis*. Tübingen: Narr Verlag.
- Bugarski, R. (1992). Language situation and general policy. In R. Bugarski & C. Hawkesworth (Hrsg.), *Language planning in Yugoslavia* (S. 14-30). Columbus: Slavica Publishers.
- Bugarski, R. & Hawkesworth, C. (Hrsg.). (1992). *Language planning in Yugoslavia*. Columbus: Slavica Publishers.
- Busch, B. & Kelly-Holmes, H. (Hrsg.). (2004). *Language, discourse and borders in the Yugoslav Successor States*. Clevedon: Multilingual Matters.
- Bußmann, H. (1990). *Lexikon der Sprachwissenschaft*. Stuttgart: Kröner.
- Cabré, M.T. (1992). *Terminology: theory, methods and applications*. Amsterdam: Benjamins.
- CEDIM-SE (2001). *Roma in Romania*. CEDIM-SE. Online Version ist verfügbar unter: <http://www.greekhelsinki.gr/pdf/cedime-se-romania-roma.doc> (Stand: 20-9-2009).
- Cobarrubias, J., & Fishman, J. A. (Hrsg.). (1983). *Progress in language planning: International perspectives* (Vol. 31). Berlin: Mouton de Gruyter.
- Colomer, R., & Cuadrado, S. (2008). Catalan Terminological Planning: a Model Based on Social Participation. EAFT (Hrsg.), *Special EAFT seminar: Minority languages and terminology policies, Proceedings. 27-28 July 2007* (S. 103-112). Vienna: TermNet Publisher.
- Coluzzi, P. (2007). *Minority language planning and micronationals in Italy*. Bern: Peter Lang.
- Cooper, R. L. (1989). *Language planning and social change*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Corbeil, J.-C. (1997). La terminologie: une discipline au service d'objectifs multiples. In UZEI; HAEE-IVAP (Hrsg.), *International Congress on Terminology Danostia*: UZEI; HAEE-IVAP. Online Version verfügbar unter: <http://www.uzei.com/Modulos/UsuariosFtp/Conexion/archivos94A.pdf> (Stand: 19.9.2009).

Corbeil, J.-C. (2003). *Planning a Language. The French language in Québec: 400 Years of history and life*. Verfügbar unter:
<http://www.cslf.gouv.qc.ca/publications/PubF156ang/Addendum%20to%20third%20eDITION/Complement%20103/C103Reference%20Works.pdf> (Stand: 13.7.2009).

Coulmas, F. (1985). *Sprache und Staat: Studien zur Sprachplanung und Sprachpolitik*. Berlin: Gruyter.

Coulmas, F. (1991). European Integration and the Idea of the National Language Ideological Roots and Economic Consequences. In F. Coulmas (Hrsg.), *A Language policy for the European Community - Prospects and quandaries* (S. 1-44). Berlin: Mouton de Gruyter.

Coulmas, F. (Hrsg.). (1991). *A language policy for the European Community: Prospects and quandaries* (Vol. 61). Berlin: Mouton de Gruyter.

Coulmas, F. (Hrsg.). (1997). *The handbook of sociolinguistics*. Oxford: Blackwell.

Crystal, D. (1997). *English as a global language*. Cambridge: Cambridge University Press.

Daoust, D. (1997). Language Planning and Language Reform. In F. Coulmas (Hrsg.), *The handbook of sociolinguistics*. Oxford: Blackwell.

Diaz de Lezana, A. (2007). La Politique Terminologique du Gouvernement Basque. In: EAFT (Hrsg), *Special EAFT Seminar: Minority languages and terminology policies, Proceedings* (S. 81-88). 27-28 July 2007. Vienna: TermNet Publisher.

DIN 2342 (1992). *DIN 2342/1 Begriffe der Terminologielehre, Grundbegriffe*. Deutsches Institut für Normung.

Drame, A. (2007a). *Terminology policies: International research and activities*. Vortrag bei dem Special EAFT Seminar on Terminology Policies and Minority Languages, Dublin.

Drame, A. (2007b). Terminology Policies and Minority Language Planning. EAFT (Hrsg), *Special EAFT Seminar: Minority languages and terminology policies, Proceedings*. 27-28 July 2007 (S. 151-160). Vienna: TermNet Publisher.

Drame, A. (2008). Terminologieplanung ist mehr als Sprachplanung - und betrifft (fast) jeden. *eDITion*, 1/2008. Online Version verfügbar unter: http://www.iim.fh-koeln.de/dtt/Dokumente/edition_2008_1_web_artikel/edition_2008_1_drame.pdf (Stand: 20.9.2009).

Dubuc, R. (1985). *Manuel pratique de terminologie*. Brossard: Linguatech.

Dunne, K.J. (Hrsg.). (2006). *Perspectives on localization*. Amsterdam: John Benjamins.

- EAFI (2002). *Brussels Declaration – for international cooperation on terminology*. Verfügbar online unter: <http://www.eaft-aet.net/fileadmin/files/declaration/en.pdf> (Stand 14. 7. 2009).
- EAFI (Hrsg.). (2007). *Special EAFI Seminar: Minority languages and terminology policies, Proceedings*. 27-28 July 2007. Vienna: TermNet Publisher.
- EBLUL. (1995). *Key words: A step into the world of lesser used languages*. Dublin: European Bureau for Lesser-Used Languages.
- European Commission (1996). *Euromosaic: The production and reproduction of the minority language groups in the European Union*. Brussels: European Commission. Online verfügbar unter: http://ec.europa.eu/education/languages/archive/languages/langmin/euromosaic/index_en.html (Stand: 18.9.2009).
- Edwards, J. (1995). *Multilingualism*. London: Penguin Books.
- Extra, G., & Gorter, D. (Hrsg.). (2001). *The other languages of Europe*. Clevedon: Multilingual Matters.
- Ferguson, C.A. (1968). Language development. In J.A. Fishman, C.A. Ferguson, and J. Das Gupta (Hrsgs), *Language problems of developing nations* (S. 27-35). New York: John Wiley.
- Fettes, M. (1997). Language planning and education. In R. Wodak & D. Corson (Hrsg.), *Encyclopedia of language and education* (S. 13-22). Dordrecht: Kluwer.
- Fishman, J. A. (1972). Domains and the relationship between micro- and macrolinguistics. In J. Gumperz & D. Hymes (Hrsg.), *Directions in sociolinguistics, The ethnography of speaking* (S. 435-453). New York: Holt.
- Fishman, J. A. (Hrsg.). (1974). *Advances in language planning*. The Hague: Mouton de Gruyter.
- Fishman, J. A. (Hrsg.). (1978). *Advances in the study of societal multilingualism*. The Hague: Mouton.
- Fishman, J. A. (1997). Language and ethnicity: The view from within. In F. Coulmas (Hrsg.), *The handbook of sociolinguistics* (S.327-343). Oxford: Blackwell.
- Fishman, J. A. et al. (1991). A methodological check on three cross-polity studies of linguistic homogeneity/heterogeneity. In M. E. McGroarty & C. J. Faltis (Hrsg.), *Languages in school and society: policy and pedagogy* (S. 21-30). New York: Mouton de Gruyter.
- Fishman, J. A., Ferguson, C. A., & Das Gupta, J. (Hrsg.). (1968). *Language Problems of Developing Nations*. New York: John Wiley.

Galinski, C. (2006). *Terminology policies: Standardization. Preconference workshop on terminology policies*. Präsentation verfügbar unter:
http://www.infoterm.info/pdf/activities/Galinski_Standardization.pdf (Stand: 19.9.2009).

Galinski, C. (2009). History of ISO/TC 37 and Infoterm. *eDITion*, 2009(2): S. 19-23.
Online Version verfügbar unter: <http://www.iim.fh-koeln.de/dtt/edition-2009-2-galinski-christian-web.pdf> (Stand: 20.9.2009).

Galinski et al. (1999). Terminologieplanung und Sprachplanung. In: L. Hoffmann et al. (Hrsg.), *Fachsprachen: ein internationales Handbuch zur Fachsprachenforschung und Terminologiewissenschaft* (S. 2207-2215), (Vol. 2). Berlin/New York: Mouton de Gruyter.

Gélinas-Suprenant, H., & Hussman, E. (1993). Terminology: A New Profession in a Canadian Context. In R. A. Strehlow & S. E. Wright (Hrsg.), *Standardizing terminology for better communication: Practice, applied theory, and results* (S. 22-29). Philadelphia: American Society for Testing Materials.

Giordan, H. (Hrsg.). (2005). *Les minorités en Europe*. Paris: Kimé.

Glück, H. (2000). *Metzler Lexikon Sprache*. Stuttgart/ Weimar: Metzler.

Gorter, D. (2001). Mercator-Education: Documentation and Research on Minority Languages. In P. H. Nelde & R. Rindler Schjerve (Hrsg.), *Minorities and language policy* (S. 155-163). St. Augustin: Asgard.

Gorter, D. et al. (2001). Frisian in the Netherlands. In G. Extra & D. Gorter (Hrsg.), *The other languages of Europe*. Clevedon: Multilingual Matters.

Grin, F. et al. (2002). *Support for minority languages in Europe*. Verfügbar unter:
http://ec.europa.eu/education/languages/pdf/doc639_en.pdf (Stand 14.9.2009).

Grin, F. et al. (2003). *Language policy evaluation and the European Charter for Regional or Minority Languages*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Grzeszczak, R. (2008). *Die Standards beim Schutz der nationalen Minderheiten in Europa - die rechtlichen und politischen Aspekte*. Verfügbar unter: <http://www.uni-marburg.de/studium/res/Europastudien/inhalt> (Stand: 15.9.2009).

Gugenberger, E. (Hrsg.). (2003). *Vielsprachiges Europa: Zur Situation der regionalen Sprachen von der Iberischen Halbinsel bis zum Kaukasus* (Vol. 2). Frankfurt am Main: Lang.

Gumperz, J., & Hymes, D. (Hrsg.). (1972). *Directions in sociolinguistics. The ethnography of speaking*. New York: Holt.

- Haarmann, H. (1988). Sprachen- und Sprachpolitik. In Ammon, Ulrich et al. (Hrsg.), *Sociolinguistics: An international handbook of the science of language and society* (S. 1660-1678). Berlin: Mouton de Gruyter.
- Haarmann, H. (1990). Language planning in the light of a general theory of language: a methodological framework. *International Journal of the Sociology of Language*(86): S.103-126.
- Haarmann, H. (2004). Geschichte der Anwendung der Soziolinguistik. In U. Ammon et al. (Hrsg.). (2004). *Sociolinguistics: An international handbook of the science of language and society*. Berlin: Mouton de Gruyter.
- Haberland, H. (2005). Domain and domain loss. In B. Preisler et al. (Hrsg.), *Consequences of mobility*. Roskilde: Roskilde University.
- Hartmann, R. R. K., & James, G. (2001). *Dictionary of lexicography*. London: Routledge.
- Haugen, E. (1959). Language planning in modern Norway. *Anthropological Linguistics*, (1): S. 8-21. Reproduziert in J.A.Fishman (Hrsg.) (1968). *Readings in the sociology of language* (S. 673-87). The Hague; Mouton.
- Haugen, Einar (1966). Linguistics and language planning. In William Bright (Hrsg.), *UCLA Sociolinguistics conference*. The Hague: Mouton & Co.
- Haugen, E. (1983). The implementation of corpus planning: theory and practice. In J. Cobarrubias and J.A. Fishman (Hrsgs.), *Progress in language planning* (S. 269-289). Berlin: Mouton.
- Hellinger, M. & Pauwels, A. (Hrsg.). (2007). *Language and communication: Diversity and change. Handbooks of applied linguistics*. Berlin: Mouton de Gruyter.
- Hoffmann, L. et al. (Hrsg.). (1999). *Fachsprachen: ein internationales Handbuch zur Fachsprachenforschung und Terminologiewissenschaft* (Vol. 2). Berlin/New York: Mouton de Gruyter.
- Hutchinson, S. & Smith, A. D. (Hrsg.). (1996). *Ethnicity*. Oxford: Oxford University Press.
- IATE (2007). *Die mehrsprachige Terminologiedatenbank der EU*. Verfügbar unter: http://iate.europa.eu/iatediff/brochure/IATEbrochure_DE.pdf (Stand: 19.9.2009)
- Infoterm/UNESCO. (2005). *Guidelines for terminology policies: Formulating and implementing terminology policy in language communities*. Verfügbar unter: <http://unesdoc.unesco.org/images/0014/001407/140765e.pdf>
- Interarts. (2004). *Ex-post evaluation of activities in the field of regional and minority languages 1998-2002*. Brussels: European Commission. Online Version verfügbar unter: http://ec.europa.eu/education/languages/pdf/doc635_en.pdf (Stand 10.9.2009).

- ISO. (2004). *50 Years ISO/TC 37 "Terminology and other language resources"*: International Organization for Standardization. Dokument Nr. ISO/TC 37 N 499.
- Jensdottir, R. (2004). *The Council of Europe Language Charter – perspectives, impact and effectiveness*. II Mercator International Symposium: Europe 2004: A new framework for all languages?, Tarragona.
- Jentsch, H. (1999). *Die Entwicklung der Lexik der obersorbischen Schriftsprache vom 18. Jahrhundert bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts*. Bautzen: Domowina-Verlag.
- Jernudd B. (1977). Linguist sources for terminological innovation. In: J. Rubin et al. (Hrsg.), *Language Planning Processes*. The Hague: Mouton de Gruyter.
- Jernudd B. & Das Gupta, J. (1971). Towards a theory of language planning. In J. Rubin & B. Jernudd (Hrsg.), *Can language be planned?* (S. 195-215). Honolulu: University of Hawaii Press.
- Joseph, J. E. (2006). *Language and Politics*. Edinburgh: Springer.
- Kabatek, J. (1992). Der Normstreit in Galicien. Versuch einer Erklärung. *Lusorama* (18): S. 65-83.
- Kaplan, R. B., & Baldauf, R. B. (1997). *Language planning: From practice to theory*. Clevedon: Multilingual Matters.
- Kaplan, R. B., & Baldauf, R. B. (Hrsg.). (1999a). *Language planning in Malawi, Mozambique and the Philippines*. Clevedon: Multilingual Matters.
- Kaplan, R. B., & Baldauf, R. B. (Hrsg.). (1999b). *Language planning in Nepal, Taiwan and Sweden*. Clevedon: Multilingual Matters.
- Karam, F. X. (1974). Toward a definition of language planning. In J. A. Fishman (Hrsg.), *Advances in language planning* (S. 104-123). The Hague: Mouton de Gruyter.
- Karsch, B.I. (2006). Terminology workflow in localization proces. In: K.J. Dunne (Hrsg.), *Perspectives on localization* (S. 173-190). Amsterdam: John Benjamins.
- Kloss, H. (1967). Abstand languages and Ausbau languages. *Anthropological Linguistics* (9): S. 29-41.
- Kloss, H. (1978). *Die Entwicklung neuer germanischer Kultursprachen seit 1800*. Düsseldorf: Schwann.
- Koul, O. N., & Devaki, L. (Hrsg.). (2000). *Linguistic heritage of India and Asia*. Manasagangotri, Mysore: Central Institute of Indian Languages.
- Kremnitz, G. (1997). *Die Durchsetzung der Nationalsprachen in Europa*. Münster/New York: Waxmann.

- Kronenthal, M. (2003). *From rhetoric to reality? A critical assessment of EU minority language policy and practice*. Ciemen Mercator Working Paper. Verfügbar unter: www.aber.ac.uk/mercator/images/Kronenthal.pdf (Stand: 19.9.2009).
- KÜDES. (2002). *Empfehlungen für die Terminologearbeit*. Verfügbar unter http://www.bk.admin.ch/dokumentation/publikationen/00292/00542/index.html?download=M3wBPgDB_8ull6Du36WenojQ1NTTjaXZnqWfVpzLhmfhnappmmc7Zi6rZnqCkkIN1gXyCbKbXrZ6lhuDZz8mMps2gpKfo&lang=de (Stand 13.7.2009).
- Kymlicka, W., & Patten, A. (Hrsg.). (2003). *Language rights and political theory*. Oxford: Oxford University Press.
- Laurén, C. & Picht, H. (Hrsg.). (1993). *Ausgewählte Texte zur Terminologie*. Wien: TermNet.
- Laurén, C. & Picht, H. (1993). Vergleich der terminologischen Schulen. In C. Laurén & H. Picht (Hrsg.), *Ausgewählte Texte zur Terminologie* (S. 493–536). Wien: TermNet.
- L'Homme, M.-C. (2006). A Look at some Canadian Contributions to Terminology. In H. Picht (Hrsg.), *Modern approaches to terminological theories and applications* (S. 55-75). Bern: Peter Lang.
- Lewis, P.M. (Hrsg.). (2009). *Ethnologue: Languages of the World. Dallas: SIL International*. Online verfügbar unter: <http://www.ethnologue.com/>.
- Liddicoat, A.J. (Hrsg.) (2007). *Language Planning and Literacy*. Clevedon: Multilingual Matters.
- MacKay, S. L., & Hornberger, N. H. (Hrsg.). (1996). *Sociolinguistics and language teaching*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Maurais, J. (1993). Terminology and language planning. In H. B. Sonneveld & K. L. Loening (Hrsg.), *Terminology. Applications in interdisciplinary communication* (S. 111-125). Amsterdam: John Benjamins.
- May, S. (2000). Uncommon languages:: The challenges and possibilities of minority language rights. *Journal of Multilingual and Multicultural Development*, 21(5), S. 366-385.
- May, S. (2001). *Language and minority rights*. Harlow: Longman.
- May, S. (2002). Developing greater ethnolinguistic democracy in Europe: minority language policies, nation-states, and the question of tolerability. In P. Nelde et al. (Hrsg.), *Sprachpolitik und kleine Sprachen: Language policy and small languages: L'aménagement linguistique et les langues modiques* (S. 1-13). Tübingen: Niemeyer.

- May, S. (2007). Language policy and minority rights. In T. Ricento (Hrsg.), *An introduction to language policy: Theory and method* (S. 255-275). Oxford: Blackwell Publishing.
- McGroarty, M. E., & Faltis, C. J. (Hrsg.). (1991). *Languages in school and society: policy and pedagogy*. New York: Mouton de Gruyter.
- Mehlich, D. et al. (2003). *Nationale Sprachpolitik und europäische Integration*. München: forost.
- Mercator-Education (2001). *Ladin: The Ladin language in education in Italy*. Leeuwarden: Mercator-Education. Online Version verfügbar unter: http://www1.fw.knaw.nl/mercator/regionale_dossiers/PDFs/ladin_in_italy.pdf (Stand: 20.9.2009).
- Milligan, L. (2007). *A systems model of language planning*. Vortrag bei dem CamLing 2007 (S. 192-198). Verfügbar unter: http://www.ling.cam.ac.uk/camling/Manuscripts/CamLing2007_Milligan.pdf (Stand: 2.9.2009).
- Modeen, T. (1969). *The international protection of national minorities in Europe*: Abo: Abo Akademi University.
- Munske, H.H. (Hrsg.): *Sterben die Dialekte aus? Vorträge am Interdisziplinären Zentrum für Dialektforschung an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, 22.10.-10.12.2007*. Verfügbar unter: <http://www.dialektforschung.phil.uni-erlangen.de/sterbendialekte> (Stand: 12.9.2009).
- Myking, Johan (1997). Standardization and language planning of terminology: The Norwegian experience. In UZEI; HAEE-IVAP (Hrsg.), *International Congress on Terminology Donostia*: UZEI; HAEE-IVAP: 227-246. Online Version verfügbar unter: <http://www.uzei.com/Modulos/UsuariosFtp/Conexion/archivos15A.pdf> (Stand: 27.8.2009).
- Nahir, M. (1998). Micro language planning and the revival of Hebrew: A schematic framework. *Language in Society* (27), S. 335-357.
- Nelde, P. (Hrsg.). (2002). *Sprachpolitik und kleine Sprachen: Language policy and small languages: L'aménagement linguistique et les langues modiques*. Tübingen: Niemeyer.
- Nelde, P. (2003). Mehrsprachigkeit und Minderheiten in Europa. In E. Gugenberger (Hrsg.), *Vielsprachiges Europa* (S. 15-29). Frankfurt am Main: Lang.
- Nelde, P. et al. (Hrsg.). (2001). *Minorities and language policy: Minderheiten und Sprachpolitik: Minorités et l'aménagement linguistique*. St. Augustin: Asgard.
- Neustupny, J. (1970). Basic types of treatment of language problems. *Linguistic Communications* (1), S. 77-98.

- Nic Shuibhne, N. (1996). The impact of European law on linguistic diversity. *Irish Journal of European Law*, 5(1), S. 62-80.
- Nic Shuibhne, N. (2001). The European Union and minority language rights: Respect for cultural and linguistic diversity. *Journal on Multicultural Societies* (3): S. 61-77. Online Version verfügbar unter: http://portal.unesco.org/shs/en/ev.php-URL_ID=2724&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=2201.html (Stand: 2.7.2009).
- Nic Shuibhne, N. (2002). *EC law and minority language policy*. Boston: Kluwer Law International.
- Niederehe, H. J. (1987). La Lexicografía española desde los principios hasta el año 1599. In H. Aarsleff et al. (Hrsg.), *Papers in the history of linguistics* (S.157 ff). Amsterdam: Benjamins.
- Noss, R. (1967). *Language policy and higher education*. Paris: UNESCO.
- Nyati-Ramahobo. (1998). *The national language: A resource or a problem. Implementation of the language policy in Botswana*. Gaborone: Pula Press.
- Nyati-Ramahobo, L. (2004). The Language Situation in Botswana. In R. B. Baldauf & R. B. Kaplan (Hrsg.), *Language planning and policy in Africa: Botswana, Malawi, Mozambique and South Africa* (S. 21-78), Vol. 1. Clevedon: Multilingual Matters.
- Ó Corráin, A. (Hrsg.). (1998). *Minority languages in Scandinavia, Britain and Ireland* (Vol. 3). Uppsala: Almqvist & Wiksell.
- O'Reilly, C.C. (2001). Introduction: Minority languages, ethnicity and the state in the European Union. In: C.C. O'Reilly (Hrsg.), *Language, ethnicity and the state. Vol. 1: Minority languages in the European Union* (S. 1-19). Hampshire: Palgrave.
- O'Reilly C.C. (Hrsg.). (2001). *Language, ethnicity and the state. Vol. 1: Minority languages in the European Union*. Hampshire: Palgrave.
- Ó Riagáin, D. (2001). Many tongues but one voice: a personal overview of the role of the European Bureau for Lesser Used Languages in promoting Europe's regional and minority languages. In C. C. O'Reilly (Hrsg.), *Language, ethnicity and the state, Volume 1: Minority languages in the European Union*. Hampshire: Palgrave Macmillan.
- Ohnheiser, I. et al. (Hrsg.). (1999). *Sprachen in Europa. Sprachsituation und Sprachpolitik in europäischen Ländern* (Vol. 30). Innsbruck: Inst. für Sprachwissenschaft der Universität Innsbruck.
- Onyango, J. O. (2005). Issues in national language terminology development in Kenya. *Swahili Forum*(12): S. 219-234.
- OSZE. (2005). *Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten*. Den Haag: OSZE.

- Paulston, C. B. (1997). Language policies and language rights. *Annual Review of Anthropology* (26): S. 73-85.
- Paulston, C. B. (1998). Introduction. In C. B. Paulston & D. Peckman (Hrsg.), *Linguistic Minorities in Central and East Europe*. Clevedon: Multilingual Matters.
- Paulston, C. B., & Peckman, D. (Hrsg.). (1998). *Linguistic minorities in Central and East Europe*. Clevedon: Multilingual Matter.
- Phillipson, R. & Skutnabb-Kangas, T. (1995). Linguistic human rights, past and present. In T. Skutnabb-Kangas, R. Phillipson & M. Rannut (Hrsgs.), *Linguistic human rights: overcoming linguistic discrimination* (S. 71-109). Berlin/New York: Walter de Gruyter
- Picht, H. (Hrsg.). (2006). *Modern approaches to terminological theories and applications*. Bern: Peter Lang.
- Picht, H., Myking, J., & Laurén, C. (2006). *Domain dDynamics – Reflections on language and terminology planning*. Online Version, verfügbar unter: http://www.infoterm.info/pdf/activities/Picht_DomainDynamics.pdf (Stand: 13.7.2009).
- Pohn, R. (2008). *Reducing complexity in business processes. Terminology standardization and harmonization* (S. 7-11). Verfügbar unter: <http://www.infoterm.info/pdf/activities/TSH/TSH34.pdf> (Stand: 18.9.2009).
- Preisler, B. et al. (Hrsg.). (2005). *Consequences of mobility*. Roskilde: Roskilde University.
- Prys, D. (2007). Terminology policies in Wales. In: EAFT (Hrsg), *Special EAFT seminar: Minority languages and terminology policies, Proceedings. 27-28 July 2007* (S. 113-126). Vienna: TermNet Publisher.
- RaDT. (2005). *Domänenverlust im Deutschen: Stirbt Deutsch als Fachsprache?* Verfügbar unter <http://www.iim.fh-koeln.de/radt/Dokumente/RaDT-DomaenenpapierAktuell.pdf> (Stand 2.7.2009).
- Rey, A. (1995). *Essays on terminology*. Amsterdam: Benjamins.
- Ricento, T. (Hrsg.). (2007). *An introduction to language policy: theory and method*. Oxford: Blackwell Publishing.
- Rindler-Schjerve, R. (2002). Minderheiten in der europäischen Sprachpolitik: Perspektiven einer "neuen" Mehrsprachigkeit. In P. Nelde (Hrsg.), *Sprachpolitik und kleine Sprachen: Language policy and small languages: L'aménagement linguistique et les langues modiques* (S. 23-31). Tübingen: Niemeyer.
- Roatexte Amusatégi, K. (1997). Terminología, planificación y tipología. In UZEI; HAEE-IVAP (Hrsg.), *International Congress on Terminology Danostia*: UZEI; HAEE-IVAP. Online Version verfügbar unter:

- <http://www.uzei.com/Modulos/UsuariosFtp/Conexion/archivos171A.pdf> (Stand: 17.9.2009).
- Robinson, W.P. (1978). *Language management in education : the Australian context*. Sydney/Boston: Allen&Unwin.
- Romaine, S. (2007). Linguistic diversity and language standardization. In M. Hellinger & A. Pauwels (Hrsg.), *Language and communication: Diversity and change. Handbooks of applied linguistics* (S. 685-715). Berlin: Mouton de Gruyter.
- Rubin, J. (1971). Introduction: Language planning as an element of modernization. In J. Rubin & B. Jernudd (Hrsg.), *Can language be planned?* (S. XIII-XXIV). Honolulu: University of Hawaii Press.
- Rubin, J. (1983). Evaluating Status Planning: What has the Past Decade Accomplished? In J. Cobarrubias (Hrsg.), *Progress in language planning*. Berlin: Mouton de Gruyter.
- Rubin, J. et al. (Hrsg.). (1977). *Language planning processes*. The Hague/New York: Mouton de Gruyter.
- Rubin J. & Jernudd B. (Hrsg.). (1971). *Can language be planned?* Honolulu: University of Hawaii Press.
- Ruiz, R. (1984). Orientations in language planning. *NABE Journal*, 8(2). S. 15-34.
- Sager, J. C. (1990). *A practical course in terminology processing*. Amsterdam: John Benjamins.
- Schiffman, Harold F. (1996). *Linguistic culture and language policy*. London: Routledge.
- Schifko, P. (1992). Morphologische Interferenzen im Bereich des fachsprachlichen Wortschatzes. In: J. Albrecht, & R. Baum (Hrsg.), *Fachsprache und Terminologie in Geschichte und Gegenwart* (S. 295-301). Tübingen: Narr.
- Schreiner, P. (2006). *Staat und Sprache in Europa. Nationalstaatliche Einsprachigkeit und die Mehrsprachenpolitik der Europäischen Union*. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag.
- Servicio Central de Publicaciones del Gobierno Vasco. (2008). *Fourth sociolinguistic survey 2006*. Vitoria-Gasteiz. Verfügbar unter: http://www.euskara.euskadi.net/r59-738/en/contenidos/informacion/inkesta_soziolinguistikoa2006/en_survey/adjuntos/IV_incuesta_en.pdf (Stand: 20.9.2009).
- Skutnabb-Kangas, T. (2007). Language Policy and Linguistic Human Rights. In T. Ricento (Hrsg.), *An introduction to language policy: Theory and method* (S. 273-291). Oxford: Blackwell Publishing.

- Skutnabb-Kangas, T., Phillipson, R., & Rannut, M. (Hrsgs.). (1995). *Linguistic human rights: overcoming linguistic discrimination*. Berlin/New York: Walter de Gruyter.
- Sonnevald, H. B., & Loening, K. L. (Hrsg.). (1993). *Terminology. Applications in interdisciplinary communication*. Amsterdam: John Benjamins.
- Spieß, G. (Hrsg.). (1999). *Modernisierung des Wortschatzes europäischer Regional- und Minderheitensprachen*. Tübingen: Narr.
- Spolsky, B. (2004). *Language policy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Spolsky, B. (2009). *Language management*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Strehlow, R. A., & Wright, S. E. (Hrsg.). (1993). *Standardizing terminology for better communication: Practice, applied theory, and results*. Philadelphia: American Society for Testing Materials.
- Strubell, M. (2001). Minorities and European language policies. In P. H. Nelde & R. Rindler Schjerve (Hrsg.), *Minorities and language policy* (S. 45-58). St. Augustin: Asgard.
- Tauli, V. (1974). The theory of language planning. In: J.A. Fishman (Hrsg.), *Advances in languages planning* (S. 49-57). The Hague: Mouton de Gruyter.
- Temmerman, R. (2000). *Towards new ways of terminology description - the sociocognitive approach*. Amsterdam: John Benjamins.
- Tinsley T. (2007). *Valuing all languages in Europe*. Straßburg: Council of Europe/ECML.
- Ties, I. (2008). Terminologie und Minderheitensprachen. *eDITion*, 2008(2): S. 19-20. Online Version verfügbar unter: http://www.iim.fh-koeln.de/dtt/Dokumente/edition_2008_2_webartikels/05-edition-2008-2-ties-web.pdf (Stand: 20.9.2009).
- Tollefson, James W. (1991). *Planning language, planning inequality: language policy in the community*. London: Longman.
- Tove, Malloy H. (2005). *National minority rights in Europe*. Oxford: Oxford University Press.
- UNESCO (1990). *National policies: A handbook on the formulation, approval, implementation and operation of a national policy on information, PGI-90/WS/11*. Paris: UNESCO.
- Varenes, F. d. (1996). *Language, minorities and human rights*. The Hague: Martinus Nijhoff Publishers.

- Vizi, B. (2003). Die Europäische Union und die Minderheitensprachen. In F. Glatz (Hrsg.), *Die Sprache und die kleinen Nationen Ostmitteleuropas* (S. 49-69). Budapest: Europa Institut Budapest.
- Wicherkiewicz, T. (2003). *Language minorities in Old and New Europe*. MERCATOR Conference European Minority Languages and Research: Shaping an Agenda for a Global Age.
- Wiley, T. G. (1996). Language planning and policy. In S. L. MacKay & N. H. Hornberger (Hrsg.), *Sociolinguistics and language teaching* (S. 53-74). Cambridge: Cambridge University Press.
- Williams, C. H. (Hrsg.). (1991). *Linguistic minorities, society and territory*. Clevedon: Multilingual Matters.
- Williams, C. H. (2008). *Linguistic minorities in democratic context*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Williams, G. (2005). *Sustaining language diversity in Europe: Evidence from the Euromosaic Project*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Willwer, J. (2006). *Die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen in der Sprachpolitik Frankreichs und der Schweiz* (Vol. 3). Stuttgart: Ibidem-Verlag.
- Woehrling, J.-M. (1992). Institutions européennes et droits linguistiques des minorités. In H. Giordan (Hrsg.), *Les minorités en Europe* (S. 509-521). Paris: Kimé.
- Woelk, J. (1999). Europäische Charta zum Schutz der Regional- oder Minderheitensprachen: Zu ihrem Inkrafttreten in Deutschland. *Academia* (17). Verfügbar unter: <http://www.eurac.edu/Press/Academia/17/Artikel8.asp> (Stand 3.7.2009).
- Wright, S. E. (2000). Jacobins, regionalists and the Council of Europe's Charter for Regional and Minority Languages: France and the Council of Europe's Charter. *Journal of Multilingual and Multicultural Development*, 21(5): S. 414-424.
- Wright, S. E., & Strehlow, R. A. (Hrsg.). (1993). *Standardizing terminology for better communication: Practice, applied theory, and results*. Philadelphia: Special Technical Publication.
- Xunta de Galicia (Hrsg.).(2006). *Linguistic policy*. Xunta de Galicia. Online Version verfügbar unter: <http://www.xunta.es/galicia2005/en/politica-linguistica.pdf> (Stand: 20.9.2009).
- Zawada, B. E., & Swanepoel, P. (1994). On the empirical inadequacy of terminological concept theories: A case for prototype theory. *Terminology*, 1(2), S. 253-255.

7.2 Quellen aus dem Internet

Berichte aus der Euromosaic-Studie:

http://ec.europa.eu/education/languages/archive/languages/langmin/euromosaic/index_en.html (Stand: 20.9.2009).

Bord na Gaidhlig: <http://www.bord-na-gaidhlig.org.uk> (Stand: 15.9.2009).

Datenbank Bistro: <http://dev.eurac.edu:8080/cgi-bin/index/index.en?r=1> (Stand: 15.9.2009).

Deutsches Terminologieportal: <http://www.termportal.de/> (Stand: 18.9.2009).

EAFET: <http://www.eaft-aet.net/> (Stand: 17.9.2009).

Elhuyar: <http://www.elhuyar.org> (Stand: 18.9.2009).

Ethnologue: <http://www.ethnologue.com/> (Stand: 21.9.2009).

Europäische Charta für Regional- oder Minderheitensprachen:
<http://languagecharter.eokik.hu> (Stand: 16.9.2009).

Fryske Akademy: <http://www.fryske-akademy.nl> (Stand: 18.9.2009).

Generalitat de Catalunya: <http://www20.gencat.cat> (Stand: 15.9.2009).

Infoterm: <http://www.infoterm.info/> (Stand: 18.9.2009).

Mercator Network: <http://www.mercator-network.eu/> (Stand: 18.9.2009).

Mercator Research: <http://www.mercator-research.eu/> (Stand: 18.9.2009).

Nordfriisk Institut: <http://www.nordfriiskinstituut.de/> (Stand: 16.9.2009).

TERMCAT: <http://www.termcat.cat/> (Stand: 17.9.2009).

Die Terminologiedatenbank EUSKALTERM:

http://www1.euskadi.net/euskalterm/indice_c.htm (Stand: 17.9.2009).

TermNet: <http://www.termnet.org/> (Stand: 18.9.2009).

UZEI: <http://www.uzei.com/> (Stand: 18.9.2009).

Verfassungstexte der Mitgliedstaaten der Europäischen Union:

<http://www.verfassungen.eu/eu/index.htm> (Stand: 20.9.2009).

8 ANHANG

ZUSAMMENFASSUNG

In der vorliegenden Arbeit wurden die Rahmenbedingungen und Entwicklungen im Bereich der Terminologiepolitik und -planung für die offiziell anerkannten Regional- und Minderheitensprachen in den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union und deren Auswirkungen untersucht. Empirische Studien zeigen, dass ein Zusammenhang zwischen der Möglichkeit, die eigene Muttersprache in allen Sprachdomänen einsetzen zu können, und dem sozioökonomischen Status der einzelnen Sprachgemeinschaft besteht. In der Ära der schnellen technisch-wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung und der Globalisierung laufen Regional- und Minderheitensprachen Gefahr, aus der Fachkommunikation ausgegrenzt zu werden. Um das zu vermeiden, besteht der Bedarf nach Terminologiepolitik und -planung.

In der vorliegenden Arbeit wurden Schlüsselbegriffe wie etwa Minderheitensprache, Regionalsprache, Sprachpolitik, Sprachplanung, Sprachenplanung, Terminologiepolitik und Terminologieplanung mithilfe von Dokumentenanalyse untersucht. Mit der Analyse von Gesetzestexten der einzelnen Mitgliedstaaten wurde eine Mappe mit den zehn offiziell anerkannten Minderheitensprachen in den 27 EU-Mitgliedstaaten erstellt. Für diese zehn Sprachen wurde ein Katalog der sprachplanerischen Rahmenbedingungen und aktuellen Praktiken und Erscheinungsformen der Terminologiepolitik und -planung erstellt. Die Korrelation zwischen den sprachpolitischen Rahmenbedingungen und der Terminologiepolitik und -planung wurde festgestellt und kommentiert.

Die Textanalyse hat gezeigt, dass die Terminologiepolitik und -planung in der Literatur nur sporadisch behandelt wird und dass eine Unklarheit über die genaue Definition sowie über den Unterschied zwischen der Terminologiepolitik und Terminologieplanung besteht. Die Terminologiepolitik und -planung für die Regional- und Minderheitensprachen sind in ihrer expliziten Form eine seltene Erscheinung und setzen eine entwickelte und gut strukturierte Sprachpolitik, wie im Fall der katalanischen, baskischen und walisischen Sprache, voraus.

LEBENS LAUF

Persönliche Daten

Name und Vorname Lušicky Vesna
Geburtsort Maribor, Slowenien
Staatsangehörigkeit Slowenisch
Emailadresse vesna.lusicky@gmail.com

Akademische Ausbildung

2007 - Wirtschaftsuniversität Wien, Österreich
 Bachelorstudium Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
2001 – 2009 Universität Wien, Österreich
 Übersetzerausbildung Englisch, Französisch
 Fächertausch Internationale Betriebswirtschaft, Wirtschaftsuniversität Wien

Schulbildung

1997 – 2001 Gymnasium Prva gimnazija Maribor, Slowenien
1989 – 1997 Grundschule Osnovna šola bratov Polančičev, Maribor, Slowenien

Weiterbildung und akademische Leistung

12/2008 Präsentation bei der Ersten Studierendenkonferenz zur Sprachwissenschaft,
 Institut für Sprachwissenschaft, Karl-Franzens-Universität Graz, Österreich
07/2008 Sommerkolleg Literarisches Übersetzen, ITAT Graz, Premuda, Kroatien
07/2008 Terminology Summer School, TermNet, Wien, Österreich
07/2008 Präsentation bei dem SummerTrans III, TermNet, Wien, Österreich
07/2007 Seminar Minority Languages and Terminology Policies, EAFT, Irland

Stipendien

1997 - 2006 das Zois-Stipendium der Republik Slowenien

Relevante Berufserfahrung

01/2009 – 07/2009 Praktikum: Programm
 European Centre for Modern Languages, Council of Europe, Graz, Österreich
04/2006 – jetzt Freiberufliche Übersetzerin

Sprachen: Slowenisch, Deutsch, Englisch

10/2005 – 03/2006 Praktikum: Markt- und Standortberatung
 RegioPlan Consulting GmbH, Wien, Österreich

07/2002 - 08/ 2002 Praktikum: Übersetzen

Sprachen: Slowenisch, Deutsch, Englisch

Übersetzungsdienst des Slowenischen Rundfunks, RTV Slovenija, Ljubljana, Slowenien

Kompetenzen und Interessen

Muttersprache Slowenisch

Sprachkenntnisse Deutsch (C2/C2), Englisch (C2/C2), Französisch (C1/B2), Spanisch (B2/B1), Kroatisch (B2/B1), Italienisch (B1/A2), Indonesisch (A1/A1)

Latein, Altgriechisch

EDV-Kenntnisse Sehr gute Kenntnisse von Windows, Mac OS X, MS Office (Word, Excel, Power Point, Access, Outlook, Publisher), EndNote, BibDesk, Citavi, Webbrowser und Email-Programme

Gute Kenntnisse von SDL Trados, MultiTerm; Adobe Acrobat, Photoshop, Illustrator

Grundlagen von SDL QuickTerm, Passolo; Wordfast; QuarkXpress; DotNetNuke

Auslandserfahrung Sprachkurse in Frankreich, UK, USA und Ecuador

Längere Aufenthalte in Sudost- und Ostasien, Nordafrika und Lateinamerika